

DONNERSTAG, 6. MAI 2010

VORSITZ: Miguel Angel MARTÍNEZ MARTÍNEZ

Vizepräsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wurde um 9.05 Uhr eröffnet.)

2. Kirgisistan (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Europäische Investitionsbank (EIB) - Jahresbericht 2008 (Aussprache)

Der Präsident. Der erste Punkt ist der Bericht (A7-0062/2010) von Herrn Deutsch, im Namen des Haushaltskontrollausschusses, über den Jahresbericht der Europäischen Investitionsbank für 2008 (2009/2166 (INI)).

Tamás Deutsch, Berichterstatter. – (HU) Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Präsident Maystadt: Europäische Investitionsbank - Jahresbericht 2008. So lautet der Titel unseres aktuellen Punkts auf der Tagesordnung. Dieser Bericht ist jedoch weitaus mehr als nur eine Analyse der Geschäfte der Europäischen Investitionsbank von vor zwei Jahren.

Meine Damen und Herren, wir hören es tagtäglich und ich glaube, dass bestätigt werden muss, dass sich die Union zwischen dem Ende einer Ära und dem Beginn einer neuen befindet. Das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon vor etwa sechs Monaten einerseits und die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise sowie ihre Auswirkungen und die entsprechende Reaktion der Europäischen Union andererseits haben endgültig dazu geführt, dass wir das Ende einer Epoche im Bestehen der Union und den Beginn einer neuen erleben.

Mit anderen Worten, das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts markiert für die Europäische Union einen neuen Zeitabschnitt. Dieser Bericht ist in dieser neuen Ära erstellt worden und ich glaube, dass wir uns im Europäischen Parlament und in der Europäischen Investitionsbank den wichtigsten Fragen und Herausforderungen dieser neuen Ära werden stellen müssen. In dem Bericht werden die Geschäfte einer Bank, einer Finanzinstitution, von vor zwei Jahren analysiert und es ist ungewöhnlich, dass wir in der Lage sind, sagen zu können, dass trotz der Umstände der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise es möglich ist, für die Geschäfte einer Bank, einer Finanzinstitution, Anerkennung zu zeigen. Vor zwei Jahren hat die Europäische Investitionsbank schnell und wirksam auf die sich entwickelnde weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert, indem sie ihre Darlehensgeschäfte ausgebaut hat, einerseits insbesondere durch eine verstärkte Bereitstellung von Darlehen für Klein- und Mittelbetriebe und andererseits durch den Einsatz mit allen verfügbaren Mitteln bei der Umsetzung des Konjunkturprogramms der Europäischen Union.

Der Vertrag von Lissabon ist vor sechs Monaten in Kraft getreten. Damit werden Mittel und Möglichkeiten bereitgestellt, um den Erneuerungsprozess von Organisations-, Überwachungs- und Kernstruktur der Europäischen Investitionsbank zu unterstützen. Die Bank hat bereits im Jahre 2008 diesbezüglich einen wesentlichen Fortschritt erzielt, lange bevor der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist. Es ist ebenso erkennbar, dass die Europäische Investitionsbank sich bewusst mit der Gelegenheit, sich an der Finanzierung der makroregionalen Strategien zu beteiligen und indem sie die Entwicklung von ländlichen Räumen, neue Energiequellen, grüne Investitionen und die Entwicklung von Infrastruktur unterstützt, auf die finanzielle Vorausschau nach 2014 vorbereitet. Ein weiterer Aspekt, der für uns wichtig ist und deshalb in diesem Bericht thematisiert wird, ist die Tatsache, dass die Europäische Investitionsbank sich an der Finanzierung der bevorstehenden Ratifikation der Strategie Europa 2020 beteiligen sollte, die sich auf die Schaffung von Arbeitsplätzen konzentriert. Im Grunde war es die Überlegung, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen, die dazu geführt hat, dass die Europäische Investitionsbank in die Finanzierung von Klein- und Mittelbetrieben eingestiegen ist.

Abschließend möchte ich Ihre Aufmerksamkeit noch auf die folgenden beiden Aspekte lenken: Ich halte es für wesentlich, dass die Europäische Investitionsbank weiterhin die Überwindung von infrastrukturellen Ungleichheiten innerhalb der Europäischen Union unterstützt. Es ist wichtig, Programme zu unterstützen, die helfen, die infrastrukturellen Standards innerhalb der EU auszugleichen.

Und nicht zuletzt hat die Europäische Investitionsbank in den letzten Jahren stets die für ihre Geschäfte erforderliche Unterstützung vom Europäischen Parlament erhalten. Vor dem Hintergrund der in den letzten Monaten vorgenommenen vorbereitenden Maßnahmen glaube ich, dass die Bank mit den in diesem Bericht aufgeführten konstruktiven Kritikpunkten auch weiterhin die für ihre Geschäfte erforderliche Unterstützung vom Europäischen Parlament bekommen wird. Ich möchte mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit bedanken und freue mich und bin neugierig auf die nun folgende Debatte.

Philippe Maystadt, Präsident der Europäischen Investitionsbank. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zuerst dafür danken, dass Sie mir die Ehre zuteil werden lassen, hier und heute vor dem Plenum zu sprechen. Damit wird eine Tradition fortgesetzt, die bereits vor ein paar Jahren begründet wurde.

Ich möchte damit beginnen, dem Berichterstatter, Herrn Deutsch, für die ausgezeichnete Qualität dieses Berichts zu danken.

Ich habe mich insbesondere über die Tatsache gefreut, dass Herr Deutsch ebenso wie andere Mitglieder des Ausschusses, wie Herr Berman und Herr Kalfin, die Mühe auf sich genommen haben und direkt zur Europäischen Investitionsbank gekommen sind, um ein paar sehr spezielle Fragen zu klären. Ich begrüße diese hervorragende Zusammenarbeit mit dem Parlament.

Tatsächlich ist die Europäische Investitionsbank die einzige internationale Finanzinstitution, die freiwillig zu Äußerungen bereit und einer parlamentarischen Institution rechenschaftspflichtig ist. Ich glaube, dass dies eine prima Sache ist: Meiner Meinung nach ist eine Intensivierung des Dialogs mit dem Europäischen Parlament in der Tat absolut notwendig, um es uns zu ermöglichen, unserer Rolle, unserer besonderen Mission, gerecht zu werden, nämlich nicht irgendeine Bank, sondern ein Bank zu sein, die den politischen Strategien der Europäischen Union dient.

Und wie von Herrn Deutsch bereits betont wurde, ist dies genau das, worum wir uns so sehr bemüht haben, um dieser Krise zu begegnen.

So hat uns der Ecofin-Rat nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers im September 2008 beispielsweise gebeten, das Volumen unserer Darlehen für die Realwirtschaft zu erhöhen. Wir haben uns dann an die Arbeit gemacht, diese Forderung vom Rat umzusetzen und ich denke, dass ich sagen kann, dass wir unseren Verpflichtungen nachgekommen sind, da wir 2009 das Darlehensvolumen von 58 Milliarden auf 79 Milliarden Euro erhöht haben, was einer Steigerung von 37 % des Darlehensvolumens in der Europäischen Union entspricht.

Dabei konzentrierte sich diese Steigerung hauptsächlich auf die drei Sektoren, die uns vom Rat und vom Parlament als vorrangig beschrieben worden waren.

Der erste Bereich bezog sich auf die Bemühungen, die für Länder und Regionen unternommen wurden, die besonders schwer von der Krise betroffen waren. Diese Steigerung bezog sich größtenteils auf die Gebiete, die wir als Konvergenzregionen bezeichnen, und insbesondere auf ganz bestimmte Länder, die sich 2009 mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert sahen. So haben wir zum Beispiel noch niemals zuvor Ländern wie Ungarn, Litauen und Rumänien soviel Kredit gewährt. Darüber hinaus wird damit auch deutlich, warum wir uns in diesem Jahr so intensiv um Griechenland bemühen: Ich bin in der letzten Woche in Athen gewesen und habe mit der griechischen Regierung vereinbart, dass wir als Zeichen unserer Unterstützung und als ein Beitrag zu den allgemeinen Bemühungen, die griechische Wirtschaft wieder flott zu machen, unser Darlehensvolumen für Griechenland wesentlich erhöhen werden.

Der zweite Bereich, der als vorrangig erachtet wurde, ist die Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben: Wir haben unsere Darlehen für die Banken mit einem neuen Produkt, das es uns ermöglicht, in Zukunft besser zu kontrollieren, wie die von uns gewährten Mittel tatsächlich auch verwendet werden, ausgeweitet, so dass sie wiederum damit fortfahren konnten, Klein- und Mittelbetrieben Kredite zu gewähren. So haben wir im letzten Jahr den Banken mehr als 12 Milliarden Euro für Klein- und Mittelbetriebe bereitgestellt.

Der dritte Bereich, der uns als vorrangig ans Herz gelegt wurde, ist der Kampf gegen den Klimawandel. Letztes Jahr haben wir knapp 17 Milliarden Euro für die Finanzierung von Projekten zur Verfügung gestellt, die direkt zu einer Reduzierung der Menge an Treibhausgasemissionen beitragen.

Ich denke, sagen zu dürfen, dass wir 2009 das erfüllen konnten, was von uns erwartet worden ist, oder in anderen Worten ausgedrückt: Wir haben unseren Beitrag für das Europäische Konjunkturprogramm geleistet.

Natürlich müssen wir den von uns eingeschlagenen Weg nun fortsetzen und ich möchte jetzt nur noch kurz auf die drei großen Herausforderungen zu sprechen kommen, denen wir uns in den kommenden Monaten und Jahren stellen müssen.

Die erste ist, wie Ihr Berichterstatter sehr richtig herausgestellt hat, auch weiterhin dazu beizutragen, was bei der Europäischen Union oberste Priorität besitzt. Das bedeutet, dass wir, als Europäische Investitionsbank, deshalb auch unseren Beitrag zur Umsetzung der Strategie Europa 2010 leisten müssen. Wie Sie bereits wissen, hat die Kommission diese neue Strategie eingeführt, über die derzeit im Rat und im Parlament debattiert wird. Die EIB ist bereit, insbesondere mit den innovativen Finanzinstrumenten, die es uns ermöglichen, die Hebelwirkung einiger Fonds aus dem europäischen Haushalt zu verstärken, ihren entsprechenden Beitrag zu leisten. Deshalb handelt es sich dabei um gemeinsame Instrumente von Kommission und Bank, die wir gerne zum Einsatz bringen würden.

Die zweite große Herausforderung ist die bevorstehende Verlängerung der externen Mandate der EIB. Wir werden die Gelegenheit haben, darüber mit dem Parlament zu debattieren. Von der Kommission ist vor kurzem erst ein Vorschlag präsentiert worden, der in völligem Einklang mit dem Bericht eines Ausschusses der Weisen unter dem Vorsitz von Herrn Camdessus steht. Kernelement dieses Vorschlags ist es, das System noch effektiver zu machen. Wie Sie wissen, profitieren wir von einer Garantie der Europäischen Union für Operationen, die in ihren externen Mandaten mit eingeschlossen sind. Unser Ziel dabei ist es, diese so gut wie möglich einzusetzen und von der Kommission wird zudem eine Vereinfachung, eine Harmonisierung unserer externen Mandate vorgeschlagen. Die Kommission schlägt außerdem vor, dass 2 Milliarden Euro, die aufgespart wurden, für Projekte bereitgestellt werden, die zum Kampf gegen den Klimawandel beitragen.

Und damit komme ich zu der dritten Herausforderung, die ich herausstellen möchte: Die Notwendigkeit, dass die Europäische Investitionsbank, gemeinsam mit anderen Institutionen, vor allem ihren Beitrag in Bezug auf das von der Europäischen Union in Kopenhagen gemachte Versprechen zu leisten. Wie Sie wissen, hat die Europäische Union einige wichtige Zusagen in Bezug auf die Unterstützung von dem, was wir als Schnellstartfinanzierung bezeichnen, getroffen. In diesem Zusammenhang denken wir, dass die EIB, die es zu einer unzweifelhaften Fachkompetenz auf diesem Gebiet gebracht hat, einen wichtigen Beitrag leisten kann. Aus diesem Grund haben wir vorgeschlagen, mit anderen nationalen Finanzinstitutionen zusammenzuarbeiten und ein Netzwerk, eine europäische Plattform einzurichten, mit der die Finanzierung von Projekten in Entwicklungsländern koordiniert und damit auch optimiert werden kann. Die Französische Entwicklungsagentur (AFD) und die deutsche KfW haben bereits ihr Interesse an dieser Initiative bekundet und ich hoffe, dass wir gemeinsam mit der Kommission in der Lage sein werden, dieses Instrument in den kommenden Wochen fertig zu stellen.

Dies sind, Herr Präsident, meine Damen und Herren, die drei größten Herausforderungen der nächsten Wochen und Monate, auf die ich Sie aufmerksam machen wollte.

Olli Rehn, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich möchte Herrn Deutsch im Namen der Kommission für einen hervorragenden Bericht danken und auch Herrn Präsident Philip Maystadt zu Ihrem Plenum begrüßen und ihm zu den immensen Bemühungen, die die EIB unternommen hat, um der Wirtschaftskrise entgegenzutreten und das Europäische Konjunkturprogramm zu unterstützen, gratulieren.

In dieser außergewöhnlichen Situation haben wir uns außerplanmäßig an die Bank gewandt und sie hat sofort reagiert, indem sie ihre Darlehensvergabe auf Rekordhöhe geschraubt hat. Aufgrund ihres hervorragenden Stands war sie in der Lage, dies sogar zu einer Zeit zu tun, als es schwierig war, Kapital aus den Märkten aufzubringen.

Das gesteigerte Volumen konzentrierte sich vor allem auf solche Bereiche, von denen wir – und ich bin mir sicher, das Parlament teilt diese Ansicht – annehmen, dass sie vorrangig behandelt werden müssten, wie Klein- und Mittelbetriebe, Energie und Klimawandel sowie Investitionen in Konvergenzregionen der Union, die besonders hart von dem wirtschaftlichen Rückgang getroffen wurden. Darüber hinaus ist die EIB in einer gemeinsamen Initiative mit der EBWE und der Weltbank in der Lage gewesen, ihre Unterstützung des Finanzsektors von Ländern in Mittel- und Osteuropa, die sich ebenfalls in einer besonders schwierigen Lage befinden, auszubauen.

Die EIB wird bei der Umsetzung der Strategie Europa 2020 eine wichtige Rolle spielen, indem sie die Investitionen in die Infrastruktur, grüne Technologien, Innovationen und KMU fördert.

Wir legen darüber hinaus das Fundament für die Weiterentwicklung der gemeinsamen Nutzung von EU-Subventionen mit den Finanzinstrumenten der EIB sowohl innerhalb als auch außerhalb der Union,

einschließlich der Konvergenzregionen, wo die EIB eine wichtige Rolle in Bezug auf eine verbesserte Ausschöpfung der Strukturfonds spielen kann.

Was den externen Bericht angeht, so bin ich mit der Halbzeitbilanz des externen EIB-Mandats zusammen mit dem Camdessus-Bericht sehr zufrieden, aus dem hervorging, dass die EU-Garantie für die EIB ein wirksames und kraftvolles Instrument mit einer hohen finanziellen und politischen Hebelwirkung ist.

In dem Camdessus-Bericht waren darüber hinaus zahlreiche gute Vorschläge für eine verstärkte Ausrichtung der externen EIB-Aktivitäten an die politischen Strategien der EU enthalten und wie man die Zusammenarbeit zwischen EIB und EBWE verbessern kann, aufbauend auf der Entschließung des Parlaments über die Jahresberichte von EIB und EBWE für 2007.

Vom Parlament ist eine bessere Verständigung zwischen den beiden Banken gefordert worden. Ich bin sehr erfreut darüber, feststellen zu können, dass die EIB und die EBWE zu einem Übereinkommen über die Zusammenarbeit in Ländern, mit denen beide gemeinsam zusammenarbeiten, gekommen sind. Dies wird die Basis für ein umfassenderes Dreierübereinkommen mit der Kommission sein, das die bereits vorhandenen Übereinkommen auf regionaler Basis ersetzen wird.

Das Hauptergebnis aus der Halbzeitbilanz ist der Legislativvorschlag zur Änderung des EIB-Mandats für die verbleibende aktuelle Finanzperspektive, den die Kommission gerade erst dem Parlament und dem Rat unterbreitet hat.

Ich vertraue darauf, dass Sie ihn für einen soliden und ausgeglichenen Vorschlag halten werden, in dem die Empfehlungen und Überlegungen des Parlaments berücksichtigt worden sind. Er zielt darauf ab, den Fokus auf das externe Mandat für die ausschlaggebenden politischen Bereiche zu verstärken, wo die EIB eine äußerst positive Erfolgsbilanz vorzuweisen hat, insbesondere was den Klimawandel, die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur und die lokale Wirtschaftsentwicklung angeht, aber es geht auch darum, die Entwicklungsaspekte der EIB-Finanzierung stärker zu betonen.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass wir uns in den kommenden Monaten auf konstruktive und produktive Debatten mit Ihnen und dem Rat über diesen Vorschlag freuen. Wir hoffen, dass es erneut zu einem Übereinkommen in erster Lesung kommen wird, so dass die gesetzliche Stabilität für ein externes Mandat auch weiterhin sichergestellt werden kann, das es uns ermöglicht, wirksam und effizient die Ziele der EU-Außenpolitik zu verfolgen.

Edit Bauer, *Berichterstatterin für die Stellungnahme des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter.* – (HU) Meine Damen und Herren, in seiner Stellungnahme über den Bericht hat der Ausschuss für Wirtschaft und Währung erklärt, dass die Europäische Investitionsbank 2008 in Bezug auf das Krisenmanagement erfolgreich gewesen ist.

Doch was darf man von einer Investitionsbank während einer Krise erwarten? Doch wohl vor allem, dass von ihr versucht wird, den Rückgang der Kreditgeschäfte der Geschäftsbanken durch Erzeugung von Liquidität aufzufangen. Es kann festgestellt werden, dass die EIB ihr Darlehensvolumen mit günstigen Zinsbedingungen seit 2008 kontinuierlich ausgebaut und versprochen hat, für die Jahre 2009 und 2010 jeweils eine zusätzliche Summe von 15 Milliarden Euro in Sonderfonds für Klein- und Mittelbetriebe bereitzustellen.

Aber warum ist dies so wichtig? Offensichtlich vor allem deshalb, weil diese über das größte Potential für die Schaffung von Arbeitsplätzen verfügen und derzeit hier in Europa unsere größten Probleme genau im Beschäftigungsbereich liegen. Wir müssen Arbeitsplätze schaffen.

Die Bank ist auch in dieser besonderen Angelegenheit erfolgreich gewesen, indem sie bestimmte Zielbereiche neu definiert hat. So hat sie sich den Klein- und Mittelbetrieben in einem umfassenden Maße gewidmet und sie dabei unterstützt, so schnell wie möglich einen sicheren Stand zu finden. Der Ausschuss möchte Herrn Präsident Maystadt die folgenden drei Bereiche ans Herz legen, wo die Geschäfte der Bank in Zukunft noch effizienter und transparenter werden könnten:

Als Erstes sollte die Bank sich noch mehr auf die Länder konzentrieren, die am schwersten von der Krise betroffen sind, um so auch die Kohäsion innerhalb der Union zu steigern. Als Zweites sollte die Bank für die Finanzierung von Klein- und Mittelbetrieben nicht nur Partnerschaftsverträge mit großen Geschäftsbanken abschließen, sondern auch regionale Banken und Sparkassen in diese Partnerschaften mit einbeziehen, da sich diese Finanzinstitutionen am besten mit den Märkten auskennen. Und schließlich glauben wir, drittens, dass es von grundlegender Bedeutung ist, dass die an den Partnerschaften beteiligten Finanzinstitutionen dazu angehalten werden, mindestens 20 % der Gewinne aus der kompletten 50 %-EIB-Finanzierung, oder

mit anderen Worten, einen höheren Prozentsatz als er in den derzeitigen Verträgen vereinbart wurde, auf die finanzierten Klein- und Mittelbetriebe zu übertragen.

Insgesamt können wir sagen, dass die EIB gute Arbeit geleistet hat und nach wie vor bei der Bereitstellung von Lösungen auf die Krise tonangebend ist, und dennoch sind in Zukunft weitere gemeinsame Anstrengungen erforderlich, um mit der Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank insbesondere in Bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen weiter voranzukommen.

Karin Kadenbach, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für regionale Entwicklung*. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Im Namen des Ausschusses für regionale Entwicklung möchte ich mich zuerst einmal für den Bericht, aber auch bei dem Berichtersteller bedanken.

Wir als Ausschuss für regionale Entwicklung begrüßen die hohe Eigenkapitalquote der EIB, und wir stellen mit Freude fest, dass der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt, die wirtschaftliche und die soziale Konvergenz sowie insbesondere die Konvergenzsäule der EU-Kohäsionspolitik zu den Hauptzielen der EIB gehören. Wir begrüßen auch sehr die Vergabe von Darlehen in der Höhe von insgesamt 21 Mrd. EUR – das sind immerhin 41 % des Gesamtvolumens der von der EIB in der EU gewährten Darlehen – für Konvergenzprojekte als Beitrag der EIB zur Erreichung der Konvergenzziele.

Weiters möchte ich auch den zusätzlichen Nutzen von Maßnahmen, die in Zusammenarbeit mit der Kommission ergriffen wurden, und die Strategie der Bank hervorheben, womit die Interventionen des Strukturfonds zusätzlich gestützt werden sollten und ihnen zusätzliche Wirksamkeit verschafft werden soll.

Jean-Pierre Audy, *im Namen der PPE-Fraktion*. – (FR) Herr Präsident, ich möchte Sie, Herrn Präsident Maystadt, als Erstes willkommen heißen und Ihnen sagen, dass es mir eine große Freude ist, Sie wiederzusehen, da ich vor einiger Zeit an einem identischen Bericht arbeiten durfte. Ich möchte darüber hinaus auch den Kommissar begrüßen und dem Berichtersteller und den Berichterstattern der anderen Fraktionen sagen, dass sie eine hervorragende Arbeit geleistet haben und ich möchte sie auch willkommen heißen.

Herr Präsident, es ist bedauerlich, dass der Ratsplatz leer geblieben ist, weil die EIB ein zwischenstaatliches Instrument ist. Es sind die Mitgliedstaaten, die die Partner der EIB sind. Darüber hinaus begrüße ich, noch einmal, das Interesse, das Herr Präsident Maystadt und seine Kollegen dem Parlament in Bezug auf diese Angelegenheiten entgegenbringen.

Als Erstes möchte ich über Kontrolle sprechen, ein Thema, das mir sehr am Herzen liegt, weil ich finde, dass es die Art und Beschaffenheit der Aufgaben der Europäischen Investitionsbank erfordern, dass sie über eine Finanzaufsicht verfügen sollte. Sie hat jedoch keine, weil es sich dabei um eine internationale Einheit handelt, die keinen nationalen Prüfungsbehörden unterliegt.

Ich habe einen Änderungsantrag vorgelegt, so dass unsere Europäische Bankaufsichtsbehörde, von der wir hoffen, dass sie eingerichtet wird, den Auftrag erhält, der sie dazu befähigt, finanzaufsichtstechnische Aufgaben zu übernehmen. Herr Kommissar, ich möchte Sie bitten, diese Idee zu unterstützen. Mir ist zu Ohren gekommen, dass die Mitgliedstaaten dagegen seien. Den Mitgliedstaaten wird es jedoch nicht möglich sein, der EIB langfristig Aufgaben anzuvertrauen oder sicherzustellen, dass sie eine Finanzaufsicht hat.

Ich möchte nun abschließend noch auf Investitionen und die Rolle der EIB zu sprechen kommen. Die Europäische Union investiert derzeit nicht genug, und wir wissen heute, dass, egal, ob wir über Verkehrsnetzverbindungen, Energie, Hochgeschwindigkeitszüge, Autobahnen, Universitäten, Wasser, Weltraum oder Gesundheit sprechen, wir mehr investieren müssen. Allerdings hat die Europäische Investitionsbank Recht: Sie ist eine Bank und sie muss ihr „Triple A-Rating“ schützen.

Deshalb schlage ich vor, dass wir in der Strategie 2020 wenigstens das Ziel von 1 Billion Euro in Investitionen verfolgen. Dies ist möglich, aber dafür müssen wir einen Investitionshaushalt innerhalb der Europäischen Union haben, und wir müssen mit der EIB über den Einsatz innovativer Instrumente zusammenarbeiten. Ich schlage vor, dass die Europäische Union ein Partner der Bank wird, weil so ein größerer Synergieeffekt zwischen der Union und diesem Instrument erreicht wird, was für die Zukunft unseres Europas von entscheidender Bedeutung ist.

Cătălin Sorin Ivan, *im Namen der S&D-Fraktion*. – (RO) Ich glaube, wir stimmen alle darin überein, dass die Europäische Investitionsbank zu den europäischen Projekten gehört, die sich als erfolgreich erweisen. Ich muss sie an dieser Stelle auch für die Tatsache beglückwünschen, dass es ihr selbst in einer Krise gelungen ist, ihr AAA-Rating zu behalten, was großartig ist.

Unter einem anderen Gesichtspunkt verlangt es die derzeitige wirtschaftliche Situation in Europa jedoch auch, dass die Europäische Investitionsbank eine weit reichende Prüfung ihrer Mission durchführen muss. Ich werde mich hier dabei auf die folgenden drei wichtigen Punkte beschränken: Erstens, die vergebenen Darlehen müssen die europäische Agenda 2020 unterstützen. Zweitens, die von ihr vergebenen Darlehen müssen für groß angelegte Investitionsprojekte eingesetzt werden, damit die europäischen Wirtschaften wieder in Gang gebracht werden. Und drittens kann und muss die Europäische Investitionsbank die Bildung eines stabileren und leistungsfähigeren europäischen Wirtschaftsrahmens unterstützen.

Olle Schmidt, im Namen der ALDE-Fraktion. – (SV) Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Maystadt, ich möchte mich bei dem Berichtersteller für einen interessanten und ausgezeichneten Bericht bedanken. Im Namen der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa möchte ich damit beginnen, die Bank für ihre ausgezeichnete Arbeit zu loben. Als die Finanzkrise mit voller Wucht zuschlug, hat die Europäische Investitionsbank (EIB) schnell und konsequent Maßnahmen ergriffen. Die Bank hat damit ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, sich den an sie gerichteten großen Herausforderungen stellen zu können, als die weltweite Wirtschaftskrise die Wirtschaften in der Europäischen Union heimgesucht hat.

Sie hat die Geldversorgung gesteigert und sichergestellt, dass auch das Darlehensvolumen maßgeblich aufgestockt wurde. Damit wurde die Finanzkrise abgefangen und der Weg für einen wie auch immer gearteten Aufschwung bereitet. Die wichtige Rolle der EIB, die sie bei der Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe eingenommen hat, was auch bereits erwähnt wurde, kann jedoch nicht deutlich genug herausgestellt und betont werden. Durch diese Investitionen konnte die Krise wesentlich gelindert werden. Denn Kleinbetriebe bilden zweifellos den Motor unserer Wirtschaft. Sie machen 99 % aller Unternehmen in Europa aus und in ihnen sind mehr als 100 Millionen Menschen beschäftigt.

Die Tatsache, dass die EIB über eine Strategie verfügt, ein nachhaltiges langfristiges Wachstum in der Europäischen Union zu gewährleisten, ist dabei natürlich von extremer Bedeutung und ist bereits viele Male erwähnt worden – mit der grünen Entwicklung, einschließlich Investitionen in die Projekte in Bezug auf das Transeuropäische Netz. Ein gut funktionierendes Transeuropäisches Transportnetz ist eine der wichtigsten Komponenten der europäischen Wachstumsinitiative; der Vulkan auf Island hat uns diesbezüglich vermutlich eine Lehre erteilt.

Ein weiterer wichtiger Teil der Arbeit der EIB besteht darin, die Unterschiede in Europa zu nivellieren. Die EU kann nur davon profitieren, wenn sie über stabile und wirtschaftlich potente Nachbarn verfügt. In diesem Zusammenhang erweist sich in strategischer Hinsicht die Arbeit der EIB als besonders wertvoll.

Offenheit, Transparenz und der Kampf gegen Betrug sind besonders wichtige Themenbereiche. Wir in der liberalen ALDE-Fraktion freuen uns darüber, dass die EIB sich nun tatsächlich an die Empfehlungen gehalten hat, die vom Parlament schon seit vielen Jahren geäußert worden sind. Wir sind der Meinung, dass dies sehr gut ist. Hier kann die EIB in Bezug auf die Offenheit eine regelrechte Leidsbildfunktion für andere EU-Institutionen übernehmen.

So möchte ich am Ende noch auf einen Makel des EIB-Protokolls zu sprechen kommen. Es ist sehr enttäuschend, dass innerhalb der EIB so wenig Gleichberechtigung herrscht. Frauen sind in der EIB nach wie vor sehr unterrepräsentiert, Herr Maystadt, insbesondere was die höheren Posten und leitenden Positionen angeht, und stellen insgesamt nur etwa 20 % des Personals dar. Die EIB ist in diesem Bereich noch stark verbesserungswürdig. Darüber kann aber auch in der von ihr veröffentlichten Diversitätsstrategie vom Dezember 2008 nachgelesen werden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es drei gute und einen weniger guten Punkt, oder man kann sogar sagen, einen schlechten Punkt gibt.

Philippe Lamberts, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Maystadt, liebe Landsleute, wir brauchen eine Bank wie die Ihre. Ja, wir brauchen sie in einer Zeit, in der Privatbanken ebenso wie die Industrie gezeigt haben, dass sie gegen die Interessen der Allgemeinheit arbeiten, und dass sie nicht länger ihrer Aufgabe, die Gesellschaft mit Krediten zu versorgen, nachkommen. Wir brauchen öffentliche Kreditinstrumente und dies vor allem auf europäischer Ebene. Allein aus diesem Grund glaube ich, glauben wir, dass die EIB deshalb eine zunehmend wichtigere Rolle einnehmen sollte.

Aber welche Rolle sollten Sie Ihrer Meinung nach spielen? Natürlich die eines Katalysators. Eine öffentliche Bank wie Ihre kann nicht auf alle Anforderungen des Marktes reagieren, aber sie sollte als Katalysator fungieren: Ein Katalysator, der dabei hilft, unsere Gesellschaften und Wirtschaften umzuformen, damit sie gegen die beiden entscheidenden Herausforderungen unserer Zeit gewappnet sind, was zum einen wäre, innerhalb der physikalischen Grenzen unseres Planeten leben zu lernen – was natürlich das Thema Klima und die Erschöpfung unserer Ressourcen betrifft – und zum anderen sich aber auch der immer größer werdenden

Herausforderung der sozialen Kohäsion innerhalb der Europäischen Union und auf dem Planeten insgesamt zu stellen, weil Sie eine wichtige Mission in dem Bereich der Entwicklung zu erfüllen haben.

Vor diesem Hintergrund gestatten Sie mir bitte, nur kurz eine Zahl zu zitieren. Wenn wir uns anschauen, welche Investitionen Sie 2009 in Energie getätigt haben, so sind drei Viertel in Technologien aus dem 19. und 20. und lediglich ein Viertel in erneuerbare Energien erfolgt.

Aus diesem Grund lautet die Aufgabe, die wir Ihnen, Herr Maystadt, und der EIB mit auf den Weg geben, dieses Mengenverhältnis umzukehren und sicherzustellen, dass 2010 und darüber hinaus drei Viertel Ihrer Investitionen, und alle davon auf langfristiger Basis, dieser Veränderung unterliegen. Ich denke, dass Sie so Ihrer Rolle als Katalysator gerecht werden können. Herr Maystadt, Sie sind schon oft der Klassenprimus gewesen. Wir bitten Sie, sicherzustellen, dass die EIB auf weltweiter Ebene tatsächlich zum Klassenprimus wird.

Ryszard Czarnecki, im Namen der ECR-Fraktion. – (PL) Herr Präsident, ich möchte vor allem dem Berichterstatter, Herrn Deutsch, für seine sehr gute Arbeit danken. Ich denke, dass eine Steigerung des Darlehensvolumens auf die Höhe, die in dem Bericht erwähnt wird, eine sehr ehrgeizige Zielsetzung ist. Ich denke, dass aus Sicht der europäischen Steuerzahler und der europäischen Wähler ein europäisches Investitionsbündnis grundsätzlich nur insofern von Bedeutung ist, als es als ein finanzieller Antrieb für Klein- und Mittelbetriebe fungiert. Das gesteigerte finanzielle Engagement sollte hier anerkannt werden, da es für diesen Bereich wirklich wichtig ist. Eine Unterstützung dieses Sektors ist insbesondere in diesen Krisenzeiten besonders wertvoll.

Als ein Vertreter von Mittel- und Osteuropa und als Pole muss ich sagen, dass es für uns eine extrem wichtige Angelegenheit ist, dass die Bank die Umwandlung in unserer Region Europas unterstützt und die existierenden Teilungen mindert. Ich bin auch froh darüber, dass die Bank in Bezug auf die Beziehungen mit den europäischen Fonds ein ernsthaftes Engagement zeigt. Denn auch dies ist von indirekter Bedeutung für uns.

Marta Andreasen, im Namen der EFD-Fraktion. – Herr Präsident, wenn ich mir die Projekte anschau, die von der EIB finanziert werden, so bin ich doch überrascht darüber, bei wie vielen davon große Unternehmen beteiligt sind und wie wenig sie den Klein- und Mittelbetrieben, für die sie eigentlich gedacht sind, zugute kommen. Müssen Unternehmen wie General Motors, Electrolux und Arcelor Mittal, abgesehen von den günstigen Bedingungen, die sie anbieten, wirklich auf die EIB zurückgreifen? Und was haben solche Kreditvergaben für die europäische Wirtschaft getan? Sind durch sie Arbeitsplätze geschaffen worden? Nein, im Gegenteil: Durch sie sind Arbeitsplätze in billigere europäische Länder und manchmal sogar ganz aus der EU raus verlagert worden.

Electrolux ist ein Beispiel für den Erfolg der EIB. Mit den geliehenen 250 Millionen Euro zur Kapazitätssteigerung haben sie neue Fabriken in Polen, Rumänien und Ungarn gebaut. Und sobald diese fertig gestellt waren, haben sie ihre Produktion vom Vereinigten Königreich dorthin verlegt, was den Verlust von 2 000 Arbeitsplätzen in Spennymoor, England, zur Folge hatte; deshalb denke ich, dass wir alle darin übereinstimmen können, dass die EIB eine sehr wichtige Rolle in der europäischen Wirtschaft spielt, insbesondere was die Handelsbilanz angeht: Sie exportiert unsere Arbeitsplätze und importiert Arbeitslosigkeit.

Andreas Mölzer (NI). – Herr Präsident! Es ist erfreulich, dem Jahresbericht entnehmen zu können, dass die Europäische Investitionsbank rasch und mit einer bedeutenden Erhöhung ihrer Mittel auf die Krise reagiert hat. Insbesondere die Vergabe von Krediten an KMU muss auch weiterhin eine der Hauptprioritäten sein und nach Möglichkeit weiter ausgebaut werden. Dabei muss aber sichergestellt werden, dass die Kredite auch tatsächlich bei den Unternehmern ankommen.

Im Hinblick auf Kontrolle und Aufsicht unterstütze ich den Vorschlag zur Einrichtung einer europäischen Bankenaufsichtsbehörde. Diese muss jedoch, um effizient arbeiten zu können, mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet werden und auch das Mandat haben, Banken, die grenzüberschreitend tätig sind, zu überprüfen.

Was die Zielsetzung der Europäischen Investitionsbank betrifft, würde ich mir einen stärkeren Fokus auf die Tätigkeiten innerhalb Europas wünschen. Dies ist gerade angesichts der noch immer andauernden Finanz- und Wirtschaftskrise dringend geboten. Zudem könnte man so die Gefahr der Doppelgleisigkeiten und der Interessenkonflikte mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung vermeiden.

Seán Kelly (PPE). – (GA) Herr Präsident, ich stimme den Kollegen zu, die die hervorragende Arbeit der EIB loben.

– Mit unserem Lob der EIB wird auch der starke Kontrast zu der traurigen, düster unmoralischen Geschichte, die sich in Bezug auf die Privatbanken mit ihren extravaganten Vergütungspaketen und grotesken Sonderzulagen und dem vollständigen Fehlen von Unternehmensführung zugetragen hat, deutlich. Die EIB hat sich dabei genau als das Gegenteil erwiesen, teilweise weil, wie der Präsident sagt, sie dem Parlament rechenschaftspflichtig ist, und so muss sie einfach für ihre guten und richtigen Maßnahmen und besonders für ihr schnelles Reagieren auf die Krise gelobt werden.

Ihr Präsident hat mit Recht erwähnt, dass sie sich mit einem besonderen Augenmerk und Unterstützung auf die Klein- und Mittelbetriebe konzentriert haben und ich weiß, dass meinem eigenen Land 300 Millionen Euro für KMU von der EIB zugeteilt wurden. Die Frage aber lautet: Erreicht dieses Geld die KMU auch tatsächlich, und falls nicht, warum? Gibt es Risikorückbehalte in Bezug auf Betriebe, selbst wenn sie anscheinend über gute Geschäftspläne verfügen?

In Irland kann man zweifellos jeden Tag sehen, wie Unternehmen Pleite gehen und am Dienstag hat sogar die Irish Times die Schlagzeile gehabt: 'State cuts fund to help enterprises by EUR 22 million' („Staat kürzt Fonds, um Unternehmen mit 22 Millionen Euro zu unterstützen“). Wir sind also noch lange nicht über den Berg.

Ich möchte auch folgende Frage stellen: Es wird kolportiert, dass die Privatbanken das Geld, dass für die KMU vorgesehen war, für andere Bankgeschäfte verwendet haben. Deshalb möchte ich wissen: Stimmt das? Kann das nachgewiesen werden und, vor allem, können wir im Parlament irgendwie dazu beitragen, diese Fakten zu belegen?

Jens Geier (S&D). - Herr Präsident, Herr Präsident Maystadt, Herr Kommissar Rehn! Mein Dank gilt zunächst dem Kollegen Deutsch für seine Arbeit. Ich möchte die Gelegenheit aber auch nutzen, um die Bedeutung der Europäischen Investitionsbank für Europa und für die europäischen Bürger hervorzuheben und darauf hinzuweisen, dass wir gerade jetzt in Zeiten der Wirtschaftskrise dieses einzigartige Instrument stärker nutzen müssen.

Aus Sicht der Haushaltskontrolle, die nach einem modernen Verständnis auch den tatsächlichen Output und die Performance europäischer Programme und Institutionen zu bewerten hat, hat die EIB als Bank ein hohes Rating – vor allem in der politischen Verlässlichkeit – sicherlich mehr als verdient. Sie schafft durch ihre Investitionen bei ihren sechs Leitprogrammen – von TEN bis zur Unterstützung von KMU – und Sonderprogrammen wie dem zur Bekämpfung des Klimawandels echten Mehrwert für die Menschen in Europa. Dies findet sicherlich breite Unterstützung im Europäischen Parlament. Das bedeutet aber auch, dass wir als Parlament in Zukunft unsere Aufsichtsverfahren weiterentwickeln müssen. Ich weise hier z. B. auf das Investitionsinstrument hin.

Zum Abschluss möchte ich noch einen Punkt ansprechen, der meiner Fraktion besonders wichtig ist und der sich direkt an die EIB richtet. Wir begrüßen, dass die EIB ihre Politik gegenüber Offshore-Finanzzentren überarbeitet hat. Wir wollen aber auch sichergestellt wissen, dass aus Mitteln der EIB erwirtschaftete Einnahmen nicht in solche Steuerparadiese fließen. Ansonsten würde das erarbeitete Ansehen oder Rating wieder deutlich sinken.

Charles Goerens (ALDE). – (FR) Herr Präsident, die Europäische Investitionsbank ist sowohl eine Bank als auch eine Institution. Als Bank darf sie nicht vergessen, eine Institution zu sein und als Institution darf sie nicht vergessen, eine Bank zu sein. Aus diesem Grund muss sie den Forderungen der Europäischen Union einerseits nachkommen, ohne dabei jedoch andererseits ihre Refinanzierungskapazität zu vernachlässigen.

Vor diesem Hintergrund haben wir nicht das Recht dazu, sie dazu zu nötigen, unnötige Risiken einzugehen, vor allem in Bezug auf entsprechende Interventionen in Entwicklungsländern. Aus diesem Grund ist es so wichtig, eine Art von Übereinkommen zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission auf der einen Seite und der Europäischen Investitionsbank auf der anderen Seite zu befürworten, wodurch institutionelle Kreditgeber die Gelegenheit erhalten, mit Zuwendungen zu intervenieren, während die Europäische Investitionsbank kraft ihrer Funktion Darlehen vergeben kann.

Diese Vorsichtsmaßnahme würde uns vor den Einbrüchen schützen, mit denen die Weltbank zu kämpfen hatte, die vor ein paar Jahren 50 Milliarden Schulden, die auf keinen Fall zurückbezahlt hätten werden können, stornieren musste. Ich glaube, dass wir mit der gezeigten Umsicht bei den Geschäften der Europäischen Investitionsbank gegen solche Erfahrungen gefeit sind und ich möchte sie dazu ermutigen, ihre Interventionen in die Entwicklungsländer zu intensivieren, weil der diesbezügliche Handlungsspielraum sicherlich noch nicht ausgeschöpft ist.

Malika Benarab-Attou (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident, Herr Präsident der Europäische Investitionsbank, im Bericht der EIB für 2008 hat das Parlament darauf bestanden, dass sich die externen Geschäfte der Bank nach den allgemeinen Zielen der Europäischen Union richten.

Aus diesem Grund würde die Finanzierung eines Kernkraftwerks in Jordanien gegen die Grundlagen von Artikel 3 Absatz 5 des Vertrags über die Europäische Union verstoßen. Ich zitiere: 'In its relations with the wider world, the Union shall contribute to the sustainable development of the Earth' („In ihren Beziehungen zur übrigen Welt [...] leistet [sie] einen Beitrag zu [...] globaler nachhaltiger Entwicklung [...]).“

Im Februar 2009 haben sich die jordanischen Behörden an die EIB gewandt und um Unterstützung für ihr Kernenergieentwicklungsprojekt gebeten, das insbesondere den Bau eines Kernkraftwerks bis 2016 vorsieht.

Ich habe deshalb mit einiger Befriedigung festgestellt, dass ich die Zusicherung Ihrer Dienste erhalten habe, dass die Europäische Investitionsbank dieser Bitte nicht nachgekommen ist, und dass sie überlegt, ihre Aufgabe darin zu sehen, Projekte in Jordanien zu unterstützen, die auf die Entwicklung von Wind- und Solarenergie abzielen, und damit die Energien für die Zukunft unseres Planeten, weil sie erneuerbar sind.

Wird diese Haltung auch bei anderen Anfragen für die Finanzierung von Kernkraftwerken aufrechterhalten werden?

Paweł Robert Kowal (ECR). – (PL) Herr Präsident, die Stabilität der Ukraine ist ein selbstverständliches Ziel für alle EU-Mitgliedstaaten, zum Teil auch deswegen, weil die Ukraine eine der wichtigsten und größten Partner ist. Wenn wir uns die Situation anschauen, so macht die Ukraine derzeit eine Krise durch. Die Stabilität des ukrainischen Haushaltsplans wird für die gesellschaftliche und politische Situation sowie für die Zukunft des Landes entscheidend sein. Je mehr Hilfe und politische Unterstützung wir der Ukraine geben, umso mehr können wir berechtigterweise davon ausgehen, dass die Ukraine ihre Wirtschaft zugunsten eines freien Marktes reformieren wird.

Die Wirtschaftskrise in der Ukraine bedeutet nicht nur eine Krise für die Ukraine, sondern ist eine Angelegenheit, die uns alle betrifft. Es tritt heute, in der schwierigen Situation der Ukraine, offen zu Tage, wie sehr wir helfen können. Aus diesem Grund unterstütze ich makroökonomische Hilfen für die Ukraine. Ich denke, dass wir heute sagen sollten, dass sie größer sein sollten, und je größer sie ausfallen, umso größer und ehrgeiziger können unsere Erwartungen an die Ukraine sein.

Nikolaos Salavrakos (EFD). – (EL) Herr Präsident, die Europäische Investitionsbank ist seit ihrer Gründung vor 52 Jahren ohne Zweifel ein Erfolg gewesen, vor allem, was die Umsetzung und Stärkung der Ziele der Europäischen Union und die Finanzierung von Klein- und Mittelbetrieben betrifft, die die tragende Säule der Wirtschaft in der Europäischen Union und die tragende Säule solcher Unternehmen sind, die während der derzeitigen Wirtschaftskrise unbedingt weitergeführt werden müssen, um Arbeitsplätze zu sichern und die Gesellschaft in der Union zu beruhigen.

Wie wir alle wissen, befasst sich die Union heute mit der Krise in Griechenland. Ich weiß natürlich nicht, ob zukünftige Historiker dies die „Griechische Krise“ oder die „Finanzkrise“ oder vielleicht die „Währungskrise“ nennen werden. Was ich allerdings weiß, ist, dass wenn Galileo heute leben würde, er nicht mehr sagen würde, dass die Erde sich drehe, sondern, dass sie renne, weil uns die Ereignisse überrollen und wir als Europäische Union ihnen folgen und notwendige Lösungen finden müssen.

Ich denke, dass jeder hier der Überzeugung ist, dass, wenn das Leben in der Union entspannt ablaufen soll, wir die Vollendung einer politischen und wirtschaftlichen Union schneller vorantreiben müssen. Weil das so ist, bin ich der Meinung, dass die EIB das nötige Fachwissen und die objektive Fähigkeit besitzt, umfangreichere Maßnahmen zu ergreifen, und ich schlage vor, – und ich richte diesen Vorschlag insbesondere an Herrn Olli Rehn, den ich sehr für die Größe schätze, mit der er verschiedene Themen zur Sprache bringt – dass die Möglichkeit untersucht werden sollte, dass die EIB in Zukunft bei der Einschätzung der Bonitätsbewertung der Mitgliedstaaten eine Rolle spielen sollte.

Hans-Peter Martin (NI). – Herr Präsident! Zu Recht haben die Vorredner schon auf die Bedeutung der EIB hingewiesen. Kollegin Kadenbach etwa hat von dem so notwendigen Beitrag zur sozialen Konvergenz gesprochen. Ich möchte das in einen politischen Kontext stellen. Wir erleben mit großer Sorge, dass in immer mehr Staaten Parteien der extremen Rechten an Zulauf gewinnen. Das tun sie auch, weil die soziale Konvergenz in der Europäischen Union eben nicht so funktioniert, wie wir uns das alle gewünscht haben.

Dabei treten diese extremen Rechten sehr, sehr häufig als Wolf im Schafspelz auf, kaschieren damit eine dahinterstehende massive zynische Menschenverachtung. Letztes Beispiel, Herr Präsident – auch ich kenne

Ihre politische Einstellung –, was Herr Mölzer gerade gemacht hat: Er hält eine ganz nette Rede, aber zwischendrin nennt er einen politischen Gegner – mich – einen Psychopathen. Das ist die Sprache des Hitler-Faschismus! Das ist die Art, wie die arbeiten! Da wurden auch schon politische Gegner zu Unmenschen gestempelt. Ich bitte Sie, entsprechend dagegen vorzugehen, und ich bitte die Kollegen von der EIB, weiter ihre Arbeit fortzusetzen, auch im Bereich der Transparenz, also noch etwas transparenter zu werden, weil ihre Vorgangsweise auch eine Hilfe ist, den aufkommenden neuen Faschismus zu bekämpfen.

Sophie Auconie (PPE). – (FR) Herr Präsident, mit dem Bericht der Europäischen Investitionsbank für 2008 feiern wir einen Jahrestag: Die EIB hat nun seit mehr als 50 Jahren aktiv zu der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Kontinents beigetragen.

Als Bank der Europäischen Union mit der Aufgabe, langfristige Darlehen zu vergeben, spielt sie eine wichtige Rolle im Kampf gegen die Krise, in der wir uns derzeit befinden. Wir sollten ihrem schnellen Reagieren, das sie seit Herbst 2008 an den Tag legt, unsere Anerkennung zollen. Allein 2008 hat die EIB 10 Milliarden Euro mehr ausgezahlt als eigentlich vorgesehen war.

Als ein Mitglied des Parlamentsausschuss für regionale Entwicklung und des Ausschusses für Wirtschaft und Währung bin ich besonders an der Unterstützung für Europas Klein- und Mittelbetriebe durch die EIB interessiert. Mir scheint es von extremer Bedeutung zu sein, dass auch weiterhin solche Initiativen wie JEREMIE ausgearbeitet werden. Unternehmen brauchen Stammkapital, Risikokapital, Garantien, Kredite und die technische Unterstützung, die von JEREMIE vorgeschlagen werden. So hat vor einem Jahr die Region Auvergne, ein Teil meines Europawahlkreises, den Herr Audy, der heute hier ist, sehr gut kennt, diesen Hilfsmechanismus für KMU eingeführt. Er umfasst 25 Millionen Euro, davon kommen 18 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und damit wird Kleinbetrieben geholfen, Innovation unterstützt und allgemein zur Überwindung der Krise beigetragen.

Ich bin erfreut darüber, wie konstruktiv die Zusammenarbeit zwischen EIB, dem Europäischen Investitionsfonds und unseren lokalen Behörden ist. Herr Maystadt, ich bin davon überzeugt, dass wir genau so weitermachen müssen.

Thijs Berman (S&D). Herr Präsident, die EIB hat 2008 innerhalb der EU schnell und konkret auf die Finanzkrise reagiert, indem sie ihr Kapital erhöht und die Investitionen und Auszahlungen im Vergleich zu den Vorjahren insbesondere in Bezug auf die KMU fast verdoppelt hat. Unter dem externen Mandat der EIB hat sich dieser Sinn für die Dringlichkeit antizyklischer Maßnahmen jedoch durch die EIB in Bezug auf Entwicklungsländer nicht gezeigt. Stattdessen hat die EIB ihre Investitionen in den AKP-Staaten, in Asien und Lateinamerika drastisch gesenkt. In dem Jahresbericht wird schmerzhaft deutlich, dass die Reaktion der EIB auf die Krise im Hinblick auf die Entwicklungsländer zu langsam ist.

Die Hauptaufgabe der EIB als öffentliche Institution in den Entwicklungsländern sollte nicht nur darin bestehen, in Infrastruktur zu investieren, eine andere und gleichermaßen wichtige Aufgabe besteht nämlich darin, in Zeiten des Mangels Kapital zur Verfügung zu stellen und die Märkte zu unterstützen, wenn Privatbanken sich zurückhaltend zeigen. Die EIB sollte unter dem externen Mandat mehr in Finanzdienstleistungen investieren und damit einen besseren Zugang zu Darlehen und Einsparungen für Bürgerinnen und Bürger und KMU bieten. Das hätte ein nachhaltiges Wachstum sowohl hier als auch in den Entwicklungsländern zur Folge.

Georgios Stavrakakis (S&D). – (EL) Herr Präsident, meine Damen und Herren, bevor ich Herrn Präsident Maystadt im Europäischen Parlament begrüße und bevor ich ihm sowohl zum Erfolg der Europäischen Investitionsbank als auch zu ihrem ehrgeizigen Geschäftsplan gratuliere, möchte ich meinem Entsetzen über den tödlichen Brandanschlag auf drei meiner Mitbürger in Athen gestern an ihrem Arbeitsplatz Ausdruck verleihen und ihren Familien mein tiefstes Beileid bekunden.

Die aktuelle Wirtschaftskrise hat zweifellos die Bedeutung der Arbeit der Europäischen Investitionsbank in ein neues Licht gerückt. Die zusätzliche finanzielle Unterstützung durch die EIB hat schnelle Auszahlungen ermöglicht und geholfen, die Realwirtschaft zu unterstützen, vor allem indem sinnvolle Projekte geschützt und existenzfähigen Unternehmen in diesem außergewöhnlich schwierigen Zeit geholfen wurde.

So hat die EIB mit den Initiativen JASPERS und JEREMIE auch eine wichtige und entscheidende Rolle im Kernprogramm über den Wettbewerb in Europa gespielt, mit denen die EIB Instrumente gefördert hat, um Innovationen noch intensiver unterstützen zu können.

Der EIB kommt eine immer wichtiger werdende Rolle zu, und zwar nicht nur im Rahmen der Kohäsionsziele, sondern auch bei der Umsetzung der Strategie Europa 2020. Die intelligenten Finanzmechanismus-Instrumente, die von ihr immer neu entwickelt werden, und die jüngste Europäischen Energiehilfe auf lokaler Ebene, genannt ELENA-Initiative, sollen einen entscheidenden Beitrag in Bezug auf Beschäftigung durch wichtige Investitionen in Sektoren wie Nachhaltigkeit und Sicherheit der Energieversorgung leisten, Sektoren, die direkte Auswirkungen auf die lokale wirtschaftliche Entwicklung und auf die Verbesserung der Lebensqualität unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger haben.

Zigmantas Balčytis (S&D). – (LT) Herr Präsident Adamkus, nachdem Europa von der Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen wurde, ist die von der Europäischen Investitionsbank erfolgte Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe (KMU) besonders notwendig gewesen. Ich sehe die von der Bank im Jahre 2008 übernommene Entscheidung, das Darlehensvolumen für KMU im Vergleich zum Vorjahr um 42 % zu erhöhen, als positiv an, weil sie 99 % der Unternehmen in der Europäischen Union ausmachen und mehr als 100 Millionen Menschen beschäftigen. Angesichts der Tatsache, dass die Wirtschaftskrise noch nicht bewältigt ist und die Arbeitslosenquote nach wie vor steigt, müssen wir sicherstellen, dass die Europäische Investitionsbank die Darlehensvergabemöglichkeiten für KMU weiter erhöht, den Kapitalzugang verbessert und die komplizierten bürokratischen Regeln vereinfacht, so dass Projekte schneller und effektiver finanziert werden können, vor allem in solchen Mitgliedstaaten und auf solchen Sektoren, die am meisten unter der Krise gelitten haben. Neben der Unterstützung der von mir genannten Betriebe sollte die Europäische Investitionsbank darüber hinaus auch damit fortfahren, der Finanzierung der Entwicklung einer nachhaltigen, wettbewerbsfähigen und sicheren Energieinfrastruktur und einer harmonisierten Infrastruktur im Verkehrsbereich ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Proinsias De Rossa (S&D). Herr Präsident, wenn wir die Europäische Investitionsbank nicht bereits hätten, wären wir gerade jetzt verzweifelt bemüht, sie aufzubauen. Ich begrüße den Vorschlag, das Darlehensvolumen umfangreich zu erhöhen und unterstütze auch ihre Rolle bei der Hilfe von Entwicklungsländern außerhalb der EU.

Ich glaube aber auch, dass wir diese wertvolle Ressource verschwenden, wenn wir nicht auch ihr Fachwissen in Bezug auf die breite Finanzkrise mit in Anspruch nehmen. Wir brauchen dringend einen europäischen Mechanismus für finanzielle Stabilität. Durch die Einrichtung eines Treuhandfonds, wie es von der Sozialdemokratischen Partei Europas vorgeschlagen wurde, würden wir sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten, die ins Visier skrupelloser Spekulanten geraten sind, ohne direkte Miteinbeziehung der Steuerzahler unterstützt werden und niedrigere Zinsaufschläge gewährleistet werden könnten. Dies würde eine klare Botschaft an den Markt und insbesondere an die skrupellosen Spekulanten senden, dass wir es nicht zulassen, dass einer unserer Mitgliedstaaten ruiniert und zerstört wird, so wie es gerade jetzt mit Griechenland passiert und es ebenso auch mit anderen Mitgliedstaaten, einschließlich meinem eigenen, Irland, passieren kann.

Corina Crețu (S&D). – (RO) Vor dem Hintergrund der Krise ist es der Europäischen Investitionsbank gelungen, ihre Prioritäten in Bezug auf die Darlehensvergabe unverzüglich anzupassen, um Klein- und Mittelbetrieben Unterstützung zu gewähren, die besonders anfällig auf die durch die Krise hervorgerufenen Risiken und gestiegenen Kosten in Verbindung mit der Kreditaufnahme reagieren. Es ist wichtig für uns zu sehen, in welchem Umfang die Bank eine Mitfinanzierung von Projekten, die durch die Strukturfonds in den östlichen Mitgliedstaaten finanziert werden, leisten kann, da Sie ja wissen, dass eine Reihe von KMU und lokalen Behörden große Schwierigkeiten haben, Zugriff auf den europäischen Mittel zu erhalten, für die weder eine Mitfinanzierung auf dem Finanz- noch auf dem Bankenmarkt möglich ist.

Ich glaube, dass sich in der kommenden Periode die Bankgeschäfte auf die von der Krise am meisten betroffenen Länder konzentrieren müssen, denen es nicht gelingt, für einen Aufschwung ihrer Wirtschaft zu sorgen, um die Kohäsion zu unterstützen und dem anhaltenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Niedergang Einhalt zu gebieten.

Die Europäische Investitionsbank nimmt einen besonderen Platz in den für die EU verfügbaren Finanzmechanismen zur Wiederankurbelung des Wirtschaftswachstums ein. Aus diesem Grund unterstütze ich die Empfehlung, dass die EU als eine juristische Person neben den Mitgliedstaaten Anteilseigner der Bank werden kann, was insgesamt helfen würde, die Zusammenarbeit zu vertiefen.

Der Präsident. Ich werde nun für eine halbe Minute Herrn Mölzer das Wort erteilen, der der Meinung ist, dass in einer Rede eines anderen Mitglieds eine Anspielung auf ihn enthalten gewesen sei.

Andreas Mölzer (NI). - Herr Präsident! Ich erlaube mir, nach Artikel 151 der Geschäftsordnung eine persönliche Bemerkung zu machen, nachdem der Abgeordnete Hans-Peter Martin in seiner Rede schwere Vorwürfe gegen mich vorgebracht hat.

Ich lege Wert darauf festzustellen, dass ich mit diesem Abgeordneten nichts zu tun haben will, dessen politisches Geschäft die Denunzierung von Kollegen ist, der in den Medien das ganze Parlament denunziert und die Beamten des Parlaments als faul, untätig und unfähig darstellt. Mit einem Mann, der mit geheimdienstlichen Methoden, mit Schlüssellockkameras, mit Kleinbildkameras und anderen geheimen Dingen Leute ausspioniert, spreche ich nicht. Ich habe weder heute mit ihm gesprochen noch werde ich das in Zukunft tun, da ich mit einem solchen Menschen nichts zu tun haben möchte! Ich weise seine Behauptung zurück und verweise darauf, dass Hans-Peter Martin meines Erachtens diese Behauptung zurückziehen sollte.

Der Präsident. Herr Mölzer, aus diesem Grund sind ihre Worte im ausführlichen Sitzungsprotokoll der heutigen Sitzung festgehalten worden.

Petru Constantin Luhan (PPE). – (RO) Ich muss damit beginnen, die Europäische Investitionsbank zu den Anstrengungen, die sie unternommen hat, um die Zielvorgaben der Gemeinschaft zu erreichen, zu beglückwünschen. Diese Institution hat eine maßgebliche Rolle während der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gespielt und sie tut es nach wie vor.

Das Konvergenzziel bekommt eine beachtliche Unterstützung von den Struktur- und Kohäsionsfonds, da es eines der Hauptziele der Bank ist. So sind 21 Milliarden Euro, also etwa 41 % des gesamten Darlehensvolumens der EIB in der Europäischen Union, für die Finanzierung von Darlehen für Projekte mit diesem Ziel im Hintergrund ausgegeben worden. Ich denke, dass sich ärmere Regionen erst dann entwickeln können, wenn über die Infrastruktur Zugänglichkeit ermöglicht und die angemessene gesellschaftliche und bildungspolitische Infrastruktur geschaffen wurde, auf Grundlage der gemeinsamen Normen für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger.

Aus diesem Grund möchte ich die Europäische Investitionsbank dazu ermutigen, die Maßnahmen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kohäsion in der Europäischen Union und die Maßnahmen im Kampf gegen die Finanzkrise fortzuführen, durch eine Erhöhung...

(Der Präsident entzieht dem Sprecher das Wort.)

George Sabin Cutaș (S&D). – (RO) Die Europäische Investitionsbank spielt, wenn es darum geht, das Konvergenzniveau in der Europäischen Union zu steigern, eine Hauptrolle und leistet damit einen wesentlichen Beitrag während der wirtschaftlichen Rezession, von der die Investitionen hart getroffen wurden, insbesondere jene in Bezug auf die öffentliche Infrastruktur.

Ich denke, dass die EIB sehr schnell auf die durch die Krise entstandenen Herausforderungen reagiert hat, indem sie zum Beispiel Rumänien im Jahr 2009 Finanzierungen in einer Höhe von fast 1,5 Milliarden Euro zugesichert hat. Durch diese Darlehen wird der vielfältige Umfang des Engagements der Bank deutlich, den Prozess der Überwindung von Entwicklungslücken während der Post-Beitrittsphase zu beschleunigen.

Wie meine Kollegen bereits gesagt haben, konzentriert sich ein beachtlicher Teil der Darlehen auf die Unterstützung der KMU. Ich glaube, dass ein verbesserter Zugang dieser Unternehmen zu Kapital zu einer Schlüsselfunktion dabei werden kann, die europäische Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Vor diesem Hintergrund wäre es sinnvoll, jedes Jahr Bewertungen der Zugriffsmöglichkeit und der Wirksamkeit dieser Darlehen durchzuführen, um eine größere Transparenz in Bezug auf ihren endgültigen Verwendungszweck gewährleisten und das administrative Verfahren verbessern zu können.

Laima Liucija Andrikiienė (PPE). Herr Präsident, wir sollten der wichtigen Rolle, die die Europäische Investitionsbank bei dem Wiederaufbau unserer Wirtschaften in den schwierigen Zeiten, mit denen die meisten unserer Länder konfrontiert sind, Applaus spenden. Mein Land Litauen ist ein typisches Beispiel dafür. Die EIB spielt im nationalen Konjunkturprogramm eine wichtige Rolle, vor allem in Bezug auf den Ausbau der Finanzierung für Klein- und Mittelbetriebe, aber auch bei der Finanzierung von Projekten im Bereich erneuerbarer Energien und Verkehr.

Und nichtsdestotrotz möchte ich die Regierungen Europas dringend bitten, die EIB mit einer größeren Darlehensvergabekapazität für unsere Nachbarn auszustatten, vor allem die im Osten, weil sie auch unter den Folgen dieser Krise leiden und sehr dringend Kredite und Investitionen benötigen. Es werden vor allem

Investitionen auf den harten Sektoren, wie Verkehr, Umwelt und nicht zuletzt auch Energie benötigt. Letzterer ist besonders wichtig, vor allem vor dem Hintergrund der Energie-Infrastrukturprobleme, die...

(Der Präsident entzieht der Sprecherin das Wort.)

Andrzej Grzyb (PPE). – (PL) Herr Präsident, auch ich möchte mich in den Chor der Lobsänger auf Herrn Maystadt und die Europäische Investitionsbank und ebenso auf Herrn Deutsch, der den Bericht entworfen hat, einreihen.

Bei der Debatte sind die folgenden beiden Dinge deutlich geworden: Erstens, Entwicklung und zweitens, Stabilisierung, oder anders herum, die Reihenfolge ist dabei nicht wichtig. In der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten denken wir dabei hauptsächlich an die Entwicklung im Bereich der Kohäsion. Und hier möchte ich vor allem auf die Rolle hinweisen, die bei der Finanzierung des Sektors der Klein- und Mittelbetriebe übernommen werden kann. Wir haben bereits in der Lissabon-Strategie festgelegt, dass es ohne den Sektor der Klein- und Mittelbetriebe und ohne Zusammenarbeit auf regionaler Ebene nicht möglich sein wird, Kohäsion zu entwickeln.

Es gibt Länder außerhalb der Europäischen Union, die Nachbarn der Europäischen Union sind, die Länder der Östlichen Partnerschaft, in denen es ohne die Hilfe der Europäischen Investitionsbank, Herr Kowal und Frau Andriukienė haben dies bereits angesprochen, nicht möglich sein wird,...

(Der Präsident entzieht dem Sprecher das Wort.)

Paul Rübzig (PPE). - Herr Präsident! Herr Präsident Maystadt, mich würde interessieren, wie sich die Diskussion um Basel III auf die Bank auswirkt und welche Auswirkungen das insbesondere auf den Europäischen Investitionsfonds haben wird. Glauben Sie, dass die hier notwendige Bonität, um in einer Wirtschaftskrise entsprechend unterstützend wirken zu können, sich derzeit gut entwickelt, oder glauben Sie, dass bei der Bonität Nachbesserungsbedarf besteht? Wie sehen Sie in Zukunft die Möglichkeiten, mehr Risikokapital für Krisen, wie wir sie derzeit erleben, zur Verfügung zu stellen? Gerade für die kleinen und mittleren Betriebe ist in einer schwierigen Zeit die Unterstützung des Europäischen Investitionsfonds von ganz besonderer Bedeutung.

Ich möchte hier auch der EIB ausdrücklich danken, dass die Zusammenarbeit mit dem EIF derart gut gelungen ist, und dass bei der Schwerpunktsetzung auf kleine und mittlere Betriebe, aber vor allem auch auf die transeuropäischen Netze, große Fortschritte zu verzeichnen sind.

Philippe Maystadt, Präsident der Europäischen Investitionsbank. – (FR) Herr Präsident, ich möchte mich bei allen Sprechern für ihre Beiträge bedanken. Natürlich verdienen einige der hier vorgebrachten Aspekte eine eingehendere Betrachtung. Ich kann an dieser Stelle nur mit ein paar Antworten dienen und ich werde dabei zwischen den Fragen, die unsere Geschäftsprioritäten einerseits betreffen und Fragen, die sich auf Aufsicht und Verwaltung andererseits beziehen, unterscheiden.

Was unsere Geschäftsprioritäten angeht, so ist vor allem eine davon von vielen von Ihnen angesprochen worden, und das ist die Unterstützung, die Klein- und Mittelbetrieben gewährt werden sollte. Dies ist vor allem von Frau Györi und Herrn Schmidt betont worden. Und ich denke, dass sie recht daran tun, die Wichtigkeit der Unterstützung der KMU zu verdeutlichen.

Wie Sie zweifellos wissen, haben wir 2008 ein neues Produkt für Darlehen von Banken an Klein- und Mittelbetriebe herausgebracht, mit dem wir nun in der Lage sind, die Verwendung der geliehenen Mittel effektiver zu kontrollieren. So kann ich Ihnen sagen, dass vom letzten Quartal 2008 bis zum Ende 2009 von uns Darlehen im Wert von 21 Milliarden Euro gewährt wurden, von denen aktuell bereits 16 Milliarden ausgegeben wurden. Darüber hinaus sind mit Ende des letzten Jahres bereits mehr als 90 % dieser Darlehen bereits an Klein- und Mittelbetriebe vergeben worden.

Aus diesem Grund denke ich, dass wir auf diese Weise eine entscheidende Unterstützung liefern können, indem wir über Geschäftsbanken gehen und, wie Frau Györi betont hat, dabei nicht nur die traditionellen Geschäftsbanken als Intermediäre nutzen, sondern auch regionale Banken und Sparkassen mit einbeziehen. Der Bereich unserer Intermediäre ist also nun breit gefächert.

Wir versuchen auch eng und in Form von gemeinsamen Maßnahmen mit unserer Nebeninstitution, dem Europäischen Investitionsfonds, zusammenzuarbeiten, weil dieser Fonds ebenso in der Lage ist, Garantien für das den KMU gewährte Darlehensportfolio zu übernehmen. Von Frau Auconie ist ein sehr spezielles

Beispiel für diese Beteiligung gegeben worden, und ich bin ihr für ihre unterstützenden Worte in dieser Hinsicht dankbar.

Die zweite Geschäftspriorität, für die Sie sich sehr interessieren, ist natürlich die Konvergenz und ich kann Ihnen bestätigen, dass die Europäische Investitionsbank sich bemüht, Ihre Geschäfte und Maßnahmen in den so genannten Konvergenzregionen weiter auszubauen. Und so können Sie feststellen, dass im Jahre 2009 unser Darlehensvolumen mehr in den neuen Mitgliedstaaten angewachsen ist als in den alten. Dies ist Teil unserer entschlossenen Bemühung, dabei zu helfen, die Kluft zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten zu verringern, weil es in der Tat genau das ist, was den Geist der Konvergenz ausmacht.

In diesem Zusammenhang ist es, wie insbesondere von Frau Kadenbach und Herrn Czarnecki betont wurde, wichtig, eine gute Zusammenarbeit mit der Kommission in Bezug auf die Verwendung der Strukturfonds zu haben, und ich kann Ihnen sagen, dass dies auch in der Tat so der Fall ist.

Darüber hinaus haben wir mit der Kommission die folgenden verschiedenen gemeinsamen Programme auf den Weg gebracht: JASPERS, für die Bereitstellung von technischer Unterstützung bei der Vorbereitung von Projekten, die gegebenenfalls für Fördermittel aus den Strukturfonds in Frage kommen. JEREMIE, was im Kern darauf abzielt, die Strukturfonds in Finanzinstrumente mit umlaufendem Charakter umzuwandeln (wir können dieselben Summen mehrmals benutzen). Und schließlich noch JESSICA, was auf derselben Idee beruht und die Strukturfonds für die Finanzierung im Bereich der Stadtsanierung einsetzt.

Die dritte Geschäftspriorität ist die Energie und der Kampf gegen den Klimawandel. Wir werden vielleicht noch die Gelegenheit haben, dies mehr im Detail zu diskutieren, aber ich kann Ihnen versichern, dass es unsere Motivation ist, erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Übereinstimmung mit der auf europäischer Ebene eingeführten Strategie zu fördern.

Von Herrn Lamberts sind Zahlen für den Zeitraum von 2002 bis 2008 genannt worden, wenn Sie sich jedoch die jüngsten Zahlen einmal ansehen, vor allem die von 2009, so werden Sie feststellen, dass die Verhältnisse dabei sind, sich umzukehren, weil wir in 2009 Energieprojekte im Wert von mehr als 4 Milliarden Euro finanziert haben, was mehr als 70 % unserer Finanzierungsausgaben für die Energieerzeugung entspricht.

Die Absicht ist, diese Umkehrung der Verhältnisse weiter zu verfolgen, indem in noch größerem Umfang Mittel für erneuerbaren Energien und Energieeffizienz zur Verfügung gestellt werden. Und an dieser Stelle möchte ich mich bei Herrn Stavrakakis bedanken, der in seinem Redebeitrag das ELENA-Programm angesprochen hat, was ebenso ein gemeinsames Programm mit der Kommission ist und technischen Beistand in dem Bereich der Energieeffizienz leistet.

Um noch bei der Energie zu bleiben, möchte ich Frau Benarab-Attou sagen, dass wir die Wahl der einzelnen Mitgliedstaaten in Bezug auf die Mischung der jeweiligen Strategien respektieren. Wenn ein Mitgliedstaat sich für die Nutzung von Kernenergie entscheidet, ist es nicht Angelegenheit der EIB, dem zu widersprechen, aber ich bestätige, dass wir im Fall von Jordanien ausschließlich über die Finanzierung erneuerbarer Energien debattieren.

Ich werde mich nun kurz fassen und auf ein paar Aspekte in Bezug auf Aufsicht und Verwaltung zu sprechen kommen. Zur Aufsicht hat sich Herr Audy ausgesprochen, und er kennt unsere Haltung: Wir sind vollkommen offen, wir werden bereits in einem großen Umfang von einem unabhängigen Prüfungsausschuss durch den Europäischen Rechnungshof, wenn wir den europäischen Haushalt einsetzen, und durch OLAF und durch den Europäischen Bürgerbeauftragten beaufsichtigt. Ich denke, dass wir bereits die am besten beaufsichtigte internationale Finanzinstitution sind.

In diesem Sinne erkenne ich die Tatsache an, dass die Aufsicht von Banken sinnvoll sein kann und wir sind aus diesem Grund völlig offen für mögliche Vorschläge diesbezüglich, insbesondere durch die neue Europäische Bankaufsichtsbehörde.

Was Basel III angeht, so möchte ich Herrn Rübig einfach sagen, dass wir die Arbeit aufmerksam verfolgen. Es ist aber derzeit noch zu früh, um die möglichen Auswirkungen bewerten zu können, weil wir uns gerade erst in der Konsultierungsphase über Basel III befinden und bisher noch nicht über die Parameter entschieden worden ist.

Was die Offshore-Finanzzentren angeht, so möchte ich Herrn Geier sagen, dass dies etwas ist, woran wir sehr interessiert sind. Wenn er den Wunsch hat, könnten wir unsere neue Strategie genauer erklären, wobei es wirklich unsere Hauptüberlegung ist, Steuerhinterziehung beim Einsatz von Offshore-Finanzzentren zu unterbinden.

Abschließend möchte ich noch auf einen speziellen Punkt zu sprechen kommen, der von Herrn Schmidt angeführt wurde. Er hat Recht – wir müssen noch Fortschritte machen, wenn es um die Gleichberechtigung der Geschlechter geht. Die Zahl, die er zitiert hat, bezieht sich jedoch lediglich auf das Personal im Führungsbereich. Es ist jedoch auch wahr, dass in der EIB zu wenige Führungspositionen mit Frauen besetzt sind. Wir haben einen Aktionsplan entwickelt und wir hoffen, damit die Situation in den kommenden Jahren korrigieren zu können, aber ich möchte ihm auf jeden Fall unseren diesbezüglichen Willen zusichern. Wir wollen eine Situation verbessern, die so, wie sie sich heute darstellt, nicht akzeptabel ist.

Olli Rehn, Kommission. – (FI) Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete, ich möchte Ihnen für eine sehr professionelle und konstruktive Aussprache und Herrn Deutsch für seinen ausgezeichneten Bericht danken.

Ich möchte in dieser Angelegenheit die folgenden drei Dinge sagen: Erstens bin ich zuversichtlich, dass diese Aussprache und dieser Bericht eine solide Grundlage für die schnelle Annahme des externen Mandats der Europäischen Investitionsbank liefern wird. Dies ist wichtig für uns, weil wir so in der Lage sind sicherzustellen, dass wir die gemeinsamen Zielvorgaben der EU in Bezug auf Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit auch wirksam umsetzen können.

Zweitens ist die Europäische Investitionsbank ein äußerst wichtiger Partner für die Europäische Kommission, insbesondere wenn wir die Ziele von Europa 2020 erreichen wollen, vor allem in den Bereichen nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung. Die EIB liefert die Schlüssel für die Entwicklung von Infrastruktur, Innovationen und Kleinbetrieben und wir arbeiten eng und nahtlos in diesen Bereichen zusammen.

Viele von Ihnen haben verständlicherweise die Situation in Griechenland angesprochen. Ich habe gestern den Hinterbliebenen und Freunden derjenigen, die ihr Leben in Athen als Folge von Gewalt verloren haben, im Namen der Kommission Beileidsbekundungen übermittelt. Hitzige Auseinandersetzungen sind ein Merkmal von Demokratie, aber Gewalt darf niemals toleriert werden und Verhalten dieser Art muss sehr strikt abgegrenzt werden.

Die Kommission ist aktiv an der Entwicklung eines Stabilisierungsprogramms für die griechische Wirtschaft sowie an der Annahme eines riesigen finanziellen Rettungspakets beteiligt gewesen, um einerseits die Finanzstabilität im gesamten Euroraum zu unterstützen und andererseits die Stabilität der griechischen Wirtschaft sicherzustellen. Wir haben Ende letzter Woche der Eurogruppe ein riesiges finanzielles Rettungspaket sowie ein Stabilisierungsprogramm im Wert von 110 Milliarden Euro insgesamt vorgeschlagen. Die Finanzminister der Eurogruppe haben darauf hin letzten Sonntag unter Bezugnahme eines Vorschlags von Kommission, EZB und IWF eine Entscheidung getroffen. Es war eine schwierige, wenn auch gleichermaßen notwendige und verantwortungsvolle Entscheidung. Es ist nun von entscheidender Bedeutung, dass die entsprechenden Entscheidungen nun auch schnell von allen nationalen Parlamenten endgültig beschlossen werden. Ich bin mir für meinen Teil sicher, dass wir Ihre Unterstützung erhalten werden, um dieses Ziel zu erreichen.

Denn es geht hierbei nicht nur um Griechenland, sondern um die Wirtschaft in der gesamten Eurozone. Es ist absolut notwendig, das Buschfeuer in Griechenland im Keim zu ersticken, bevor es sich zu einem Flächenbrand über ganz Europa ausweitet. Ich bin mir sicher, dass wir das erreichen können, aber es bedeutet auch, dass wir verantwortungsvoll handeln müssen. Es ist jetzt nicht an der Zeit, Popularitätspunkte zu sammeln. Es ist Zeit für verantwortliches und entschlossenes Handeln. Der Euro ist nicht bloß eine technische Einrichtung: Er ist vielleicht das wichtigste gemeinsame politische Projekt der Europäischen Union überhaupt.

Tamás Deutsch, Berichterstatter. – (HU) Herr Präsident, Präsident Maystadt, Kommissar Rehn, gestatten Sie mir bitte, dass ich meinen Kollegen, dem Präsidenten und dem Kommissar für diese wertvolle Aussprache meinen Dank ausdrücke.

Bevor es zur Abstimmung kommt, erlauben Sie mir, dass ich am Ende mehrerer Monate voll gründlicher und meiner Meinung nach wertvoller Vorbereitungsarbeit noch drei Bemerkungen mache. Wie Montecuccoli bereits vor mehreren hundert Jahren gesagt hat, erfordert ein erfolgreicher Krieg, das Führen eines erfolgreichen Krieges, Geld, Geld und nochmals Geld. Es ist klar, dass wir, um die wirtschaftlichen Probleme, die uns alle betreffen, lösen zu können, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze und nochmals Arbeitsplätze schaffen müssen. Es ist wichtig, dass die Europäische Investitionsbank dies stets als ein entscheidendes Ziel angesehen hat und die heutige Aussprache bestärkt uns alle in der Tatsache, dass sie auch weiterhin an der Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament, der Kommission und dem Rat festhält, um diese Ziele zu erreichen.

Ich denke, dass die Kommentare meiner Kollegen, in denen sie die Europäische Investitionsbank dringend gebeten haben, den Mitgliedstaaten, die von der Krise am meisten betroffen sind, mehr Aufmerksamkeit zu schenken, sehr wichtig sind. Ich glaube, dass wir auch in dieser Hinsicht auf offene Ohren stoßen.

Und nicht zuletzt, was das externe Mandat der Europäischen Investitionsbank betrifft, so denke ich, dass die hier in der Plenardebatte die dazu gemachten Kommentare, in denen die Bedeutung der Bereitstellung von Unterstützung und Krediten für europäische Länder, die an die EU grenzen, hervorgehoben wurde, auch sehr wichtig sind. So sind beispielsweise die Ukraine und die Balkanregion angesprochen worden. Und dies ist auch meine Meinung. Erlauben Sie mir zum Abschluss und am Ende dieser Aussprache nun noch die Namen zweier Herren zu erwähnen. Bei solchen Gelegenheiten sind es in der Regel die Leiter der Institutionen, die das Lob erhalten. So möchte ich natürlich auch Herrn Präsident Maystadt für die bisher geleistete Arbeit danken, aber ich möchte mich darüber hinaus auch bei Herrn de Crayencour und Herrn Brito für ihre Arbeit bedanken, die sich als hervorragende Partner des Europäischen Parlaments erwiesen haben. Und nicht zuletzt möchte ich auch meinen Kollegen für ihre Zusammenarbeit danken. Es ist eine gemeinsame Anstrengung gewesen und der Erfolg wird ebenso gemeinsam gefeiert.

Der Präsident. Herr Hans-Peter Martin hat aufgrund persönlicher Ansprache um das Wort gebeten. Sein Landsmann, Herr Hölzer, hat sich auf Herrn Hans-Peter Martin, seine Vergangenheit und sein Verhalten, bezogen und er hat nun gemäß Artikel 15 das Recht, darauf zu antworten.

Diese Redebeiträge in Bezug auf persönliche Ansprachen dürfen jedoch nicht in ein Pingpong-Match ausarten, bei dem der eine auf den anderen anspielt und dieser sich wiederum auf den Ersten bezieht. Aus diesem Grund werde ich die Angelegenheit nach Herrn Martins Beitrag als vollständig gelöst betrachten. Herrn Martin wird eine Minute Redezeit gewährt und ich fordere ihn auf, sich strikt an Artikel 151 zu halten, da ich ihm nach genau einer Minute das Wort entziehen werde.

Hans-Peter Martin (NI). - Herr Präsident! In der Tat ist es traurig, dass ich das Plenum überhaupt damit befassen muss. Ich muss Sie darauf hinweisen, dass Herr Mölzer die Unwahrheit gesagt hat. Jawohl, er hat mich hier am Heraufweg einen Psychopathen genannt! Jawohl, er hat mich im vergangenen Jahr des Öfteren in die Psychiatrie verwiesen! Das ist die Methode, wie Rechtsradikale arbeiten. „H.C. Strache ist für mich ein Nazi“, hat der sozialdemokratische Fraktionsführer im vergangenen Jahr gesagt. Das ist der Mann, dessen Partei Herr Mölzer angehört und mit dem er eng zusammenarbeitet.

Ich glaube wirklich, dass auf der Basis dessen, was wir hier immer wieder erleben, uns nicht nur diese Auseinandersetzungen um die Wirtschaftskrise, die Finanzkrise und das, was man schon einen Geldkrieg nennen kann, beschäftigen müssen, sondern auch das gefährliche Auferstehen der Rechtsradikalen – und wenn Sie hier hinten sitzen würden, Herr Präsident, mit Ihrer politischen Vergangenheit, würden Sie merken, welche gefährlichen Tendenzen da schon wieder in Ungarn, in Österreich und so weiter zum Vorschein kommen. Wehret den Anfängen!

Der Präsident. Die Debatte ist geschlossen.

Die Stimmabgabe findet heute um 11.00 Uhr statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149).

Liam Aylward (ALDE). – (GA) Die Europäische Investitionsbank hat eine maßgeblich entscheidende Rolle in Bezug auf die Klein- und Mittelbetriebe inne, die versuchen, die derzeitige Wirtschaftskrise zu überwinden. Klein- und Mittelbetriebe stellen einen Beschäftigungsanteil von 70 % in Europa und spielen als Folge daraus im Betrieb der europäischen Wirtschaft eine zentrale Rolle.

Die größte Schwierigkeit, vor der diese Betriebe derzeit stehen, ist, Zugriff auf Finanzierungen und Kapital zu erhalten. Die zentrale Rolle der EIB im Hinblick auf die Bereitstellung von Hilfe für Klein- und Mittelbetriebe ist nur zu begrüßen und die Bank sollte in ihren Bestrebungen unterstützt werden. Für den Zeitraum von 2008 bis 2011 sind 30 Milliarden Euro für Klein- und Mittelbetriebe vorgesehen und mehr als 50 000 Unternehmen in der EU haben im Jahr 2009 von der Finanzierung durch die EIB profitiert.

Ich begrüße die im Bericht gemachten Empfehlungen in Bezug auf die Verbesserung der Transparenz des Systems, wodurch Darlehen über Finanzintermediäre der EIB vergeben werden. Die Finanzintermediäre sind angehalten, diese Darlehen an Kleinbetriebe weiterzugeben. Dabei muss jedoch das Kontrollsystem der Bank im Hinblick auf diese Darlehen noch verbessert werden, um die Wirksamkeit dieser Darlehen auch gewährleisten zu können.

Jim Higgins (PPE). Ich weiß die anhaltende Unterstützung der Europäischen Investitionsbank (EIB) für Irland während der Wirtschaftskrise wirklich sehr zu schätzen. So hat die EIB auf bewundernswerte Weise auf die ernsthaften Liquiditätsengpässe und die schwierigen Kreditbedingungen, die zu ernsthaften Problemen bei der Finanzierung von Klein- und Mittelbetrieben (KMU) und einem schwindenden Vertrauen in die Finanzmärkte geführt haben, reagiert. Die EIB hat darüber hinaus auch eine wichtige Rolle im Europäischen Konjunkturprogramm gespielt, insbesondere was die erweiterte Finanzierung von KMU, Energie aus erneuerbaren Ressourcen und den sauberen Verkehr angeht. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die EIB bei ihrer Kreditvergabepolitik in Bezug auf die KMU, bereit ist, größere Risiken einzugehen, um den KMU den Zugriff auf Kapital für risikoreichere Projekte zu gewähren. Die EIB hat an Irland im letzten Jahr 1,02 Milliarden Euro für sechs Operationen ausgeschüttet, was dem höchsten jemals in Irland erreichten Niveau entspricht. Ich begrüße die Tatsache, dass Banken, die als Intermediäre fungieren, vertraglich dazu verpflichtet sind, den KMU Darlehen in einer Höhe, die mindestens doppelt so hoch wie die von der EIB empfangenen Summe ist, zu gewähren, um damit sicherzustellen, dass die Vorteile, die sich aus der EIB-Finanzierung ergeben, auch an die KMU weitergegeben werden. Diese Regelung muss jedoch aufs Genaueste kontrolliert werden, da viele KMU in Irland Probleme haben, von irischen Banken die EIB-Darlehen auch tatsächlich zu beziehen.

Czesław Adam Siekierski (PPE), schriftlich. – (PL) Im Jahre 2008 hat die Europäische Investitionsbank ihren 50. Geburtstag feiern können. Während dieses ganzen Zeitraums hat sie dabei in beachtlichem Maße zum Ausbau von Integration, einer ausgeglichenen und anhaltenden Entwicklung sowie der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kohäsion beigetragen, indem sie Investitionsprojekte in Europa unterstützt und Darlehen unter Einsatz der Finanzmärkte sowie der eigenen Geldmittel an den öffentlichen und den privaten Sektor vergeben hat. Das Jahr 2008 markiert zudem den Beginn einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich verheerend auf die europäische Wirtschaft ausgewirkt hat. In Zeiten begrenzter Liquidität, strengerer Kreditvergabepolitik und Kapitalbeschränkungen ist die EIB zum Retter zahlreicher gefährdeter Investitionen und Projekte geworden. Als Reaktion auf die Krise hat die EIB ihr Darlehensvolumen für Unternehmen 2008 drastisch gesteigert. Dies war vor allem für den Sektor der KMU, der außergewöhnlich hart von der Krise getroffen wurde, besonders wichtig. Angesichts strikter Auflagen für einen Zugriff auf Kapital von Banken, die selbst in Problemen versanken, war die EIB für sie die letzte Hoffnung. Die positive Rolle, die die EIB in der Krise gespielt hat, ist deshalb über jeden Zweifel erhaben. Es wäre jedoch sicherlich sinnvoll, darüber nachzudenken, wie die den Banken zur Verfügung stehenden Ressourcen noch besser genutzt werden können. Der beste Weg, dies zu erreichen, wäre eine Vereinfachung der komplizierten Bürokratie und das Schaffen klarer Verfahren.

4. In Jos (Nigeria) im Januar und März begangene Gräueltaten (Aussprache)

Der Präsident. Der nächste Punkt ist die Erklärung der Kommission über die massenhaften Gewalttaten in Jos (Nigeria) im Januar und März.

Olli Rehn, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, wir haben mit tiefer Trauer vernommen, dass der frühere Präsident Musa Yar'Adua letzte Nacht verstorben ist. Er hat einen großen Beitrag zum politischen und demokratischen Leben in Nigeria geleistet und durch seine Politik zur Stabilität insbesondere in der Unterregion von Westafrika beigetragen.

Der Verfassung gemäß wird der bisher stellvertretende Präsident Jonathan automatisch neuer Präsident. Wir nehmen an, dass er in Kürze, möglicherweise heute Abend noch, durch Nigerias obersten Richter vereidigt werden wird. Im Gegenzug wird von ihm erwartet, einen Vizepräsidenten aus dem Norden des Landes zu vereidigen, was Anlass für neue Spekulationen auf der politischen Bühne in Nigeria gibt.

Die Europäische Union ist bisher ein überzeugter Partner Nigerias gewesen und sie hat auch in den jüngsten schwierigen Monaten der politischen Unsicherheit nicht aufgehört, dem Land starke und konstruktive Unterstützung zukommen zu lassen. Die gewaltsamen Ausschreitungen in Jos und den umliegenden Dörfern im Januar und März dieses Jahres, von denen berichtet wird, dass dabei mehrere hundert Bürgerinnen und Bürgern massakriert oder schwer verletzt wurden, haben sich als extrem verheerend erwiesen. Tausende Menschen wurden obdachlos und leben derzeit in Lagern.

Ich teile die Bedenken, die von den Herren und Damen Abgeordneten über die massenhaften Gewalttaten in Jos geäußert wurden in vollem Maße und ich möchte Ihnen zusichern, dass sie eine entschlossene Reaktion der EU ausgelöst haben.

Sobald die Informationen über die Ereignisse im Januar und März bekannt geworden waren, hat sich die Kommission mit dem internationalen Roten Kreuz und anderen Organisationen vor Ort in Nigeria in Verbindung gesetzt, die bestätigten, dass die humanitären Bedürfnisse der meisten Opfer befriedigt werden können und dass die Krankenhäuser in der Lage sind, die Opfer entsprechend zu versorgen. So ist denn auch die EU gewesen, die als einer der ersten internationalen Partner Nigerias ihre Meinung zu den Gräueltaten öffentlich gemacht hat.

Bereits im Januar hat die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin Catherine Ashton in einer gemeinsamen Erklärung mit Hillary Clinton, David Miliband und Bernard Kouchner ihr tiefes Bedauern über die Gewalt und den tragischen Verlust so vieler Menschenleben zum Ausdruck gebracht. Alle Parteien sind dringend angehalten worden, sich zu beherrschen und zu versuchen, den Konflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen, und die Bundesregierung wurde aufgefordert, die Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Die EU hat darüber hinaus im Februar und März weitere Erklärungen abgegeben: Sie enthielten eine diplomatische Demarche für den nigerianischen Minister für auswärtige Angelegenheiten, um eine Verurteilung der jüngsten Gewaltausbrüche zu übermitteln.

Die EU hat gefordert, dass von der Bundesregierung Nigerias eine vollständige Untersuchung der Ursachen für die jüngsten Gewaltausbrüche durchgeführt wird und die Verursacher dieser Gewalt sich vor dem Gericht verantworten müssen. In den letzten Jahren sind in Nigeria mehr als 14 000 Menschen bei gewalttätigen Auseinandersetzungen getötet und mehr als drei Millionen Menschen sind landesintern vertrieben worden.

Es ist jedoch dabei nicht möglich, muslimischen einerseits noch christlichen Gemeinschaften andererseits eindeutig die jeweilige Rolle des Aggressors oder Opfers zuzuschreiben, weil beide im Verlauf der Geschichte bedauerlicherweise sowohl das eine als auch das andere gewesen sind. Es scheint jedoch, dass in dem Konflikt immer besonders arme Leute involviert sind. So werden augenscheinlich religiös motivierte Konflikte oftmals durch andere Ursachen ausgelöst, einschließlich Auseinandersetzungen zwischen traditionellen Machthabern, Kämpfen zwischen Gemeinschaften um Land und Ressourcen, politischen Grabenkriegen und Spannungen zwischen den Machthabern auf Staats- und Bundesebene. Durch die religiösen Unterschiede werden die bereits existierenden Differenzen dann oftmals nur noch angeheizt und verstärkt und führen so zu heftigeren Auseinandersetzungen.

Bei den von der EU in Nigeria angestrebten Maßnahmen werden Diplomatie und eine langfristige Entwicklungshilfe miteinander kombiniert. So unterstützen wir im Rahmen des EEF die Entwicklungszusammenarbeit mit Nigeria. Dabei sind die beiden wichtigsten Sektoren Frieden und Sicherheit sowie Regierungsführung und Menschenrechte. Wir fördern darüber hinaus den Frieden und die Sicherheit durch den regelmäßigen Dialog mit Nigeria im Rahmen des Cotonou-Abkommens, und wir stehen mit Nigeria in einem regelmäßigen Dialog über Menschenrechte und demokratische Prinzipien, einschließlich ethnischer, religiöser und Rassendiskriminierung.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich glaube, dass es von grundlegender Bedeutung ist, dass wir auch weiterhin das wiederholte Auftreten gemeinschaftsübergreifender Gewaltausbrüche in Nigeria aufmerksam verfolgen. Ich schlage deshalb vor, dies auf die Prioritätenliste für den Dialog beim nächsten EU-Nigeria-Ministertreffen im Herbst dieses Jahres zu setzen.

Gay Mitchell, *im Namen der PPE-Fraktion*. Herr Präsident, gestatten Sie mir, dass ich mich dem Kommissar anschließe und meiner Anteilnahme für das Volk Nigerias am Tod von Präsident Umaru Yar'Adua Ausdruck verleihe.

Die jüngsten Gewaltausbrüche in Nigeria sind sinnbildlich für ein noch umfassenderes Problem, mit dem das Land konfrontiert ist. Die Vorfälle in Jos, einer Stadt, die über eine lange Geschichte der Gewalt verfügt, sind sehr alarmierend. Die Stadt liegt an einem Übergang zwischen dem muslimischen Norden und dem christlichen Süden; eine Tatsache, die dazu geführt hat, dass viele glauben, dass die Vorfälle einzig und allein auf religiösem Hass basieren.

In unserem gemeinsamen Entschließungsantrag haben wir eine umfassendere Untersuchung der eigentlichen Ursachen des Konflikts gefordert. Da ich aus Irland komme, weiß ich, was es bedeutet, wenn die Leute nur allzu lang von dem Konflikt in Nordirland von einem Konflikt zwischen Katholiken und Protestanten gesprochen haben, wobei es sich tatsächlich um eine weitaus nuanciertere Angelegenheit als das handelt hat und weitaus ernsthaftere Aspekte, einschließlich Bürgerrechtsthemen, den eigentlichen Kern des Problems ausgemacht haben.

Wir müssen daher unbedingt vereinfachende Aussagen wie die, dass diese Gräueltaten einzig und allein auf religiösem Hass basieren, vermeiden. Stattdessen sind gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Faktoren zu berücksichtigen, bevor wir damit anfangen, entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen. So muss die ethnische Rivalität zwischen den Hausa und den Berom ebenso als ein Faktor für die Gewalt mit berücksichtigt werden. Die Morde sind in ihrer Methode und Konsequenz mit denen aus den vorherigen Zusammenstößen in den Jahren 2001, 2004 und 2008 vergleichbar. In der Vergangenheit ist immer wieder mit Gewalt versucht worden, die Konflikte zu lösen und sie hat wieder einmal über den Dialog gesiegt.

Es ist extrem enttäuschend, dass ein Land wie Nigeria, das der achtgrößte Ölproduzent der Welt ist, über einen so großen Bevölkerungsanteil verfügt, der unterhalb der Armutsgrenze lebt. Nigeria kann sich nur durch eine Gewährleistung von Frieden und Sicherheit, Demokratie und politischer Stabilität aus der Armutsfalle befreien und Wohlstand und soziale Gerechtigkeit schaffen, die wiederum die Bevölkerung davon abbringen wird, Gewalt als Strategie für die Lösung von Konflikten einzusetzen.

Ich bitte die Kommission dringend, den Dialog mit Nigeria im Rahmen des Cotonou-Abkommens aufrechtzuerhalten, nach den eigentlichen Ursachen dieses Konfliktes zu forschen und jede nur mögliche Hilfe zu geben, damit sich diese Gräueltaten nicht wiederholen.

Thijs Berman, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, unsere S&D-Fraktion möchte sich Herrn Kommissar Rehn anschließen und unser Beileid zum Tod des nigerianischen Präsidenten Umaru Yar'Adua ausdrücken.

Die Gewaltausbrüche zwischen der muslimischen und der christlichen Bevölkerung in Jos, Nigeria, im Januar und März dieses Jahres zeigen, wie angespannt und explosiv der Zustand dieser Region ist. Obwohl die offensichtliche Ursache eine religiöse Dimension zu haben scheint, müssen wir uns auch auf die darunter liegenden Ursachen konzentrieren, wie auch schon mein Kollege Gay Mitchell richtig herausgestellt hat. Dabei ist es besonders wichtig, dass diese Region unter einer Ressourcenknappheit und dem ungleichmäßig aufgeteilten Zugriff verschiedener Gruppen auf diese Ressourcen leidet. Der Kampf um fruchtbares Ackerland ist ebenso eine wichtige Grundursache für die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen christlichen und muslimischen Siedlern. So fühlen sich die einheimischen Landwirte durch die nach Weideland für ihre Herden suchenden Siedler bedroht.

Wir fordern deshalb eine eingehendere Untersuchung der Ursachen dieses Konfliktes. Wenn sich in Bezug auf Armut und Diskriminierung nichts ändert, dann wird es weitere Zusammenstöße geben. Dies bedeutet, dass die gesamte Bevölkerung dieselben Möglichkeiten und denselben Zugriff auf die lebenswichtigen Güter wie eine geeignete Bildung oder Zugang zu politischer Macht haben muss. Dabei kann eine langfristige und beständige Lösung nur dann erzielt werden, wenn alle diese Faktoren berücksichtigt werden. Wir fordern eine faire und transparente strafrechtliche Verfolgung der Verursacher dieser Gewalt, wir sind aber auch geschockt darüber, dass lokale Machthaber nun damit drohen, zum Tode verurteilte Häftlinge hinzurichten, um der Überbelegung nigerianischer Gefängnisse entgegenzuwirken, in denen Menschen jahrelang einsitzen, bevor sie überhaupt einem Richter vorgeführt werden. Die nigerianischen Landesführer sollten sich stattdessen den zahlreichen zugrunde liegenden Problemen ihres Strafrechtssystems widmen. Denn nur dann können die Verursacher der gewalttätigen Auseinandersetzungen auf ein faires und transparentes Verfahren hoffen.

Charles Goerens, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – (FR) Herr Präsident, wir haben gerade erst vom Tod Umaru Yar'Aduas erfahren. Im Namen meiner Fraktion möchte ich unser Beileid zum vorzeitigen Ableben des nigerianischen Präsidenten zum Ausdruck bringen.

Sein Tod kommt zu einer Zeit, in der die Spaltung zwischen Muslimen und Christen eine besonders grausame Wendung erfährt. Die 200 in der Jos-Region getöteten Christen sind der Grund für diese aktuelle Entschließung. Wir könnten endlos über diese Barbarei diskutieren, um dann am Ende wieder einmal festzustellen, dass sie eindeutig ihre Ursache in einem religiösen Konflikt hat. Wir würden darüber hinaus auch wieder einmal feststellen, dass Armut dabei überhaupt nicht hilfreich ist. Und dass dies unter anderem das Ergebnis der Unfähigkeit der politischen Behörden ist, die Korruption zu überwinden. Wir könnten auch ein weiteres Mal die Streitigkeiten über einige der seltenen natürlichen Ressourcen, insbesondere das fruchtbare Land in dieser Region, sowie den Klimawandel, der ebenso die von mir bisher aufgeführten Faktoren verschärft, erwähnen.

Doch was kann die Europäische Union tatsächlich unter diesen Umständen tun?

Sie kann sich natürlich auf Artikel 8 des Cotonou-Abkommens berufen und den Dialog mit den politischen Obrigkeiten dieses Landes intensivieren. Wir werden dies tun.

Wir können darüber hinaus die Gräueltaten verurteilen. Wir werden das mit der vorliegenden Entschließung tun.

Wir können natürlich auch die Tatsache verurteilen, dass dieses reiche Land, das führende lexportierende Land Afrikas, nicht in der Lage ist, dieses Vermögen in den Kampf gegen die Armut zu investieren.

Wir können in der Tat alles Nötige tun: Wir können all dies immer und immer wieder verurteilen. Ich denke, dass ein Funke Hoffnung besteht, und es Nigeria selbst ist, das einen Ruck erzeugen muss, um das Land wieder in die richtige Spur zu bringen. Der bergangsprsident Goodluck Jonathan besitzt all die Qualitäten, um auf mutige Weise die Probleme, die ich gerade hier vorgebracht habe, zu bekämpfen.

Nun liegt es am Land selbst, sich davon zu erholen, und ich denke, dass Menschen seines Kalibers selten sind. Wir sollten ihm Glück und einen ungetrübten Blick wünschen und ihm, dem bergangsprsidenten dieses Landes, dieser außergewöhnlichen Persönlichkeit, unsere Unterstützung zusagen.

Nicole Kiil-Nielsen, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, die Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz möchte sich den von unseren Kollegen gerade geäußerten Beileidsbekundungen anschließen.

Wir unterstützen mit ganzem Herzen die Entschließung bezüglich der massenhaften Gewalttaten in Nigeria, die bedauerlicherweise nur einen Aspekt der traurigen Situation der Menschenrechte in diesem Land darstellen.

Ich möchte in der mir zustehenden Redezeit über die Gefängnisse in Nigeria sprechen, die voll mit Insassen sind, deren Rechte systematisch verletzt werden. Wie ein Bericht von Amnesty International von 2008 aufgedeckt hat, sind 65 % der Häftlinge in diesem Land nie eines Verbrechens für schuldig gesprochen worden. Einige von ihnen warten seit 10 Jahren auf ihr Verfahren.

Die Probleme gestalten sich so, dass Nigeria gar keine andere Wahl hat, als sie anzuerkennen und zu versprechen, dass System zu reformieren. Und wir warten nach wie vor auf diese Reform.

Ich konzentriere mich in meiner Rede auf die Gefängnisse, weil die derzeitige Situation uns einmal mehr daran erinnert hat, wie wenig Wert einem Menschenleben in Nigeria doch beigemessen wird, und dies ist in den Gefängnissen noch mehr der Fall.

Der nationale Wirtschaftsrat Nigerias hat sein Vorhaben angekündigt, Hunderte der zu Tode verurteilten Häftlinge hinzurichten, um die Überfüllung der Gefängnisse zu mindern: Tten, um die Überbelegung der Gefängnisse zu reduzieren. Es gibt nichts Schockierenderes, vor allem, wenn man weiß, dass viele dieser zum Tode Verurteilten unschuldig sind und die Mehrzahl von ihnen nicht das Recht auf ein faires Verfahren hatte, und vor allem vor dem Hintergrund, dass der nigerianische Minister für auswärtige Angelegenheiten vor der UNO im Februar 2009 erklärt hat, dass sein Land gerade dabei sei, ein De-Facto-Moratorium in Bezug auf die Todesstrafe umzusetzen.

Aus diesem Grund werde ich während der Abstimmung einen mündlichen Änderungsantrag stellen, um diesen jüngsten Vorstoß einiger nigerianischer Politiker zu verurteilen.

Peter van Dalen, *im Namen der ECR-Fraktion.* – (NL) Herr Präsident, auch ich möchte die Anteilnahme meiner Fraktion dem nigerianischen Volk am Tod ihres Präsidenten zum Ausdruck bringen.

Herr Präsident, die in und um Jos begangenen Gräueltaten entbehren jeder Beschreibung und sind traurigerweise keine Einzelfälle. Sie werden sich auch in Zukunft wiederholen, sofern nichts unternommen wird. Es kommt fast jeden Tag zu neuen Gewaltausbrüchen, die sich vor allem gegen die Christen richten.

Nigeria muss nun die folgenden vier Dinge unternehmen: Es muss erstens und ohne Verzögerung eine unabhängige Untersuchung anstrengen und die Rolle der Armee genauer untersuchen, die offenkundig versagt hat, ihren Bürgerinnen und Bürgern wirksamen Schutz zu bieten. Zweitens muss es die Täter zur Rechenschaft ziehen. Schreckliche Ereignisse wie diese dürfen nicht toleriert werden. Es muss drittens einen Dialog zwischen den ethnischen und religiösen Gruppen anstrengen. Und es muss viertens nach einer Lösung für die Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen suchen, die jeweils ihren Anspruch auf dieselben Landgebiete erheben.

Europa muss Nigeria natürlich bei diesen Maßnahmen unterstützen, aber es muss auch Druck auf das Land ausüben, da diese Spirale der Gewalt definitiv gestoppt werden muss.

Marie-Christine Vergiat, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, auch ich möchte mich denjenigen, die gerade ihre Anteilnahme dem nigerianischen Volk am Tod ihres Präsidenten zum Ausdruck gebracht haben, anschließen.

Die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke wird nicht für den Vorschlag einer gemeinsamen Entschließung, die uns heute vorgelegt wurde, stimmen und sie weigert sich, damit in Verbindung gebracht zu werden.

Wir glauben allerdings, dass die Entschließung, entgegen einiger Dinge, die gerade gesagt worden sind, nicht wirklich die Ursachen der wiederkehrenden Gewaltausbrüche in diesem Land ins Visier nimmt und sie darin nur teilweise angesprochen werden, wenngleich auch wir diese Gewalt verurteilen und natürlich fordern, dass ihre Verursacher zur Rechenschaft gezogen werden.

Nigeria ist ein großes afrikanisches Land mit einer reichen weltlichen Geschichte und mit seinen 140 Millionen Einwohnern ist es mit Abstand das bevölkerungsreichste Land des Kontinents. Man könnte sogar sagen, dass es ein reiches Land sei, weil man dort Ölfelder gefunden hat. Der Wert seines BIP setzt es auf Rang zwei in Afrika, nach Südafrika und vor Algerien. Die Mehrheit seiner Bevölkerung lebt jedoch unterhalb der Armutsgrenze, und es ist das einzige Land der Welt mit hohen Ölvorkommen, das ein Haushaltsdefizit aufweist.

Noch ironischer daran ist jedoch die Tatsache, dass Nigeria aufgrund unzureichender Raffinerien fast alle Ölprodukte für seine Wirtschaft importieren muss. Es sollte betont werden, dass seine drei größten Raffinerien stillgelegt sind und schlimmer noch, dass sich seine Ölproduktion aufgrund permanenter Angriffe auf die Ölanlagen in den letzten Jahren in beträchtlichem Umfang reduziert hat.

Warum befindet sich Nigeria in dieser Lage?

Weil dieses Land ein eindeutiges Beispiel für die Besitzergreifung von Afrikas Ressourcen durch einige internationale Unternehmen ist, in diesem Fall sind es Ölfirmen, und zwar vor allem eine einzige, die 40 % von Nigerias Öl in Komplizenschaft mit einigen unserer Regierungen fördert.

Diese Unternehmen schaffen sich Regierungen und entheben sie wieder, ganz nach ihren Bedürfnissen und zum Nachteil der Bedürfnisse der Landesbevölkerung. So ist das Niger-Delta, das einst mit seiner Flora und Fauna zu den schönsten Flecken der Erde gehörte, zu einer wahrhaften Müllkippe verkommen. Daran ist nicht nur die Ölförderung schuld, sondern auch die Tatsache, dass jeden Monat 500 Container mit den verschiedensten giftigen Abfällen im Hafen ankommen und auf riesigen offenen Halden entsorgt werden.

Nigeria ist eines der korruptesten Länder der Welt. Die Sponsoren der aufeinanderfolgenden Juntas haben sich mehr als 325 Milliarden USD der 400 Milliarden USD, die das Öl ins Land gespült hat, in die eigenen Taschen gesteckt. Und wo sind diese Dollars? Auf Bankkonten in der Schweiz, dem Vereinigten Königreich und Frankreich.

Ich für meine Person finde diese Situation unerträglich und ich habe das Gefühl, dass die Entschließung, die wir annehmen werden, in einem Ungleichgewicht zu den Herausforderungen, die mit einem Ausdruck internationaler Solidarität durch die Europäische Union für Afrika verknüpft sind, steht.

Fiorello Provera, im Namen der EFD-Fraktion. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir alle wissen, wie schwierig eine friedliche Koexistenz zwischen den verschiedenen religiösen Gruppen in Nigeria ist, und das gilt vor allem für die Beziehungen zwischen Christen verschiedener Glaubensrichtungen und den Muslimen. So werden wir auch durch die Entschließung, über die wir abstimmen werden, auch wieder daran erinnert, dass die Lage sehr kritisch ist: Seit dem Ende der Militärherrschaft im Jahre 1999 sind mehr als 14 000 Menschen in religiösen oder ethnischen Konflikten getötet worden. Und es wird berichtet, dass es in den letzten drei Monaten allein 500 Tote gegeben haben soll.

Bedauerlicherweise ist Nigeria nicht das einzige Land, in dem es Konflikte und Spannungen zwischen einzelnen religiösen Gruppen gibt. Es wäre deshalb wünschenswert, einen jährlichen Bericht des Europäischen Parlaments über Religionsfreiheit in der Welt zu erstellen, mit dem auf strukturierte Weise ein Problem angegangen wird, das für die Stabilität vieler Länder von entscheidender Bedeutung ist. Ich möchte auf eine Erklärung von Herrn Kommissar Rehn verweisen, den ich persönlich sehr schätze, und der gesagt hat, dass Nigeria ein sehr armes Land sei. Das ist nicht wahr. Nigeria ist ein sehr reiches Land, das aber unter einer korrupten und unfähigen Führungsschicht leidet, die die Ressourcen des Landes ausgebeutet und Millionen von Bürgerinnen und Bürgern in Armut zurückgelassen hat.

Somit ist dies das wahre Problem, und soziale und ökonomische Umstrukturierungen in diesem Land, so wie in vielen anderen afrikanischen Ländern auch, hängen von einer neuen Führungsschicht ab, die gewissenhaft auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger eingeht.

Hans-Peter Martin (NI). – Herr Präsident! Nigeria wird nach der bevorstehenden Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika wieder im Schaufenster der Afrikapolitik stehen. Nigeria ist groß, es ist reich, aber sozial dramatisch ungleich aufgestellt. Und es ist natürlich in der Globalisierung im Spannungsfeld zwischen dem chinesischen Weg und einem möglichen europäischen Weg. Ich plädiere aus innerster Überzeugung dafür, dass wir auf dem europäischen Weg der konsequenten Verfolgung des Missbrauchs, der Missachtung von Menschenrechten bleiben, dass wir diejenigen, die in den Gefängnissen sitzen, zu unseren Partnern machen und nicht korrupte Anführer bestimmter Cliquen und Regierungskreise, wo man kurzfristig Vorteile erzielen kann. In diesem Fall ist diese Entschließung zu unterstützen und das, was die Kollegin von der Linken gesagt hat, auch zu unterstützen. Es geht nicht zu wenig weit, aber wir in der EU müssen für die Menschenrechte stehen und nicht für das, was China unter Missachtung der Menschenrechte mit Nigeria vorhat.

Mario Mauro (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, mit Gewalt löst man keine Konflikte, damit werden nur ihre tragischen Folgen gemehrt. Abgesehen davon, dass sie falsch, unmoralisch, ungerecht und unmenschlich ist, lohnt sich Gewalt einfach nicht: Sie bringt keine Vorteile. Es ist die am wenigsten effektive Art und Weise, um eine Lösung für Probleme zu finden, die eine ganze Region betreffen, weil, wenn das Element, das die Gewalt zwischen der christlichen Minderheit und den Muslimen provoziert, nicht nur religiöser Fundamentalismus ist, sondern es auch der Mangel an wirtschaftlicher Entwicklung ist, der Anlass zu Unmut und Spannung zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen gibt, dann muss die Europäische Union zusammen mit der Afrikanische Union und der gesamten internationalen Gemeinschaft der Bundesregierung in Nigeria (die für viele Facetten dieser Situation verantwortlich ist) zu verstehen geben, dass die Förderung einer zivilisierten und friedlichen Koexistenz zwischen den verschiedenen Ethnien und Gruppen in dem Land Vorteile für jeden und für die gesamte Bevölkerung bringt.

Zusätzlich der Einrichtung eines geeigneten Untersuchungssystems, wie es von vielen gefordert wurde, und zur Bekämpfung der für das entsetzliche Blutvergießen in den letzten Monaten Verantwortlichen – ich sollte vielleicht sagen, das der letzten Jahre – ist es auch notwendig, dass jede mögliche Initiative ergriffen wird, um den Dialog zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen einerseits zu unterstützen und andererseits, wie viele angeregt haben, eine neue Führungsschicht zu bilden.

Mit dieser Entschließung hoffen wir, eindeutig klar zu machen, dass die Lösung von Konflikten, vor allem für ein Land, das so reich an Rohstoffen, insbesondere Öl, ist wie Nigeria, bedeutet, den Zugriff auf die Ressourcen zu verbessern, sie besser zu verteilen, und ich glaube, dass das Abkommen, das am 12. Dezember von der Bundesrepublik Nigeria und der Europäischen Kommission unterzeichnet wurde, einen Ruck in diese Richtung bedeutet.

Aus diesem Grund ist Sicherheit der Schlüssel für die unzähligen Probleme dieses Landes und die primäre Bedrohung geht nicht vom Konflikt an sich aus, sondern von den Ursachen, die den Konflikt verursacht und ausgebildet haben. Da muss angesetzt werden, um Nigeria dabei zu helfen, seinen Weg in Richtung wahrer wirtschaftlicher und demokratischer Entwicklung zu gehen.

Corina Creu (S&D). – (RO) Auch ich möchte mich denjenigen anschließen, die ihre Anteilnahme dem nigerianischen Volk, dessen Präsident in der letzten Nacht verstorben ist, entgegengebracht haben.

Bedauerlicherweise haben wir als Folge davon nun einen neuen zusätzlichen Risikofaktor zu den bereits vorhandenen Spannungselementen: Der Verlust des Autoritätszentrums in einem Land, das sehr durch Gewalt in Mitleidenschaft gezogen ist. Wie Sie alle wissen sind zu Jahresbeginn mehr als 300 Muslime einem Massaker zum Opfer gefallen. Und nicht einmal zwei Monate später ist eine ähnliche Anzahl Christen in gerade einmal zwei Stunden ermordet worden. Derzeit werden die entsprechenden Rachepläne einiger Christen und Muslime nur durch die Militärpräsenz in den Straßen vereitelt.

Meiner Meinung nach besteht das Hauptproblem momentan darin, die Ordnung aufrechtzuerhalten und damit neue Gräueltaten zu verhindern. Vor diesem Hintergrund denke ich, dass internationale Präsenz erforderlich ist. Als Zweites haben wir das Problem der Straffreiheit, was auch allgemein für alle Konfliktregionen Afrikas gilt. Sobald eine kontinuierlich wachsende Anzahl Massenverbrecher verhaftet und verurteilt worden ist, werden wir ein Fallen des Gewaltpegels erleben. Die internationale Gemeinschaft muss hier einmal mehr speziell mit einbezogen werden. Sie hat sich sensibel gegenüber den Problemen im Balkan und dem Nahen Osten gezeigt, und verschließt jetzt vor den Leiden Afrikas die Augen.

Charles Tannock (ECR). – Herr Präsident, ich kann mich noch lebhaft daran erinnern, wie ich als kleiner Junge im Fernsehen schreckliche Bilder vom Bürgerkrieg in der nigerianischen Region Biafra gesehen habe. Vierzig Jahre später scheint sich leider nicht viel geändert zu haben. Die widerlichen Bilder aus Jos, wo hunderte Unschuldiger in einem Akt von Unzivilisiertheit zu Tode geschlagen wurden, erinnern uns daran, dass Nigeria ein chronisch instabiles Land ist.

Ethnische, religiöse, insbesondere Christen gegen Muslime, stammesbezogene, kulturelle und wirtschaftliche Spannungen scheinen in Nigeria endemischer Natur zu sein. Die aktuelle Verunsicherung nach dem gestrigen Ableben des Präsidenten, ich übermittele hiermit dem nigerianischen Volk meine Anteilnahme, wird unweigerlich zu einem Machtkampf führen und infolgedessen die Instabilität in diesem großen afrikanischen Land noch verschlimmern. Ich mache mir aus diesem Grund über die langfristige Zukunftsfähigkeit Nigerias als ein einheitlicher Staat Sorgen. So ist von einigen, wie dem eigenwilligen Präsidenten von Libyen, Herrn Gaddafi, bereits der umstrittene Vorschlag gemacht worden, Nigeria in zwei Länder aufzuteilen. Denn in der Tat beabsichtigt man im Sudan, ein weiteres Land, in dem sich eine Kluft zwischen dem muslimischen Norden und dem christlichen Süden befindet, im nächsten Jahr eine Trennung des Landes in zwei separate Teile vorzunehmen. Diese sehr wahrscheinliche Aufteilung würde einen Präzedenzfall in Bezug darauf schaffen, dass die kolonialen Grenzen in Afrika nicht länger unantastbar sind, was wiederum viele interessante Fragen über die Zukunft Afrikas aufwirft.

Joe Higgins (GUE/NGL). – Herr Präsident, das schreckliche Massaker im Bundesland Plateau State in Nigeria vom Januar und März hat zu hunderten unschuldiger Opfer geführt, von denen viele Frauen und Kinder waren. Und obwohl konfessionelle und stammespolitische Spaltungen als Faktoren bei diesem und anderen schrecklichen Massakern eine Rolle spielen, müssen wir genauer hinschauen und nach den eigentlichen Ursachen forschen.

Postkoloniale Interferenzen und brutale Eroberungen in Afrika, bei denen oftmals Gemeinden und Stämme ausgebeutet wurden, haben ein dauerhaftes Erbe hinterlassen. In einer Analyse von BBC News ist kürzlich festgestellt worden, dass obwohl sich die Gewalt zwischen Muslimen und Christen entlädt, die Analysten zu dem Ergebnis kommen, dass die eigentlichen Ursachen politischer und wirtschaftlicher Natur seien und verweisen auf die extreme Armut des Großteils der nigerianischen Bevölkerung und die offensichtliche Korruption in der Führungselite.

Nigeria ist eines der am reichsten bedachten Länder auf der Welt, wenn es um natürliche Ressourcen und Bodenschätze, einschließlich Öl, geht. Bedauerlicherweise fließt der Löwenanteil dieses Vermögens in die Taschen korrupter lokaler Eliten und ausländischer multinationaler Konzerne, wie Shell Oil beispielsweise, was dazu führt, dass der Großteil der nigerianischen Bevölkerung in elendiger Armut leben muss. Ich stehe hinter meinen Kolleginnen und Kollegen von der „Democratic Socialist Movement“-Partei in Nigeria, die fordert, dass das Vermögen Nigerias in Staatsbesitz übergeht und von der Mehrheit der Bevölkerung, Arbeiter und Arme, demokratisch verwaltet wird. Auf Grundlage dieses Vermögens ist es voll und ganz möglich, dem gesamten nigerianischen Volk einen angemessenen Lebensstandard zu bieten, und auf dieser Grundlage ist auch eine Überwindung der kommunalen Aufspaltungen möglich. Die Alternative bedeutet ein Zusammenbruch Nigerias und weitere barbarische Schrecken, die der Bevölkerung zugefügt werden.

Filip Kaczmarek (PPE). – (PL) Herr Präsident, Nigeria ist ein wichtiges Land, ein sehr wichtiges Land. Das ist der Grund, warum wir uns für die Ereignisse, die sich am 7. März in der Nähe der Stadt Jos zugetragen haben, interessieren.

Das Problem in Zentralnigeria liegt jedoch nicht nur darin begründet, dass die Menschen, die dort getötet werden, Christen sind, weil im es im Januar dieses Jahres Muslime waren, die getötet worden sind. Im Falle Nigerias gesellen sich zu diesen religiösen Spaltungen eine Reihe weiterer, von denen einige bereits erwähnt worden sind: wirtschaftliche, ethnische und gesellschaftliche. Es gibt jedoch auch noch zwei weitere Formen der Spaltung: historische Differenzen, weil in diesem Teil des Landes die Christen als einheimisch und die Muslime als Außenseiter angesehen werden, und zwar ungeachtet der Tatsache, dass sie dort bereits seit zwei oder drei Generationen leben, und gerade die politischen Differenzen. In der Regel unterstützen die Christen die regierende „People’s Democratic Party“ und die Muslime die Opposition mit der „All Nigeria People’s Part“. Es gibt also sehr viele Unterschiede und wir dürfen diese Ereignisse nicht als eindeutige Beweise für eine religiöse Verfolgung interpretieren.

In der Verfassung Nigerias wird Religionsfreiheit garantiert: Konfessionsfreiheit, Kultfreiheit und das Recht auf Konversion. Sie mögen vielleicht denken, dass mein Verweis auf die nigerianische Verfassung ein ziemlich naiver Ansatz ist, aber ich möchte jeden von Ihnen daran erinnern, dass die Werte, die von der ältesten

schriftlichen Verfassung, der amerikanischen Verfassung, und von der ältesten schriftlichen Verfassung Europas, der polnischen Verfassung, herkommen, Werte darstellen, die nach wie vor relevant und von dauerhaftem Wert sind. Aus diesem Grund fordern wir die Bundesregierung Nigerias sowie die Landesvorsitzenden und lokalen Machthaber auf, dieses Problem, nicht nur im Namen unserer Werte, sondern im Namen der in ihrer eigenen Verfassung schriftlich fixierten Werte und Prinzipien zu lösen. Ich denke, dass es wichtig ist, sich auf die landeseigenen Dokumente zu beziehen.

Laima Liucija Andrikiienė (PPE). – Herr Präsident, ich möchte mein tiefes Bedauern über die Gewaltausbrüche in der Region um Jos, die zum Tod mehrerer hundert Menschen geführt haben, Ausdruck verleihen. Dies ist nur ein weiteres Beispiel dafür gewesen, wie wichtig der Aussöhnungsprozess ist, der angestoßen werden muss, um eine friedliche Koexistenz zwischen der muslimischen Bevölkerung im Norden und der christlichen Bevölkerung im Süden zu ermöglichen.

Ich möchte Sie darüber in Kenntnis setzen, dass sich die Gräueltaten aufgrund des Elends und der Unterdrückung der Einwohner ereignen, die in den Regionen mit Ölvorkommen leben, und die dennoch nicht von der Gesamtentwicklung des Landes profitieren. Wir halten die nigerianischen Machthaber an, sicherzustellen, dass eine gleichberechtigte und demokratischere Entwicklung aller gesellschaftlicher Gruppen im Land gewährleistet wird, und dass grundlegende Menschenrechte geschützt und geltend gemacht werden. Abschließend und vor allem heute geht mein Mitgefühl an das nigerianische Volk hinsichtlich des Todes ihres Präsidenten.

Cristian Dan Preda (PPE). – (RO) Auch ich möchte mich denjenigen anschließen, die dem nigerianischen Volk angesichts des Todes von Präsident Umaru Yar'Adua ihr Beileid bekundet haben.

Ich möchte in meinem Beitrag auf die folgenden zwei Punkte zu sprechen kommen: Als Erstes möchte ich mit dem Punkt beginnen, der von einem Einwohner Nigerias gemacht worden ist, der gefragt wurde, was denn die Ursache für das Übel, das in seinem Land herrsche, sei. Er hat daraufhin sehr unmissverständlich Folgendes geantwortet: „Wir sehen, dass Personen wegen Gräueltaten und Verbrechen angeklagt werden und dann“, so sagte er weiter, „verschwinden sie in die Hauptstadt und werden niemals wieder gesehen.“ Mit anderen Worten gibt es keinerlei öffentliche Rechenschaftspflicht für die begangenen Verbrechen.

Zweitens möchte ich betonen, dass wir die religiösen Aspekte des Konflikts nicht vergessen dürfen. Verschiedene Redner scheinen der Meinung zu sein, dass es einen religiösen Aspekt gäbe, dass aber grundsätzlich alles auf sozialen und ökonomischen Angelegenheiten beruhe. Und in der Tat ist dieser Aspekt nun auch vom neuen Präsidenten Jonathan Goodluck in Betracht gezogen worden, und er hat die religiösen Führer zu einem Dialog eingeladen. Wir müssen ihn dabei unterstützen.

Andrzej Grzyb (PPE). – (PL) Herr Präsident, die Bilder, die uns vor nicht allzu langer Zeit im Fernsehen gezeigt wurden, waren erschütternd. Die Bilder, die wie eine siegreiche Darstellung von Menschen, die in und um Jos getötet worden waren, anmutete, waren schockierend. Wie von Herrn Mauro bereits gesagt wurde, kann Gewalt durch nichts gerechtfertigt werden, weil Gewalt an sich ein Übel ist. Wir dürfen als Gesellschaft Europas und als Mitglieder des Europäischen Parlaments nicht ignorieren, was passiert ist. Aus diesem Grund findet die Entschließung voll und ganz meine Unterstützung.

Ungeachtet der Ursachen des Konflikts, die als Hintergrund dieser Gewalttaten angesehen werden, wollen wir reagieren, damit Menschenrechte und zivile Freiheiten in Nigeria, einem Land, das uns viel bedeutet, respektiert werden. Ich möchte dabei auch die Gelegenheit ergreifen, um der nigerianischen Bevölkerung mein Beileid anlässlich des Todes ihres Präsidenten auszudrücken.

Olli Rehn, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich möchte Ihnen für die ernsthafte und verantwortungsbewusste Aussprache heute danken. Viele von Ihnen haben die Komplexität der gesellschaftlichen Probleme in Nigeria herausgestellt. Ich stimme Ihnen zu und die Kommission ist sich der Komplexität dieser Probleme sehr bewusst. Wir halten an unserer engagierten Partnerschaft mit Nigeria fest, und ich kann Ihnen nur dahingehend zustimmen, wie wichtig es ist, Korruption und Straffreiheit zu bekämpfen, weil Korruption unglücklicherweise tief verwurzelt ist und den gesellschaftlichen und den demokratischen Fortschritt in diesem ressourcenreichen Land verhindert, und damit das Leben der breiten Bevölkerung beeinträchtigt.

Wir geben Nigeria aktiv unsere starke und konstruktive Unterstützung. Wir nutzen eine Vielzahl verschiedenster Instrumente, angefangen bei Diplomatie bis hin zu Entwicklung, und die Kommission bleibt weiterhin wachsam und ist bemüht, die Gewalt in Nigeria mit den uns zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln einzudämmen.

Das im Herbst stattfindende EU-Nigeria-Ministertreffen ist das nächste Forum, auf dem dieses wichtige Thema auf einer sehr hohen Ebene angesprochen werden muss, und wir werden bei dieser Gelegenheit mit Sicherheit über diese Angelegenheit diskutieren.

Der Präsident. Um die Aussprache zu beenden, möchte ich verkünden, dass ich sieben Entschließungsanträge⁽¹⁾ gemäß Artikel 110(2) erhalten habe.

Die Aussprache wird geschlossen.

Die Stimmabgabe findet heute um 11.00 Uhr statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149).

Mara Bizzotto (EFD), schriftlich. – (IT) Dieses Land, das über so viele natürliche Ressourcen verfügt, ist schon seit zu vielen Jahren Schauplatz zahlreicher humanitärer Tragödien, Massentötungen und Zusammenstöße zwischen einzelnen Volksgruppen aus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen gewesen. Ich möchte an dieser Stelle auch die folgenden Worte eines katholischen Missionars wiedergeben, der in Nigeria gelebt und gearbeitet hat: Pater Piero Gheddo hat neulich erst betont, dass die Beziehungen zwischen Muslimen und Christen in den zentralen und nördlichen Regionen Nigerias vor 20 Jahren zweifellos bereits auch schon schwierig und durch Formen antichristlicher Diskriminierung gekennzeichnet waren, dass es aber nie so weit gegangen ist, dass es so wie in den letzten zehn Jahren zu gewalttätigen Massenunruhen gekommen ist. Die Aussage des Paters verdeutlicht, dass, obwohl sich die Lage in den letzten Jahren insgesamt verschlechtert hat, dies auch aufgrund des Einflusses von islamistischen Extremisten erfolgt ist, der sich durch die Ideologie von Al-Qaida ausdrückt, die sich in Nigeria und insbesondere in 12 Bundesländern im Norden, die die Scharia als ihr Bundesgesetz angenommen haben, ausgebreitet hat. Wir stimmen deshalb der Ansicht zu, dass die verschiedenen ethnischen Gruppen in Nigeria in ihren verschiedenen religiösen Glaubensrichtungen den idealen Vorwand finden, um massenhafte Gräueltaten an jeweils anderen Gruppen zu verüben. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass dieser dicht bevölkerte afrikanische Staat, der seit Jahren unter einer dauerhaften politischen Instabilität leidet, über die Jahre hinweg immer wieder zu einer Herberge für zahlreiche islamistische Extremisten geworden ist; eine Tatsache, die wir nicht ignorieren dürfen.

Jarosław Leszek Wałęsa (PPE), schriftlich. – (PL) Wenn der höchste Wert der Europäischen Union das Recht auf Selbstbestimmung ist, oder in anderen Worten, das Recht auf die Respektierung der Prinzipien und Werte des eigenen Gewissens, dann sollten alle Erscheinungsformen von Intoleranz und Hass, die direkt zu rassistisch, ethnisch oder religiös motivierten Morden und Massakern führen, sofort und unmissverständlich von uns verurteilt werden. Eine solche Verurteilung darf sich jedoch nicht bloß auf Worte beschränken. Sie sollte auch Maßnahmen umfassen, mit der eine friedliche Koexistenz in der Zukunft gewährleistet wird.

Zbigniew Ziobro (ECR), schriftlich. – (PL) Herr Präsident, zu Beginn möchte ich meiner tiefen Trauer über die Information über die Unruhen in Jos, Nigeria, im Januar und März, bei denen hunderte Christen und Muslime starben, Ausdruck verleihen. Es muss daran erinnert werden, dass dies nicht das erste Mal ist, dass sich solch schreckliche Ereignisse in Jos zugetragen haben. Die Kämpfe zwischen Angehörigen dieser beiden Religionen dauern nun schon seit 2001 an. Die Tatsache, dass die Spannung, die sich dann von Zeit zu Zeit in offenen Zusammenstößen entlädt, nun schon seit zehn Jahren anhält, ist die Bestätigung für die Bedeutung der Rolle des Staates, die ihm bei der Förderung eines Aussöhnungsprozesses zukommt. Der komplizierte Hintergrund dieses Konflikts macht die Tiefe der Spaltungen deutlich. Nigerianische Christen und nigerianische Muslime unterscheiden sich nicht nur in Bezug auf ihre Religion voneinander. Neben dieser grundlegenden Trennung gibt es eine historische Trennung, weil in der Region, in der die Unruhen stattfinden, die Christen als einheimische Bevölkerung und die Muslime als Fremde angesehen werden. Diese beiden Trennungen schlagen sich dann wiederum in der Unterstützung verschiedener politischer Gruppen durch die Christen und Muslime nieder, was wiederum zu einer Erweiterung des Konflikts führt. Um die Sache nun jedoch zu verkürzen, sei gesagt, dass die Ursprünge dieses Konflikts in den religiösen Unterschieden und dem Unvermögen der Machthaber oder ihrer Unfähigkeit, eine friedliche Koexistenz beider Gruppen zu erzeugen, begründet sind. In diesem Herbst wird ein Forum der Minister aus der EU und Nigeria stattfinden, und ich denke, dass dieses Problem auf die Tagesordnung des Treffens gesetzt werden sollte. Darüber hinaus sollte die Kommission jede Anstrengung unternehmen, die ihr zur Verfügung stehenden diplomatischen Instrumente einzusetzen, um die Lage in Nigeria zu verbessern.

(Die Sitzung wird für einige Augenblicke unterbrochen, um auf die Abstimmung zu warten.)

⁽¹⁾ Siehe Protokoll.

VORSITZ : Libor ROUČEK*Vizepräsident***5. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll****6. Bemühungen der Union zur Bekämpfung der Korruption (schriftliche Erklärung):
siehe Protokoll**

Der Präsident. – Die von den Abgeordneten Monica Luisa Macovei, Simon Busuttil, Luigi de Magistris, Ana Gomes und Bart Staes eingereichte schriftliche Erklärung 0002/2010 zu den Bemühungen der Union zur Bekämpfung der Korruption hat die Unterschriften der Mehrheit der Mitglieder des Parlaments erhalten und wird gemäß Artikel 123 der Geschäftsordnung an die angegebenen Adressaten übermittelt und mit Angabe der Namen der Unterzeichner im Protokoll als in der Sitzung vom 18. Mai 2010 angenommener Text veröffentlicht.

Monica Luisa Macovei (PPE). – Herr Präsident! Ich möchte denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die diese Erklärung unterstützt und unterzeichnet haben, meinen Dank aussprechen und ich möchte bei dieser Gelegenheit die Kommission und den Rat auffordern, einen tragfähigen und starken Kontrollmechanismus zur Korruptionsbekämpfung in der Europäischen Union festzulegen. Ich appelliere an die Mitgliedstaaten, politischen Willen zu zeigen und ihren Kampf gegen die Korruption zu verstärken, bevor es zu spät ist.

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmung.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll)

7. Abstimmungsstunde**7.1. Beschluss, zur Änderung der Verträge in Bezug auf die Übergangsmaßnahmen im Hinblick auf die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments keinen Konvent einzuberufen (A7-0116/2010, Íñigo Méndez de Vigo)****7.2. Änderung der Verträge – Übergangsmaßnahmen betreffend die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments (A7-0115/2010, Íñigo Méndez de Vigo)****7.3. Kirgisistan (B7-0246/2010)**

– Vor der Abstimmung:

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – (ES) Herr Präsident! Dies ist ein mündlicher Änderungsantrag, der von meinem Kollegen, Herrn Brok, eingereicht wurde, der heute Vormittag leider nicht anwesend sein kann.

Es wäre eine Änderung von Ziffer 5 und würde darin bestehen, nach dem Hinweis auf die Wahlen am 10. Oktober folgenden Wortlaut einzufügen: „um die Demokratie und die politische Rechenschaftspflicht zu stärken“.

(Das Parlament nimmt den mündlichen Änderungsantrag an.)

– Nach der Abstimmung über Änderungsantrag 1

Paolo Bartolozzi (PPE). – (IT) Herr Präsident! Es geht um einen mündlichen Änderungsantrag zu Ziffer 13, in dem die Kommission aufgefordert wird, unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Situation zu prüfen, ob humanitäre Hilfeleistung möglich ist.

(Das Parlament nimmt den mündlichen Änderungsantrag an.)

7.4. Elektrofahrzeuge (B7-0261/2010)

7.5. Gruppenfreistellungsverordnung für den Kraftfahrzeugsektor (B7-0245/2010)**7.6. Mitteilung der Kommission über Maßnahmen zur Krebsbekämpfung: Europäische Partnerschaft (A7-0121/2010, Alojz Peterle)****7.7. Mobilisierung der Informations- und Kommunikationstechnologien für die Erleichterung des Übergangs zu einer energieeffizienten, kohlenstoffarmen Wirtschaft (A7-0120/2010, Patrizia Toia)****7.8. Weißbuch der Kommission: "Anpassung an den Klimawandel: Ein europäischer Aktionsrahmen" (A7-0057/2010, Vittorio Prodi)**

– Vor der Abstimmung:

Vittorio Prodi, *Berichtersteller*. – (IT) Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Klimawandel ist eine reale Bedrohung, der entgegenzutreten wir bereit sein müssen, auch wenn die Auswirkungen in unseren Ländern unterschiedlich sein werden. Die Verschlechterung der Ökosysteme wird das Wohl unserer Volkswirtschaften und der europäischen Bürgerinnen und Bürger stark beeinträchtigen. Wir haben bereits in der Vergangenheit Klimadiplomatie und klimagerechtes Handeln gefordert, jetzt gilt es, diese mit vereinten Kräften aufzubauen.

Ich bin davon überzeugt, dass die Europäische Union ihre Vorreiterrolle im Kampf gegen den Klimawandel aufrechterhalten muss und dass jede Verzögerung bei der Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen zu einem maßlosen Anstieg der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Kosten führen wird. Wir müssen vor allem die zentrale Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften anerkennen sowie die Notwendigkeit, mit ihnen zusammenzuarbeiten, wenn es darum geht, die ökologischen und wirtschaftlichen Innovationen zu koordinieren, die durch den technischen Fortschritt möglich werden.

Mit der Annahme des Weißbuchs fordern wir die Kommission und die Mitgliedstaaten dazu auf, öffentlich-private Partnerschaften zu fördern, die zur Finanzierung all der mit den Anpassungsmaßnahmen verbundenen Initiativen beitragen könnten. Wir müssen für jeden Quadratmeter der Europäischen Union Sorge tragen, damit die Böden erhalten und Wasser aufgefangen werden kann, um Erosionen vorzubeugen und die Grundwasserschichten zu versorgen, unter anderem auch durch direkte Wiedereinleitung von Oberflächenwasser. Um die Anpassung an den Klimawandel zu ermöglichen, brauchen wir einen systemischen Ansatz, in dem auch erneuerbare Energien enthalten sind.

Ich möchte allen Kolleginnen und Kollegen, die zum Erfolg dieses Berichts beigetragen haben, herzlich danken.

(Beifall)

7.9. Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaften - Betrugsbekämpfung - Jahresbericht 2008 (A7-0100/2010, Andrea Cozzolino)**7.10. Europäische Investitionsbank (EIB) - Jahresbericht 2008 (A7-0062/2010, Tamás Deutsch)****7.11. In Jos (Nigeria) im Januar und März begangene Gräueltaten (B7-0247/2010)**

– Vor der Abstimmung:

Nicole Kiil-Nielsen (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident! Wie ich schon in der Aussprache angemerkt habe, schlage ich einen mündlichen Änderungsantrag mit folgender Ergänzung zu Ziffer 6 vor: „fordert die nigerianischen Behörden auf, von den jüngsten Bestrebungen einiger Gouverneure nigerianischer Bundesstaaten Abstand zu nehmen, zur Todesstrafe verurteilte Häftlinge hinzurichten, um der Überfüllung der Gefängnisse entgegenzuwirken, was eine grobe Verletzung der Menschenrechte darstellen würde; fordert

die Gouverneure auf, Zurückhaltung zu üben und das De-Facto-Moratorium fortzusetzen; weist darauf hin, dass die Anwendung der Todesstrafe den Verpflichtungen Nigerias auf internationaler Ebene widerspricht.“

(Das Parlament nimmt den mündlichen Änderungsantrag an.)

– Vor der Abstimmung über Ziffer 7

Filip Kaczmarek (PPE). – (PL) Herr Präsident! Der Änderungsantrag bezieht sich darauf, Fragen in Bezug auf die Gewissens-, Gedanken- und Religions- bzw. Glaubensfreiheit zum Gegenstand des Dialogs zwischen der Europäischen Union und Nigeria zu machen, im Zusammenhang mit – und dies ist der Zusatz – dem politischen Dialog gemäß dem Cotonou-Abkommen.

(Das Parlament nimmt den mündlichen Änderungsantrag an.)

8. Stimmerklärungen

Der Präsident. – Wir gehen jetzt zu den Stimmerklärungen über.

Bericht: Jörg Leichtfried (A7-0035/2010)

Siiri Oviir (ALDE). – (ET) Auf wiederholte Anfragen des Parlaments hat die Kommission eine Verordnung über die Finanzierung von Sicherheitsentgelten vorgelegt. Ich habe die Annahme dieses Rechtsakts unterstützt, da es für alle Passagiere wichtig ist, dass bei der Festlegung der Sicherheitsentgelte verbindliche, transparente Grundsätze befolgt werden. Der Verbraucher muss sicher sein können, dass die erhobenen Sicherheitsentgelte ausschließlich zur Deckung der Sicherheitskosten verwendet werden.

Jaroslav Paška (EFD). – (SK) Meines Erachtens ist es angebracht, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament in die Regulierung der Entgelte für die Luftsicherheit und den Schutz der Passagiere miteinzubeziehen.

Ich muss jedoch hinzufügen, dass ich den aktuellen Ansatz zur Schaffung von Aufsichtsbehörden für die Durchführung solcher Kontrollen für unsinnig und falsch halte. In der heutigen Zeit, wo Europa Geld für die Unterstützung Griechenlands und für die Wirtschaftsentwicklung braucht, bedeutet die Schaffung neuer Behörden, die im Grunde nichts tun außer eine gewisse Aufsicht zu führen, einen leichtfertigen Umgang mit dem Geld der EU-Bürger, und dies, so glaube ich, wird keine positiven Ergebnisse bringen.

Bogusław Liberadzki (S&D). – (PL) Herr Präsident! Ich möchte meiner Zufriedenheit darüber Ausdruck geben, dass ich für eine Ausweitung des Anwendungsbereichs der Verordnung stimmen kann, da es um Wagensatzteile geht und die Wagenbenutzer Zugang zu zertifizierten und unzertifizierten Teilen haben sollen. Wir haben dies in letzter Minute getan, doch wir sind auf die Bedürfnisse unserer Bürger eingegangen. Wir gewährleisten Teile von guter Qualität zu vernünftigen Preisen.

Bericht: Brian Simpson (A7-0030/2010)

Antonio Cancian (PPE). – (IT) Herr Präsident! Wir haben gestern gut daran getan, die erste Lesung der Neufassung für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) abzuschließen. Ein Aspekt dieser Neufassung, dieser Kodifizierung, ist jedoch besonders wichtig, er bezieht sich auf alle Umstrukturierungen im Rahmen von TEN-V-Netzen in den nächsten zehn Jahren.

Diese Umstrukturierungen müssen in Europa grundlegend neu überdacht, vereinfacht und rationalisiert werden, so dass die Interoperabilität tatsächlich umgesetzt wird. Angesichts der ungünstigen aktuellen Wirtschaftslage müssen wir über die Entwicklung dieses Netzes bzw. eines Teils davon nachdenken, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Haushaltsmittel, die uns zur Verfügung stehen. Wir müssen einen neuen Weg einschlagen und uns darum bemühen, dass die Wirtschaft durch diese Netze wieder angekurbelt wird.

Daher ist es dringender denn je erforderlich, dass wir uns über den gestrigen Schritt hinaus in diesem Sinne engagieren.

Bericht: Evgeni Kirilov (A7-0055/2010)

Siiri Oviir (ALDE). – (ET) Ich habe für den Änderungsantrag zu diesem Rechtsakt gestimmt, da er uns helfen wird, die Ziele zu erreichen, die im Kontext des 2008 angenommenen Europäischen Konjunkturprogramms vereinbart wurden. Ich glaube, dass durch die Vereinfachung der Finanzierung die

Kofinanzierungsinvestitionen in den Mitgliedstaaten und Regionen beschleunigt werden und die Wirkung der Maßnahmen auf die Wirtschaft als Ganzes erhöht wird, auch wenn dies vor allem mittelständische Unternehmer und Arbeitgeber betreffen wird. Die aus praktischen Bedürfnissen heraus entstandene Vereinfachung der Bestimmungen der Kohäsionspolitik und deren Präzisierung werden sicherlich eine positive Auswirkung auf das Umsetzungstempo des Programms und auf unseren Umgang mit neuen Problemen haben.

Radvilė Morkūnaitė-Mikulėnienė (PPE). – (LT) Viele Staaten wurden von diesem Konjunkturabschwung erschüttert und der wirtschaftliche Rückgang betrug in vielen EU-Mitgliedstaaten mehr als 10 %. Daher ist die Aufmerksamkeit der Europäischen Union sehr wichtig, nicht nur für die alten EU-Mitgliedstaaten, sondern auch für jene, die der Europäischen Union erst kürzlich beigetreten sind und Unterstützung aus den Strukturfonds und dem Europäischen Sozialfonds erhalten. Die Strukturfonds sind wichtige Instrumente, um den vom Wirtschaftsabschwung stark betroffenen Mitgliedstaaten wieder auf die Beine zu helfen. Daher meine ich, dass dies nach einer Vereinfachung der Anforderungen zum Erhalt von Strukturfonds viel effizienter getan werden kann.

Alfredo Antoniazzi (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung, der Europäische Sozialfonds und der Kohäsionsfonds haben sich als Instrumente bewährt und sind äußerst nützlich für die territoriale Entwicklung sowie für die Reaktion auf die Folgen der Wirtschaftskrise, die seit einiger Zeit in Europa und in der Welt herrscht.

Diesbezüglich begrüße ich den Vorschlag für eine Vereinfachung der Verfahren zur Aufhebung der Mittelbindung der Fondsmittel und für die Erleichterung der Zahlungen an die Begünstigten der verschiedenen Programme, die mit den erwähnten Fonds umgesetzt werden. Ich bin zudem für die Bereitstellung einer zusätzlichen Tranche des Vorschusses für 2010 für jene Mitgliedstaaten, die am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen sind.

Bericht: József Szájer (A7-0110/2010)

Alfredo Antoniazzi (PPE). – (IT) Herr Präsident! Ich habe für den Bericht von Herrn Szájer gestimmt und ich möchte ihm für die ausgezeichnete analytische Arbeit danken, die er angesichts der Neuerungen des Vertrags von Lissabon geleistet hat.

In Anbetracht der umfassenden und vielfältigen Auswirkungen, die delegierte Rechtsakte im Gesetzgebungsverfahren haben werden, stimme ich insbesondere mit dem Wunsch des Parlaments überein, diese delegierten Rechtsakte von genau festgelegten klaren Bedingungen abhängig zu machen, um eine wirksame demokratische Kontrolle durch dieses Haus zu gewährleisten. Meiner Ansicht nach wird es vor allem auch erforderlich sein, in der Praxis zu prüfen, wie dieses neue System funktioniert, um etwaige erforderliche Anpassungen vorzunehmen.

Bericht: Marit Paulsen (A7-0053/2010)

Mairead McGuinness (PPE). – Herr Präsident! Ich möchte nur sagen, dass ich diesen Bericht, in dem es um Tierschutz geht, voll unterstütze. Ich habe allerdings einige Vorbehalte dagegen, wie das Parlament und die EU in dieser Angelegenheit Recht setzen.

Es wäre mir lieber, wir würden im Hinblick auf Tierschutz einen wissenschaftlichen Ansatz verfolgen und uns weniger von Emotionen leiten lassen. Wir haben Rechtsvorschriften eingebracht, die in vielen Fällen nicht wissenschaftlich begründet sind, und europäische Produzenten, europäische Landwirte müssen dadurch große Nachteile hinnehmen.

Ich erlaube mir, meiner Bestürzung und Entrüstung über die Tatsache Ausdruck zu verleihen, dass die Kommission diese Woche die Wiederaufnahme von Gesprächen mit Mercosur-Ländern beschlossen hat. Mit diesem Beschluss wird die Zukunft der europäischen Landwirte in Gefahr gebracht, insbesondere die der Rinder-, Geflügel- und Schweinezüchter. Ich möchte die Kommission fragen, ob sie bei eingeführten Produkten aus Drittländern die gleichen Tierschutznormen und Produktionsnormen anwenden will, die sie innerhalb der Europäischen Union durchsetzt. Wenn nicht, wäre das eine Schande.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Tierschutz ist unteilbar, muss harmonisiert und global definiert werden.

Zur Harmonisierung: Wir sollten uns bei neuen Vorschriften und Standards eine Pause gönnen und zunächst die einheitliche Umsetzung innerhalb der Europäischen Union prüfen und verwirklichen.

Zur Globalisierung: Wir müssen uns verstärkt darum kümmern, dass auch bei Importen aus Drittländern in die Europäische Union die gleichen Standards und Richtlinien gelten wie innerhalb der Europäischen Union.

Der Verbraucher hat ein Recht darauf, nicht nur gesunde, sondern auch gesund produzierte Lebensmittel zu kaufen.

Bericht: Stéphane Le Foll (A7-0060/2010)

Mairead McGuinness (PPE). – Herr Präsident! Damit ich es nicht vergesse, ich habe eine Besuchergruppe auf der Galerie und möchte alle aus dem Wahlkreis Ostirland herzlich begrüßen. Ich halte es für sehr wichtig, dass unsere Besucher und Bürger sehen, wie dieses Parlament arbeitet, und wie Sie feststellen können, sind sie heute Vormittag hellwach und interessiert.

Zu diesem speziellen Bericht, dem Bericht Le Foll, hatte dieses Haus kürzlich einen der Beatles zu Gast, der uns erzählte, wir sollten weniger Fleisch essen. Meiner Ansicht nach sollten wir in Bezug auf Landwirtschaft und Klimawandel die besten verfügbaren Technologien einsetzen, um die Emissionen aus der Landwirtschaft zu reduzieren, denn wir alle wissen ja, dass wir weltweit mehr und nicht weniger Nahrungsmittel erzeugen müssen. Wir werden dafür geringere Ressourcen, weniger Böden, weniger Wasser zur Verfügung haben und wir werden dabei unter dem Druck des Klimawandels stehen. Dazu benötigen wir die bestmögliche Forschung; meiner Meinung nach muss das von der öffentlichen Hand und mit privaten Partnerschaften finanziert werden, damit unsere Landwirte und die Nahrungsmittelindustrie klimafreundlich Lebensmittel produzieren können.

Der Präsident. – Vielen Dank, Frau McGuinness, auch ich heiße Ihre Besuchergruppe herzlich willkommen.

Peter Jahr (PPE). - Herr Präsident! Drei kurze Anmerkungen zum Bericht:

Erstens ist Landwirtschaft nicht das Problem beim Klimawandel, sondern die Lösung des Problems.

Zweitens: Bei der Erforschung des Klimawandels stehen wir erst am Anfang, obwohl die Medien manchmal einen anderen Eindruck verbreiten. Wir sollten auch bei der Klimaforschung Theorien und Ergebnisse, die nicht in den erwarteten *Mainstream* passen, angemessen berücksichtigen und weiterverfolgen.

Drittens: Wir sollten alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, die angemessen und unbürokratisch sind, und wir sollten diese Maßnahmen auf ihre volkswirtschaftliche Wirksamkeit überprüfen. Beispielsweise ist in diesem Zusammenhang eine europäische Bodenschutz-Rahmenrichtlinie kontraproduktiv und nicht zielführend.

Bericht: Herbert Dorfmann (A7-0056/2010)

Mairead McGuinness (PPE). – Herr Präsident! Ich hoffe, alle auf der Besuchergalerie sind beeindruckt! Ich muss sagen, es ist ungewöhnlich, dass wir so viel Redezeit bekommen, aber diese Berichte zum Bereich Landwirtschaft und Nahrungsmittelherstellung sind mir ein besonderes Anliegen.

In diesem Bericht geht es darum, wie es uns gelingt, Landwirte in Gegenden zu halten, wo die Bedingungen für die Landwirtschaft extrem schwierig sind, denn wir wissen zwar, dass Landwirte die Landschaft am besten bewirtschaften können, aber sie brauchen auch Geld, um in diesen Gebieten überleben zu können. Ich habe die Sorge, dass die acht von der Kommission vorgeschlagenen biophysikalischen Kriterien vielleicht zu restriktiv sind, wenn sie verabschiedet werden. Wir müssen die unterschiedlichen Bodenbeschaffenheiten in der gesamten Europäischen Union berücksichtigen. In meinem eigenen Mitgliedstaat, Irland, gibt es Bedenken, dass sich, wenn wir diese Kriterien in der Atlantikregion anwenden, Probleme für die Landwirte in dieser Gegend ergeben könnten.

Ich möchte die Kommission bitten, diese Bedenken bei der Erarbeitung ihres Rechtstextes zu berücksichtigen. Die Kommission hat erklärt, dass Landwirte die Landschaft besser und kostengünstiger bewirtschaften, als dies bei alternativen Optionen der Fall wäre; wir sollten also dafür Sorge tragen, dass es ihnen in diesen Regionen möglich ist, ihre Existenz zu sichern.

Bericht: Pilar del Castillo Vera (A7-0066/2010)

Sonia Alfano (ALDE). – (IT) Herr Präsident! Ich habe für den Entschließungsantrag des Parlaments über die neue Digitale Agenda für Europa gestimmt, da ich der Ansicht bin, dass es eine strategische Priorität für

die Europäische Union ist, einen leichten und erschwinglichen Breitbandzugang für die gesamte Bevölkerung zu gewährleisten.

Die Ausweitung der Internetnutzung bedeutet eine Erweiterung und Entwicklung der freien Meinungsäußerung der Bürger, sie fördert deren Teilnahme am demokratischen Leben und begünstigt die Verbreitung von Wissen und Innovation. Ich möchte unterstreichen, dass der Breitbandausbau in Europa mehr Informationsfreiheit garantieren würde. Wir dürfen nicht vergessen, dass, wie von Eurostat festgestellt wurde, in Europa auch zwei oder womöglich drei unterschiedliche Geschwindigkeiten bei der Verbreitung des Internets existieren. Einige Regionen in Italien sowie Griechenland, Rumänien, Bulgarien und Portugal sind in diesem Sinne am wenigsten entwickelt.

Es ist kein Zufall, dass sich Italien auf dem von Freedom House erstellten Index für Pressefreiheit unter den teilweise freien Staaten gemeinsam mit der Türkei auf dem letzten Platz in Westeuropa und neben Benin und Indien und nach Tonga auf Platz 72 weltweit befand. Ich hoffe auch, dass dank dieser Entschließungsanträge und dank der genannten Grundsätze die italienische Regierung möglichst schnell die Investition von 800 Mio. EUR genehmigen wird, die zur Überwindung der digitalen Kluft in Italien gedacht war, was nach einer Erklärung des stellvertretenden Generalsekretärs des italienischen Ministerrates, Gianni Letta, im Moment nicht vorrangig ist.

Ich möchte betonen, dass die Dienstleistungsqualität in Italien für die heutigen Anforderungen unzureichend ist, und dass Verbraucherverbände seit Jahren beanstanden, dass die Anschlusskosten zu den am wenigsten wettbewerbsfähigen in Europa zählen.

Der Präsident. – Zur Ihrer Information für nächstes Mal, wir haben nur eine Minute für die Stimmerklärungen.

Ich erteile unserer besten Rednerin heute das Wort, und das ist Frau McGuinness.

Bericht: Jose Ignacio Salafranca Sanchez-Neyra (A7-0111/2010)

Mairead McGuinness (PPE). – Herr Präsident! Vielen Dank für Ihre Unterstützung. Ich sollte den Besuchern erklären, dass wir normalerweise um Ruhe bitten, aber ich denke, wir üben heute Nachsicht. Und ich möchte Herrn Higgins danken, dass er mir die Gelegenheit gegeben hat, zu sprechen.

Ich habe mich bereits zu diesem Thema geäußert und ich denke, dass dieses Parlament bei dem Bericht Salafranca Sánchez-Neyra gestern nicht erkannt hat, welche Auswirkungen es haben würde, dafür zu stimmen, was ich nicht getan habe. Ich bin sehr besorgt über den Beschluss, die bilateralen Gespräche mit den Mercosur-Ländern auf zwei verschiedenen Ebenen wiederaufzunehmen.

Erstens geschieht dies vor der möglichen Wiederaufnahme der Welthandelsgespräche, und die Einigung auf bilateraler Ebene kann schlechter ausfallen als die auf WTO-Ebene. Zweitens jedoch – und da gibt es einen Zusammenhang – bestehen konkrete Bedenken wegen des Ausverkaufs der Landwirtschaft in der Europäischen Union. Das sind nicht allein meine emotional geprägten Bedenken: Die Kommission selbst hat erklärt, dass es schwerwiegende Auswirkungen auf die europäische Landwirtschaft haben würde, wenn wir uns in den Gesprächen auf einen Handel mit dem Mercosur einlassen. Ich wiederhole, dass der Rindfleisch-, Geflügelfleisch- und Schweinefleischsektor am stärksten betroffen sein werden. Ich konnte diesen Bericht daher nicht unterstützen und ich warne die Kolleginnen und Kollegen vor seinen Auswirkungen.

Entschließungsanträge: Gipfel EU-Kanada (RC-B7-0233/2010)

Giommaria Uggias (ALDE). – (IT) Verehrter Herr Kommissar! Wasser ist ein Allgemeingut und es kann nicht nur für einige Auserwählte ein Gut sein. Das wollten wir, die italienische IDV (Italien der Werte), Delegation der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, im Zusammenhang mit Änderungsantrag 10 betonen, der jeden Versuch der Privatisierung der Wasserversorgungsnetze ablehnt, da dies Bestandteil des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens ist; im Gegenzug haben wir den kanadischen Kommunen unsere Unterstützung zugesagt, die sich für ein Ende der Privatisierung von Wasser einsetzen.

Die italienische IDV-Delegation hat sich veranlasst gefühlt, für den Entwurf zu stimmen, weil er für unsere Werte steht, und auf der Grundlage dieser Werte sind wir dafür, dass die Wassernutzung unbedingt und unabänderlich öffentlich sein muss. Deshalb möchte ich noch einmal wiederholen, dass wir kürzlich die Unterzeichnung einer Petition für ein Referendum gegen die Privatisierung von Wasser vorgeschlagen haben und dafür sehr große Unterstützung in unserem Land erfahren.

9. Begrüßung

Der Präsident. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, Ihnen mitzuteilen, dass sich im Rahmen der interparlamentarischen Sitzungen derzeit eine Delegation des marokkanischen Parlaments unter der Leitung von Herrn Abdelwahed Radi, Präsident des Repräsentantenhauses, und Herrn Mohamed Cheikh Biadillah, Präsident der Beraterkammer im marokkanischen Parlament, zu einem Arbeitsbesuch im Europäischen Parlament befindet, dessen Zweck die Eröffnungssitzung des Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Marokko ist. Ich möchte alle Mitglieder der Delegation sehr herzlich willkommen heißen. Die Ko-Vorsitzenden dieses ersten gemeinsamen Gremiums zwischen unserem Parlament und dem eines Maghreb-Landes sind Frau Mbarka Bouaida, Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Nationale Verteidigung und Islamische Angelegenheiten, und Herr Panzeri, Mitglied des Europäischen Parlaments.

Das Europäische Parlament stellt hocherfreut fest, dass die Beziehungen zwischen der EU und Marokko ausgezeichnet sind, was sich u. a. in der Verabschiedung des gemeinsamen Dokuments über die Festlegung des fortgeschrittenen Status von Marokko zeigt. Durch diesen neuen Rahmen für den Dialog werden die Beziehungen mit den Delegationen des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu den Maghreb-Ländern weiter vertieft und es ist möglich, die Gespräche zwischen der EU und Marokko über Fragen von gemeinsamem Interesse auszudehnen. Ich hoffe und vertraue darauf, dass die Begegnung im Europäischen Parlament ein Erfolg war und aktiv zur weiteren Annäherung der beiden Parlamente beitragen wird.

10. Stimmerkklärungen (Fortsetzung)

Entschließungsanträge: Ein Verbot des Zyanideinsatzes in der Bergbautechnik in der EU (RC-B7-0238/2010)

Alajos Mészáros (PPE). – (HU) Ich würde das Verbot des Zyanideinsatzes in der Bergbautechnik in der gesamten Europäischen Union gern ausgeweitet wissen. Ich würde es begrüßen, wenn wir diese Technologien in Zukunft völlig beseitigen könnten, um weitere schwere Naturkatastrophen zu verhindern, bei denen verschiedene giftige Stoffe in unsere Wasserquellen gelangen. Ein solcher Fall hat sich in Ungarn ereignet, als vor zehn Jahren im Fluss Theiß nahezu die gesamte Flora und Fauna starb. Auch die Slowakei ist von diesem Problem betroffen, da sich der Unfall in der Nähe der Grenze ereignete; sie beabsichtigt dennoch, in nächster Zukunft Bergwerke zu eröffnen, in denen die gleiche Technik für den Goldbergbau eingesetzt werden soll. Es handelt sich bei diesem oder ähnlichen Themen nicht um eine Auseinandersetzung zwischen zwei EU-Staaten; es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, eine nachhaltigere Umweltpolitik zu verfolgen. Deshalb habe ich dafür gestimmt und deshalb möchte ich mich den Befürwortern der Maßnahme anschließen.

Giommaria Uggias (ALDE). – (IT) Herr Präsident! Wir sind im Begriff, das Verbot des Zyanideinsatzes in der Bergbautechnik zu verabschieden, weil dieser Einsatz – wie meine Kollegen soeben erwähnten – schwerwiegende Auswirkungen auf die Umwelt hatte bzw. nach wie vor hat und ernstzunehmende Gefahren für die Gesundheit von Mensch und Tier birgt.

Mit unserem Votum soll der Wunsch der italienischen IDV-Delegation (Italien der Werte) der Fraktion der Liberalen und Demokraten für Europa klar zum Ausdruck gebracht werden, nicht über Grundrechte wie die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und der Umwelt zu verhandeln, indem wir diese zum Gegenstand wirtschaftlicher Interessen einiger weniger Systemhersteller machen. Lassen Sie mich an dieser Stelle anfügen – zumal es sich um Systeme für den Goldbergbau und sicher nicht für Kartoffeln handelt –, dass die Inhaberfirmen jederzeit mühelos wirtschaftliche und finanzielle Mittel für die Erforschung neuer Technologien reservieren könnten, die mit dem Umwelt- und Gesundheitsschutz vereinbar sind.

Corneliu Vadim Tudor (NI). – (RO) Ich möchte den nahezu 500 unserer Kolleginnen und Kollegen danken, die gestern mit überwältigender Mehrheit gegen den Zyanideinsatz in der Bergbautechnik gestimmt haben. Das Wort „Zyanid“ ist ein Synonym für „Tod“. Dieses deutliche Abstimmungsergebnis wird vor allem uns Rumänen sehr zugutekommen. Eines der größten natürlichen Vorkommen der Welt liegt in Transsylvanien. Nach Schätzungen von Sachverständigen birgt es 300 Tonnen hochreines Uran, 800 Tonnen Gold und 2 000 Tonnen Silber, aber auch große Mengen anderer Edelmetalle und Elemente. Sowohl einheimische als auch grenzüberschreitende mafiöse Banden schleichen gierig um diese Schätze herum und betreiben zunehmend aggressive Meinungsmache voller lächerlicher Lügen.

Der Einsatz von Zyanidtechnik würde durch die Vergiftung der Umwelt eine riesige Katastrophe verursachen: vier Berge würden in die Luft gesprengt, neun Friedhöfe zerstört und acht christliche Kirchen abgerissen. Hinzu kommt, dass 1 700 km römischer Stollen verschwinden, mitsamt den Ruinen der römischen Festung Alburnus maior, die vom Erdboden weggefeht würde, ein Juwel der Archäologie, das laut UNESCO ein einzigartiges Weltkulturerbe darstellt. Ein Tschernobyl war schon genug für Europa, wir brauchen kein zweites.

Cristian Dan Preda (PPE). – (RO) Ich habe gestern gegen den Entschließungsantrag gestimmt, weil ich von den lokalen Kommunen darum gebeten wurde, die dieses Verbot als eine Gefahr für die Entwicklung der Region betrachten.

Ich vertrete die Auffassung, dass der von mir und über 40 meiner Kolleginnen und Kollegen vorgeschlagene Änderungsantrag mit der Forderung, zur Klärung der Auswirkungen dieses Problems eine Untersuchung durchzuführen, eine ehrliche und vernünftige Geste gewesen wäre. Ansonsten haben die Leidenschaften, die hier zum Ausdruck kamen, nur dazu gedient, die Chance zur Entwicklung einiger Kommunen zu zerstören.

Entschließungsantrag: Kirgisistan (RC-B7-0246/2010)

Joe Higgins (GUE/NGL). – Herr Präsident! Darf ich fragen, warum so viele Mitglieder laut und unhöflich Privatgespräche führen, während andere Mitglieder hier das Wort haben?

(Beifall)

Ich habe mich der Abstimmung über den Entschließungsantrag zu Kirgisistan enthalten. Vor fünf Jahren erhob sich das kirgisische Volk in der Tulpenrevolution gegen das korrupte Regime und für ein besseres Leben. Die Regierung Bakijew, die leider an die Macht kam, verriet auf schändliche Weise die Hoffnungen des Volkes auf ein besseres Leben, indem sie ein korruptes und autoritäres Regime errichtete. Die neue Regierung wird unglücklicherweise von Bakijews Kumpanen gebildet und entbehrt in Bezug auf ein besseres Leben für die Bevölkerung der Region jeglicher Glaubwürdigkeit.

Ich unterstütze meine Kolleginnen und Kollegen vom Komitee für eine Arbeiter-Internationale in der Region, die fordern, dass ein neues Parlament gewählt wird, aber klar zum Ausdruck bringen, dass sich nichts ändern wird, solange die Arbeiter und die Landbevölkerung nicht ihre eigenen Kandidaten aufstellen und ihre unabhängige Arbeiterpartei haben, um die katastrophalen Privatisierungen der letzten 20 Jahre rückgängig zu machen, den neoliberalen Kapitalismus zu bewältigen und einen tragfähigen demokratischen Wandel herbeizuführen sowie neue, von Werktätigen kontrollierte Institutionen aufzubauen, in Verbindung mit einer echten Planung der Wirtschaft und einer Sozialistischen Föderation Mittelasiens.

Bericht: Alojz Peterle (A7-0121/2010)

Radvilė Morkūnaitė-Mikulėnienė (PPE). – (LT) Ich bin erfreut, dass dieses Dokument mit großer Mehrheit angenommen wurde, das heißt, es gab fast keine Opposition. Dies ist eigentlich verständlich, denn das Thema Gesundheit betrifft uns alle. Ich beglückwünsche zudem das Europäische Parlament und alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sowie den Berichterstatter; sie haben heute Entscheidungen getroffen, die konkrete und gezielte Schritte ermöglichen, nicht nur zur Heilung von Krebskranken, sondern auch zur Vorbeugung gegen Krebs. Leider ist die Prognose bei Krebs erschreckend und wir müssen unsere Anstrengungen auf seine Bekämpfung ausrichten.

Ich habe für die Annahme dieses Dokuments gestimmt, weil ich der Meinung bin, dass eine ganzheitliche Sicht der Krebsfälle und der Kampf gegen Krebs als besonders wichtiger Teil der Gesundheitsstrategie sowohl der Europäischen Gemeinschaft als auch der Mitgliedstaaten gelten sollten. Eine kollektive und koordinierte Arbeit der Mitgliedstaaten ist erforderlich, damit das Krebsrisiko herabgesetzt werden kann.

Jaroslav Paška (EFD). – (SK) In dem Bericht über Maßnahmen zur Krebsbekämpfung wird die Wichtigkeit der Prävention im Kampf gegen diese Krankheit erwähnt.

Wir wissen, dass die Frühdiagnose dieser Krankheit die Chancen einer Heilung verbessert. Die Inzidenz bestimmter Krebsarten kann anhand der genetischen Prädisposition, der Lebensweise usw. vorausgesagt werden. Meines Erachtens könnte daher umfangreichere Vorsorgeuntersuchungen einen ersten wirksamen und schnellen Schritt zur Verhütung zahlreicher Todesfälle darstellen. Ein weiterer wichtiger Schritt wäre die Vermittlung und Verbreitung erfolgreicher Behandlungsmethoden in allen Staaten der Europäischen Union, einschließlich der in der Krebsbehandlung weniger erfahrenen Zentren, um die Verfügbarkeit wirksamer Behandlungen zu verbessern.

Jedenfalls verdient Herr Peterle Beifall für seine Arbeit und es bleibt zu hoffen, dass die EU weitreichendere Maßnahmen im Kampf gegen diese Krankheit treffen wird.

Vito Bonsignore (PPE). – (IT) Herr Präsident! Ich möchte hiermit ausdrücken, wie sehr ich die Arbeit des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit und insbesondere die des Berichterstatters, Herrn Peterle, schätze. Diese Entwicklung einer Partnerschaft im Kampf gegen den Krebs – eine Diskussion zu einem sehr heiklen Thema – macht dem Parlament alle Ehre.

Gemäß den Angaben der Weltgesundheitsorganisation sterben jedes Jahr rund 2 Millionen europäischer Bürgerinnen und Bürger an einem Tumor, und in etwa 10 % der Fälle liegt die Ursache darin, dass die Betroffenen Krebs erregenden Substanzen am Arbeitsplatz ausgesetzt waren. Ich bin überzeugt, dass das Ziel, Neuerkrankungen bis 2020 um 15 % zu reduzieren, zusätzlich durch ein gemeinsames Vorgehen mit den Mitgliedstaaten verfolgt werden sollte. Europa muss beweisen, dass es auch in diesem Bereich einig ist. Meines Erachtens erfüllt Ziffer 66, mit der die Verfügbarkeit von Arzneimitteln für alle Patienten in allen Mitgliedstaaten gewährleistet werden soll, dieses Grundprinzip.

Deshalb, Herr Präsident, habe ich für den Bericht gestimmt.

Bericht: Patrizia Toia (A7-0120/2010)

Alajos Mészáros (PPE). – (HU) Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Jahren haben wir eine explosionsartige Entwicklung in der Informations- und Kommunikationstechnologie erlebt. Die bedeutenden Entwicklungen und Ergebnisse im IKT-Sektor haben zur Entwicklung anderer, zuvor stagnierender Sektoren beigetragen, wie Mechatronik, Nanotechnologie, Steuerungs- und Messtechnik. Deshalb sollte die Initiative der Kommission, zur Erreichung der Ziele im Rahmen der Strategie EU 2020 IKT einzusetzen, Beifall finden. Ich begrüße es, dass wir dieses Programm angenommen haben, und freue mich, dass auch ich dafür stimmen konnte. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir unsere festgelegten Ziele bis 2020 erreichen, d. h. die Senkung der CO₂-Emissionen und die Steigerung der Energieeffizienz. Der Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologie kann für das Energiesparprogramm der Europäischen Union und für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie von strategischer Bedeutung sein. Um dies zu erreichen, braucht es allerdings Unterstützung für die schnellstmögliche Normung von Messgeräten, für den Anlauf von Forschungsprojekten und für die Verabschiedung eines Maßnahmenpakets, durch das der Verbrauch gesenkt und das Management der Versorgung mit Produkten und Dienstleistungen verbessert werden sollen.

Bericht: Vittorio Prodi (A7-0057/2010)

Barbara Matera (PPE). – (IT) Herr Präsident! Ich habe für den Bericht gestimmt und unterstütze die wertvolle Arbeit, die Herr Prodi als Abschluss der erheblichen Anstrengungen der Europäischen Kommission vorgelegt hat.

Ich vertrete das südliche Italien, das im Süden Europas am Mittelmeer liegt. Unser Volk hat sein Vertrauen in uns gesetzt und verdient es nicht, vollkommen unvorbereitet mit den Auswirkungen des Klimawandels auf unsere Regionen und ländlichen Gebiete konfrontiert zu werden, die ja primär von der Landwirtschaft, vom Fischfang und vom Tourismus abhängig sind und sich überwiegend aus eher benachteiligten Gemeinschaften und gesellschaftlichen Gruppen zusammensetzen.

Ich halte daher die Solidarität zwischen den verschiedenen Staaten und Gebieten für fundamental, nicht zuletzt als Antwort auf diese neue Strategie, die wir nun auf den Weg bringen. Es ist wirklich sehr schwierig, bei all diesem Durcheinander zu sprechen, aber ich werde jetzt sowieso schließen. Ich begrüße die Umsetzung der Maßnahmen des Solidaritätsfonds – für diese Thema bin ich Berichterstatterin für die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) – als zusätzliche Unterstützung für eine zügige und wirksame Antwort auf die Auswirkungen des Klimawandels. Es ist wirklich unmöglich, zu sprechen.

Laima Liucija Andrikiienė (PPE). – Herr Präsident! Ich unterstütze das Weißbuch der Kommission und den Bericht Prodi. Meines Erachtens ist ein solches Weißbuch nach den Klimaverhandlungen in Kopenhagen dringend notwendig. Die Ergebnisse von Kopenhagen sind bei weitem nicht ausreichend. Das nicht bindende Papier, das in Kopenhagen verabschiedet wurde, um die globale Erwärmung bei +2°C zu stoppen, würde immer noch ein Erwärmungsszenario für Europa bedeuten, das mit extremen regionalen Klimaänderungen einhergehen würde.

Wir müssen besonderes Augenmerk auf unsere Energieerzeugung richten. Wir müssen uns viel mehr für die Konzipierung einer konkreten gemeinsamen Energiepolitik einsetzen. Wir müssen die Forschung in umweltfreundliche Technologien fördern, aber wir brauchen auch klare politische Rahmenbedingungen für die Einführung und Einbindung von Technologien, die erneuerbare Energien nutzen, in unsere Volkswirtschaften.

Ich hoffe, dieses Weißbuch wird die EU in die richtige Richtung lenken und zu konkreten politischen Maßnahmen führen.

Karin Kadenbach (S&D). - Herr Präsident! Ich unterstütze den Antrag, der heute vom Kollegen Prodi eingebracht wurde. Was aber für mich bedenklich ist, ist ein vom Plenum leider angenommener Änderungsantrag zu diesem Bericht, der von der EVP – und unter ihnen auch vom Abgeordneten Seeber – eingebracht wurde. Ich fürchte, dass die Konservativen auf diese Art und Weise die Atomenergie über die Hintertür wieder einführen wollen. Das Anpreisen von kohlenstoffarmen Energiequellen ist ein altbekanntes Argument der Atomlobby. Ich möchte heute jedoch mit Nachdruck darauf hinweisen, dass der Bericht Prodi ganz sicher in eine andere Richtung geht. Ich als Österreicherin verstehe Atomenergie nicht als erneuerbare Energie. Mir ist es sehr wichtig, dass klar ist, dass ich heute nicht für diesen Punkt gestimmt habe.

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

11. Feierliche Sitzung

Der Präsident. – Herr Vizepräsident, Exzellenzen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde, es ist für mich eine große Ehre, den 47. Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, Herrn Joseph Biden, im Europäischen Parlament begrüßen zu dürfen.

(Beifall)

Vizepräsident Biden ist seit Jahren eine Schlüsselfigur im politischen Leben Amerikas und ein Freund der Kolleginnen und Kollegen dieses Plenums. Er wurde erstmals 1972 in den US-Senat gewählt und war einer der jüngsten Senatoren in der Geschichte seines Landes. Er wurde sechs Mal gewählt, bevor er im November 2008 Vizepräsident der Vereinigten Staaten wurde.

Als ehemaliger Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Senats und des Justizausschusses ist er dafür bekannt, seine Ansichten zu teilen und sich auch für Angelegenheiten einzusetzen, die alles andere als beliebt waren. Er ist Meinungsführer, und kein Mitläufer. Daher ist Ihre heutige Rede, Herr Vizepräsident, vor dem Europäischen Parlament so wichtig und bedeutend für alle von uns. Lassen Sie mich Ihnen nochmals für die freundliche Einladung und die sehr konstruktiven und ergebnisreichen Diskussionen letzten Mittwoch in Washington danken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in unserer heutigen multilateralen und multipolaren Welt können und sollten Europa und Amerika in einer Partnerschaft für globale Stabilität und für die Werte der Aufklärung, an die wir glauben, zusammenarbeiten. Der heutige Besuch von Vizepräsident Biden in der Europäischen Union zeugt von diesem Engagement.

Ohne eine starke und wirksame transatlantische Partnerschaft mit gleichwertigen Partnern – den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union – können wir keine nachhaltigen Lösungen für die vielen Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, finden: Klimawandel, Sicherheit der Energieversorgung, Wirtschaftskrise, die noch immer alle betrifft, Terrorismus, Förderung der Menschenrechte, Verteidigung des Freihandels und Verbesserung der Global Governance.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vor 25 Jahren, fast auf den Tag genau, sprach Präsident Ronald Reagan zu diesem Parlament, am 8. Mai 1985. Dies war das letzte und bisher einzige Mal, dass ein US-Präsident zu den demokratisch gewählten Vertretern der Bürger Europas sprach. Ihre Anwesenheit heute hier in diesem Plenarsaal, Herr Vizepräsident, ist ein Symbol für die Erneuerung dieses Dialogs auf höchster Ebene zwischen unseren beiden Kontinenten.

Hier in Europa haben wir einen neuen Vertrag, der uns im Europäischen Parlament neue Kraft und die Möglichkeit gibt, zu handeln. Dies ist äußerst wichtig für die gesamte Europäische Union. In Amerika gibt

es, nach einjähriger Führung durch Präsident Obama, erneut Hoffnung für die Welt. Herr Vizepräsident, der Zeitpunkt Ihrer Rede hätte nicht besser gewählt werden können.

Herr Vizepräsident, es ist mir eine große Freude, Sie heute Nachmittag hier im Parlament Europas begrüßen zu dürfen. Nun übergebe ich Ihnen das Wort.

(Beifall)

Joe Biden, *Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika*. – Herr Präsident, vielen Dank für den herzlichen Empfang. Ich habe mich sehr gefreut, Sie in Washington und im Weißen Haus willkommen heißen zu können und es ist eine große Ehre – und auch ein Privileg – vor einer so hochrangigen Institution heute sprechen zu dürfen.

Ich war Mitglied eines Parlaments mit insgesamt nur 435 Mitgliedern; dies heute und hier ist eine noch viel größere Ehre. Ich erinnere mich an die Rede von Präsident Reagan hier 1985 und, um einen irischen Poeten – William Butler Yeats – zu zitieren, als er in dem Gedicht „*Easter Sunday*“ 1916 über sein Irland schrieb: „Alles änderte sich vollständig.“ „Furchtbare Schönheit entstand.“ Seit 1985 hat sich alles vollständig verändert und eine furchtbare Schönheit ist entstanden.

Wie Sie bereits wissen, verehrte Damen und Herren, freue ich mich nicht nur, zum zweiten Mal als Vizepräsident hier in Brüssel sein zu dürfen. Wie Sie wahrscheinlich auch wissen, wird Washington DC von einigen amerikanischen Politikern und Journalisten als die Hauptstadt der freien Welt bezeichnet. Mir jedoch scheint es, dass diese großartige Stadt, die über eine tausendjährige Geschichte verfügt und die Hauptstadt Belgiens, Hauptsitz der Europäischen Union und der NATO ist, einen eigenen Anspruch auf diesen Titel erhebt, und das zu Recht. Als Abgeordneter mit einer Parlamentszugehörigkeit von über 36 Jahren fühle ich mich besonders geehrt, zum Europäischen Parlament sprechen zu dürfen.

Präsident Obama und ich waren die ersten Kandidaten für die Präsidentschaft bzw. Vizepräsidentschaft in den letzten 50 Jahren in Amerika, die es aus der Legislative ins Weiße Haus geschafft haben. Wir verrichten unsere exekutive Arbeit beide mit großer Anerkennung für Ihre Arbeit hier im Herzen der europäischen Demokratie. Zusammen mit meinen früheren Kolleginnen und Kollegen im Kongress der Vereinigten Staaten vertreten Sie und ich mehr als 800 Millionen Menschen. Halten Sie einen Moment inne und denken Sie darüber nach.

Zwei gewählte Gremien, die die Gesetze für fast ein Achtel der Weltbevölkerung gestalten, das ist wirklich bemerkenswert. Nun, unter dem Vertrag von Lissabon haben Sie größere Befugnisse und eine weitergefasste Verantwortung, die mit einem größeren Einfluss einhergeht. Wir begrüßen dies. Wir begrüßen dies, da wir, die Vereinigten Staaten, starke Verbündete und Bündnisse brauchen, um uns bei der Lösung der Probleme des 21. Jahrhunderts zu unterstützen. Viele Probleme sind die des letzten Jahrhunderts, einige von ihnen sind neu.

Lassen Sie mich das so deutlich wie möglich sagen. Die Obama/Biden-Regierung zweifelt nicht an der Notwendigkeit einer dynamischen Europäischen Union und unterstützt dies sehr. Wir glauben, dass dies äußerst wichtig für den Erfolg und die langfristige Sicherheit Amerikas ist. Deshalb zweifeln wir nicht daran.

Als ich über all die Jahre im Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats war, hatte ich die Gelegenheit, viele europäische Abgeordnete aus den nationalen Parlamenten kennen zu lernen, darunter auch einige von Ihnen. Nach all den Jahren weiß ich es zu schätzen, welch ein bedeutender Schritt es war, das einzige multinationale Parlament der Welt zu bilden, das aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgeht. So viel hat sich verändert.

Ich freue mich, dass Sie durch den Transatlantischen Legislativdialog eine starke Partnerschaft mit dem Kongress der Vereinigten Staaten aufbauen, und ich hoffe, dass die Vertretung, die Sie im letzten Monat in Washington eröffnet haben, diese Beziehungen stärken wird.

Vor 65 Jahren, in dieser Woche, weniger als 200 km südlich von hier, unterzeichneten nationalsozialistische Führer eine bedingungslose Kapitulation, die dem Zweiten Weltkrieg in Europa ein Ende bereitete. Am nächsten Tag wurde am Times Square und am Piccadilly Circus gefeiert; jubelnde Mengen tanzten auf den Champs-Élysées und auf den Plätzen der Städte in der ganzen alliierten Welt. Hier in Brüssel sangen Kirchgänger während eines Dankgottesdienstes die Nationalhymnen Großbritanniens, Belgiens und der Vereinigten Staaten. An diesem Freudentag, dem 8. Mai 1945, lag dieser Kontinent in Ruinen, in weniger als 30 Jahren zweimal durch Weltkriege zerstört. In diesem Moment musste ein friedliches Europa, ein Europäisches Parlament, für jeden Lebenden unvorstellbar gewesen sein. Jedoch, durch den Willen unserer

Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie von Staatsmännern wie Paul-Henri Spaak, nach dem dieser Saal hier benannt ist, und auch Robert Schumann und Jean Monnet mit seinen Visionen, die zum Entstehen eines Parlaments beitrugen und ihm die Freiheitsmedaille von Präsident Lyndon Johnson einbrachten, sind wir nun hier versammelt: in diesem Saal. Sie sind hier.

Was als einfacher Pakt zwischen einem halben Dutzend Nationen zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl begann, wurde ein wirtschaftliches und politisches Kraftwerk. Eine Gemeinschaft, die sich der Gedankenfreiheit, der Freizügigkeit und dem freien Unternehmergeist verschrieben hat. Ein Europa, das ein Historiker weniger als ein Ort, sondern vielmehr als eine Idee bezeichnete. Ich bin heute hier, um zu bekräftigen, dass Präsident Obama und ich an diese Idee glauben und auch an eine bessere Welt und ein besseres Europa, die diese Idee bereits hervorgebracht hat. Ein Europa, in dem alle Mitgliedstaaten von Verhandlungen über Handelsabkommen und Umweltschutz in Einigkeit profitieren; ein Europa, das die kulturellen und politischen Werte stützt, die mein Land mit Ihnen teilt. Ein Europa, das geeint ist, ein Europa das frei ist und ein Europa, das in Frieden lebt.

(Beifall)

Wie Präsident Obama bereits in Prag vor etwa einem Jahr sagte, ist ein starkes Europa auch ein starker Partner für die Vereinigten Staaten – und wir brauchen starke Partner. Daher werden wir Ihre großen Bemühungen auf jede erdenkliche Art und Weise unterstützen. Die letzten 65 Jahre haben gezeigt, dass, wenn Amerikaner und Europäer ihre Energie für ein gemeinsames Ziel einsetzen, es fast nichts gibt, das wir nicht erreichen können. Gemeinsam konnten wir mithilfe des Marshall-Plans Europa neu aufbauen und somit die vielleicht größte Investition in der Geschichte der Menschheit tätigen. Gemeinsam haben wir das größte dauerhafte Sicherheitsbündnis, die NATO, und eine militärische und politische Kraft aufgebaut, die Amerika und Europa zusammengeschweißt hat und uns in den folgenden Jahrzehnten einander immer näher brachte. Gemeinsam gründeten wir die größte Handelsbeziehung in der Geschichte der Welt, die 40% des globalen Handels umfasst und uns dabei unterstützt, eine Ära mit bisher noch unerreichtem Wohlstand und neuer technologischer Innovation einzuläuten. Gemeinsam haben wir Hilfe geleistet und denen Hoffnung gegeben, die unter humanitären Katastrophen zu leiden hatten, an mehr Orten, als ich zu nennen vermag, vom westlichen Balkan bis hin zum Kongo und zu unserer jetzigen Arbeit in Haïti.

Den Skeptikern, die trotz all dieser Erfolge weiterhin den Zustand der transatlantischen Beziehungen oder die Haltung meines Landes gegenüber einem geeinten Europa in Frage stellen, möchte ich sagen: Auch wenn die Vereinigten Staaten und die von Ihnen hier vertretenen Nationen nicht durch unsere gemeinsamen Werte und unser gemeinsames Erbe unserer vieler Millionen Bürgerinnen und Bürger, darunter auch ich, vereint wären, würden selbst unsere globalen Interessen allein uns untrennbar miteinander verbinden.

Die Beziehung zwischen meinem Land und Europa ist heute so stark und wichtig für uns, wie sie es immer war. Dieses Jahrhundert ist voller neuer Herausforderungen, die nicht minder gefährlich als die des 20. Jahrhunderts sind. Gemeinsam nehmen wir sie an, eine nach der anderen. Sie sind schwierig; es wird Unstimmigkeiten geben, wir nehmen sie jedoch gemeinsam an. Klimawandel, eine der größten Bedrohungen unseres Planeten. Die Vereinigten Staaten und Europa arbeiten zusammen, um sicherzustellen, dass alle Länder, und vor allem die Wirtschaftsmächte, zu einer globalen Lösung beitragen. Wir alle haben uns auf Kopenhagen fokussiert und dort auch einen großen Schritt vorwärts unternommen. Nun müssen wir Emissionen reduzieren, aber auch die Finanzierung und die Transparenz garantieren, die damit einhergehen, und wir müssen den schwächsten Nationen helfen, von der Arktis bis zu den pazifischen Inseln, wo die Vorboten dieser kommenden Krise sichtbar werden.

Über die krisengebeutelten Regionen in Afghanistan und Pakistan hinweg arbeiten wir zusammen, um die Al-Qaida und die Talibankämpfer auseinanderzureißen, die Vereinigungen aufzulösen und zu bekämpfen und um die afghanische Armee und Polizei auszubilden, sodass die Regierung letztendlich ihre Bevölkerung schützen kann und keine Bedrohung für ihre Nachbarn darstellt. Um die Regierungsfähigkeit Afghanistans aufzubauen, setzen die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten große finanzielle und humane Ressourcen ein. Während die Aufrechterhaltung dieser bedeutenden Missionen nicht immer beliebt war, Sie und ich wissen das, so war sie doch notwendig. Als politische Führer haben wir die Verpflichtung, uns für unsere Bevölkerung einzusetzen, da dies für unsere gemeinsame Sicherheit notwendig ist; obwohl, das können Sie mir als Politiker, der in den letzten 38 Jahren im Amt war, glauben, ich es auch verstehe, dass dies nicht einfach ist. Ich versichere Ihnen, dass dies in meinem Land nicht positiver aufgenommen wird als in Ihren Ländern.

Daher stehen die Vereinigten Staaten und Europa auch Seite an Seite, um zu verhindern, dass Iran Nuklearwaffen herstellt: Dies wäre eine Entwicklung, die die Bevölkerung in Gefahr brächte und die Nachbarn

bedrohte, darunter auch einige unserer engsten Verbündeten. Gemeinsam haben wir einen neuen Weg des Engagements mit den iranischen Führern eingeschlagen, verehrte Damen und Herren,

(Beifall)

trotz allem, was einige Skeptiker dachten, meinte der Präsident das, was er sagte: dass wir all denjenigen die Hand reichen, die ihre Faust öffnen. Zu Beginn der Regierungszeit sagte Präsident Obama, dass wir bereit seien, um mit dem Iran auf der Basis von gegenseitigem Interesse und Respekt zu verhandeln. Mit unseren Verbündeten haben wir den iranischen Führern klar dargelegt, wie sie das Vertrauen in der internationalen Gemeinschaft wiederherstellen können, darunter fällt auch der Zugang zu ihren zuvor geheimen Anreicherungsanlagen und der Austausch von niedrig angereichertem Uran gegen Treibstoff, um einen Forschungsreaktor anzutreiben. Jedoch, wie die Welt nun beobachten konnte, haben die iranischen Führer unsere gemeinsamen gutgläubigen Bemühungen verschmäht und ergreifen weiterhin Maßnahmen, die die regionale Stabilität bedrohen. Lassen Sie mich dies klar sagen: Das Nuklearprogramm des Iran verstößt gegen die Verpflichtungen des Atomwaffensperrvertrags und kann zu einem atomaren Wettrüsten im Mittleren Osten führen. Wäre es nicht in der Tat paradox, nachdem der Eiserne Vorhang gefallen ist und die gegenseitigen Bedrohungen einer gegenseitig garantierten Zerstörung zwischen den Supermächten verschwunden ist, wenn ein neues Wettrüsten in einigen der instabilsten Regionen der Welt beginnen würde? Das wäre ein Paradoxon, das uns unsere Kinder, Enkel und Urenkel meiner Ansicht nach nicht verzeihen würden, falls wir es soweit kommen lassen.

Zusätzlich unterstützt die iranische Führung terroristische Organisationen weiterhin und unvermindert, und sie verfolgt skrupellos diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die in den Straßen friedlich für Gerechtigkeit demonstrieren: ein Verrat an der Pflicht aller Regierungen in Bezug auf ihre Verpflichtungen ihren Bürgerinnen und Bürger gegenüber. Teheran steht einer wichtigen Entscheidung gegenüber: entweder hält die Regierung die internationalen Regeln ein und reiht sich wieder in die Gemeinschaft verantwortlicher Staaten ein – das hoffen wir – oder sie wird mit weiteren Konsequenzen und vermehrter Isolation konfrontiert werden.

Angesichts der Bedrohung, die Iran darstellt, sind wir der Sicherheit unserer Verbündeten verpflichtet. Daher setzten wir das so genannte „Phased Adaptive Missile Defence Programme“, ein mehrstufiges anpassungsfähiges Raketenabwehrprogramm ein: zur Abschreckung und um Raketenangriffe auf diesem Kontinent zu unterbinden.

(Beifall)

Verehrte Damen und Herren, wir arbeiten auch innerhalb der NATO gemeinsam daran, uns auf mehrere zukünftige Sicherheitsbedrohungen vorzubereiten, darunter die Sicherheit der Energieversorgung und Computer- und Netz-Sicherheit, und wir unterstützen weiterhin die enge Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit zwischen der NATO und der EU.

Im letzten Jahr haben die Vereinigten Staaten und Europa schnell und entschlossen reagiert, als die Welt von einer Finanzkrise getroffen wurde, die schlimmer war als jede andere seit der Weltwirtschaftskrise. Dadurch konnten wir gemeinsam verhindern, was die Menschen vorhersagten: den totalen Zusammenbruch der Weltwirtschaft. Heute verfolgen Präsident Obama und ich die Wirtschafts- und Finanzkrise in Griechenland sowie die Bemühungen der Europäischen Union, sie einzudämmen, genau. Wir begrüßen das Rettungspaket, das Europa mit dem Internationalen Währungsfonds in Erwägung zieht, und wir werden Ihre Bemühungen, Griechenland zu retten – sowohl direkt als auch über den IWF – unterstützen.

Diese Beispiele – und ich könnte noch viele weitere nennen – zeigen, warum Europa nicht nur weiterhin Amerikas größter Handelspartner, sondern auch unser wichtigster Bündnispartner ist.

Verehrte Damen und Herren, unsere Vorgänger kamen vor mehr als sechs Jahrzenten in dieser Woche zusammen, um die Institutionen aufzubauen, die sicherstellen sollten, dass die dunkelsten Kapitel des 20. Jahrhunderts sich nicht wiederholen würden, weder im verbleibenden noch im 21. Jahrhundert. Diese Institutionen – diese Institution – waren von großem Erfolg gekrönt, nun jedoch müssen wir unser Augenmerk auf die Herausforderungen dieses neuen Jahrhunderts, die ich bereits zu Beginn meiner Rede erwähnte, lenken.

Die Welt hat sich verändert. Vollständig verändert. Furchtbare Schönheit entstand. Die wohl komplexeste Bedrohung für unsere Bürgerinnen und Bürger, der wir heute gegenüberstehen, entsteht durch staatenlose Akteure und gewalttätige Extremisten, insbesondere, wenn sie – Gott bewahre – in den Besitz von Massenvernichtungswaffen gelangen. Diese Geißel achtet keine Grenzen – wirklich keine. Keine einzige Nation, wie stark oder reich auch immer sie sein mag, wie organisiert und fähig, kann dieser Bedrohung

allein begegnen. Das Problem kann nur gelöst werden, wenn wir zusammenarbeiten, und das ist genau das, was wir tun müssen.

Die neuen Befugnisse, die diesem Parlament nach dem Vertrag von Lissabon zustehen, teilen Ihnen eine größere Rolle in diesem Kampf zu und auch eine größere Verpflichtung, verantwortlich zu regieren. Die Vereinigten Staaten und dieses Parlament haben damit gerungen, wie die Bürgerinnen und Bürger am besten geschützt werden können, ohne die Grundwerte zu erschüttern, auf denen unsere Gesellschaften beruhen. Ich bin absolut davon überzeugt, dass wir sowohl unsere Bürgerinnen und Bürger schützen als auch unsere Freiheit bewahren müssen und können.

Seit der Amtsübernahme letztes Jahr wurden Präsident Obama und ich von dem Gebot unserer Verfassung, eine noch vollkommeneren Einheit zu gestalten, geleitet. Zu diesem Zweck setzten wir als eine unserer ersten offiziellen Handlungen den Vernehmungspraktiken, die wenig Ergebnisse zeigten und die wir guten Gewissens nicht fortführen konnten, ein Ende.

(Beifall)

Wir ordneten die Schließung des Gefangenenlagers Guantánamo Bay an, das zu einem Symbol der Ungerechtigkeit und zur Parole für Terroristen geworden war.

(Beifall)

Und wir schätzen die Unterstützung – so schwierig sie für Sie war – die Sie uns bei unseren Bemühungen entgegenbrachten.

Wir unternahmen diese Bemühungen da wir, Präsident Obama und ich, ebenso wie Sie, die falsche Entscheidung zwischen Sicherheit einerseits und unseren Idealen andererseits ablehnen. Wir glauben, dass, wenn wir unsere Grundsätze wahren, wir stärker werden und dass, wenn wir Kompromisse eingehen, dies unsere Bemühungen in dem großen Kampf gegen gewalttätigen Extremismus untergraben würde. Denn was ist ihr Ziel? Ihr Ziel ist es, unsere Werte zu verändern – und unser Verhalten. Acht Tage nach dem Angriff vom 11. September sagte ich einer Gruppe von über Tausend Studenten in meinem Land, dass sich durch die Tragödie vom 11. September unser Lebenswandel nicht ändern dürfe, denn genau das war das Ziel der Terroristen. Ich habe ihnen auch gesagt, dass Amerika diesen neuen Kampf nicht allein führen kann.

Diese Worte trafen nicht nur den Ton der Zeit, ich denke, sie haben sich auch als wahr erwiesen – und sie gelten auch noch heute. Ich muss dem Publikum nichts über die stolze Tradition Europas in Bezug auf den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Regierungen, die in ihre Privatsphäre eindringen, erzählen – dies ist eine Verpflichtung, die in der Achtung der immanenten Würde aller Menschen verwurzelt ist. Wir nennen sie unveräußerliche Rechte. Wir haben sie in unserer Verfassung verankert, und auch Amerika ist dem Schutz der Privatsphäre tiefgreifend verpflichtet – ebenso wie es bei Ihnen der Fall ist. Die vierte Änderung unserer Verfassung schützt Einzelne vor unbegründeter Verfolgung und Festnahme durch den Staat, was einer unserer bekanntesten Juristen einst als Recht "allein gelassen zu werden" interpretierte. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat deutlich gemacht, dass die Privatsphäre ein durch die Verfassung geschütztes Grundrecht ist. Wie die EU hat der Oberste Gerichtshof dieses Recht als Angelegenheit der Würde eines jeden Menschen bezeichnet.

Ich persönlich habe in den ganzen 36 Jahren meiner Laufbahn das Recht auf Privatsphäre verteidigt. Im Senat der Vereinigten Staaten bewerten Organisationen diejenigen, die sich am meisten für Bürgerrechte engagieren. Jedes Jahr war ich – und später Präsident Obama – einer der vier Auserwählten. Ich sage Ihnen dies nicht, um mich hier zu rühmen, sondern um Ihnen zu zeigen, wie unsere Regierung den Rechten des Einzelnen verpflichtet ist. Jetzt etwas zu ändern, würde alles Gesagte und all das, wofür ich in den letzten 37 Jahren eingetreten bin, zu einer Lüge machen. Als ich dem Justizausschuss des Senats vorstand, der für die Bestätigung der vom Präsidenten Nominierten zuständig ist, war ich als einer der glühendsten Verfechter der Bürgerrechte bekannt. Für mich war es vorrangig, die Ansichten der künftigen Richter in Bezug auf die Privatsphäre zu erfahren, bevor die Entscheidung fiel, ob sie als Richter bestätigt werden sollten oder nicht.

Präsident Obama und ich sind auch der Ansicht, dass es die erste, grundlegendste und bedeutendste Pflicht einer Regierung ist, ihre Bürgerinnen und Bürger – diejenigen, denen sie dient – sowie ihre Rechte zu schützen. Präsident Obama sagt, dass die Sicherung unseres Landes das erste sei, an das er beim Aufwachen denkt, aber auch das Letzte, bevor er abends zu Bett geht. Ich nehme an, dass ist die Ansicht eines jeden führenden Politikers auf der Welt. Tatsächlich ist, ebenso wie die Privatsphäre, die physische Sicherheit ein unveräußerliches Recht. Eine Regierung, die ihrer Pflicht, die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger zu

gewährleisten, nicht nachkommt, verletzt ihre Rechte ebenso wie eine Regierung, die Dissidenten zum Schweigen bringt oder angeklagte Verbrecher ohne Gerichtsverfahren verurteilt.

Nun, verehrte Zuhörer, sogar heute, während wir hier versammelt sind, nutzen unsere Feinde jede Möglichkeit, um neue und zerstörerische Angriffe durchzuführen, so wie in New York, London, Madrid und an vielen anderen Orten auf der Welt. Um sie aufzuhalten, müssen auch wir alle unsere Möglichkeiten ausschöpfen – Polizei, Militärtechnologien –, die mit unserer Gesetzgebung und unseren Werten in Einklang stehen. Wir kämpfen an vielen Fronten, so etwa die mutigen Männer und Frauen, die im Ausland Militärdienst verrichten oder die geduldrigen und unermüdlichen Mitarbeiter von Strafverfolgungsbehörden, die komplexe und verdächtige Finanznetzwerke untersuchen.

Gerade in dieser Woche nahm unsere Zoll- und Grenzschutzbehörde (Customs and Border Protection) anhand von Fluggastinformationen einen Verdächtigen nach dem versuchten Bombenangriff am New York Time Square, als er gerade aus dem Land flüchten wollte, fest. Es ist wichtig, dass wir alle gesetzlichen Mittel ausschöpfen, um solche Angriffe zu verhindern. Daher sind wir der Ansicht, dass das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus für unsere Sicherheit, aber auch für die Sicherheit Europas, vermute ich, wichtig ist. Es bietet wichtige Hinweise für Antiterrorermittlungen auf beiden Seiten des Atlantik, zerschlägt Verschwörungen und rettet letztendlich Leben. Es verfügt über integrierte Mechanismen, die sicherstellen, dass personenbezogene Daten geschützt und nur zum Zwecke der Terrorismusbekämpfung genutzt werden. Ich werfe Ihnen jedoch nicht vor, das Programm in Frage zu stellen. Wir verstehen Ihre Besorgnis. Somit gehen wir die Probleme gemeinsam an. Dabei bin ich sehr zuversichtlich, dass wir bald erfolgreich sowohl das Instrument nutzen, als auch die Privatsphäre garantieren können. Es ist wichtig, dass wir dies tun, und es ist wichtig, dass wir dies schnellstmöglich tun.

Als früherer Senator der Vereinigten Staaten weiß ich auch, wie schwer es sein kann, schwierige Entscheidungen zu treffen, die aufgrund der globalen Herausforderungen getroffen werden müssen, aber gleichzeitig den heimischen Werten treu zu bleiben. Ich denke, Sie alle kennen das Problem, wenn Sie hier im Parlament ihre Stimme abgeben. Je länger wir in Bezug auf das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus keine Einigung finden, desto größer ist das Risiko eines terroristischen Angriffs, den wir hätten verhindern können. Als politische Führer teilen wir die Verantwortung, alles im Rahmen unserer Gesetzgebung zu unternehmen, um die 800 Millionen Menschen, denen wir gemeinsam dienen, zu schützen. Es gab schon vorher Unstimmigkeiten, es wird auch bestimmt weitere geben. Jedoch bin ich fest davon überzeugt, dass die Vereinigten Staaten und Europa den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, so wie wir es auch im letzten Jahrhundert getan haben, begegnen können, wenn wir miteinander sprechen und einander zuhören, wenn wir ehrlich miteinander umgehen.

(Beifall)

Verehrte Damen und Herren, Mut ist das, was man braucht, um sich zu erheben und zu sprechen. Das hat uns Winston Churchill gelehrt. Es erfordert auch Mut, sich zu setzen und zuzuhören. An diesem Nachmittag habe ich die Rolle des Redners übernommen. Seien Sie versichert, dass ich, meine Regierung und mein Präsident, nun wieder unseren Verbündeten zuhören wollen. Meine Damen und Herren, es ist kein Zufall, dass mich mein erster Besuch als Vizepräsident nach Europa führte, dies gilt auch für den Präsidenten. Es ist auch kein Zufall, dass wir seither mehrere Male zurückgekehrt sind. Die Vereinigten Staaten brauchen Europa, und bei allem Respekt wage ich zu sagen, dass dies auch umgekehrt der Fall ist. Wir brauchen einander mehr denn je.

(Beifall)

Ich sehe den Jahrestag in dieser Woche als willkommene Gelegenheit, um das Bündnis, das unsere Völker vor langer Zeit in den Wirren der Geschichte geschmiedet haben, zu bekräftigen. Nun, wie damals wenden sich die Amerikaner und die Europäer im Streben nach ihren Idealen und bei der Suche nach Partnern erst einander zu, bevor sie sich anderen zuwenden. Heute wie damals fühlen wir uns geehrt und sind dankbar, bei den bevorstehenden Problemen an Ihrer Seite stehen zu dürfen. Das heißt, ich bin heute wieder hier, um klar zu sagen: Präsident Obama und Joe Biden sind große Unterstützer eines geeinten, freien und offenen Europas. Wir sind große Verfechter Ihrer Arbeit. Wir wünschen Ihnen, dass Gott mit Ihnen sei, Gott möge Sie segnen und Gott möge alle unsere Truppen schützen. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsident. – Herr Vizepräsident, ich danke Ihnen vielmals. Dies ist eine großartige Grundlage für unsere künftige Zusammenarbeit und unsere zukünftigen Gespräche. Wie Sie sagten: einander zuhören und miteinander sprechen. Dies ist sehr wichtig.

Ich möchte Ihnen danken, dass Sie die wichtigsten Worte von letzter Woche wiederholt haben: Europa braucht Amerika. Wir erinnern uns an das 20. Jahrhundert – den ersten Weltkrieg, den zweiten Weltkrieg, den Eisernen Vorhang – wir haben Seite an Seite gekämpft, gemeinsam Siege erzielt, als Demokratien. Wie Sie heute hinzugefügt haben, braucht Amerika Europa. Wir werden uns daran erinnern. Dies ist ein guter Anfang für unsere Partnerschaft und Zusammenarbeit.

Herr Vizepräsident, ich danke Ihnen abermals sehr herzlich.

(Beifall)

VORSITZ: Libor ROUČEK

Vizepräsident

12. Stimmerklärungen (Fortsetzung)

Präsident. – Wir haben noch drei Erklärungen zur Stimmabgabe.

Bericht: Andrea Cozzolino (A7-0100/2010)

Laima Liucija Andrikienė (PPE). – Herr Präsident, ich begrüße die Tatsache, dass die Zahl der Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung von Europäischen Mitteln rückläufig ist. Besonders ermutigend ist, dass die Unregelmäßigkeiten im Agrarbereich um ganze 34% zurückgegangen sind. Einer der Faktoren, der zur Verbesserung der Situation beigetragen hat, ist die führende und wettbewerbsfähige Rolle von OLAF. Ich heiße den in unserer Entschliebung verankerten Vorschlag gut, die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten im Bereich der Besteuerung zu verstärken.

Dennoch möchte ich meine tiefe Besorgnis über den Anstieg betrügerischer Aktivitäten in den neuen Mitgliedstaaten, insbesondere Rumänien und Bulgarien, zum Ausdruck bringen. In der EU-10 haben diese um 8% zugenommen, während die Verschuldung für die EU-2 um 152% angestiegen ist. Ich möchte vorbringen, dass ich voll und ganz hinter den Forderungen an Rumänien und Bulgarien stehe, ihre Kapazitäten zur Verwaltung von EU-Mitteln sowie zur Verbesserung der Aufsicht und Transparenz des öffentlichen Auftragswesens auf allen Ebenen auszubauen.

Bericht: Tamás Deutsch (A7-0062/2010)

Laima Liucija Andrikienė (PPE). – Herr Präsident, zunächst möchte ich Herrn Deutsch für seinen ausgezeichneten Bericht danken. Die heutige substantielle Diskussion und unsere Entschliebung, die ich unterstützt habe, sind ein hervorragender Ausgangspunkt für zukünftige Maßnahmen der Europäischen Investitionsbank, insbesondere wenn man die EU-Strategie für 2020 berücksichtigt.

Außerdem möchte ich nochmals die europäischen Regierungen dazu auffordern, die Darlehenskapazität der EIB für unsere Nachbarstaaten zu erhöhen, in erster Linie für jene in Osteuropa, die in besonderem Maße Darlehen und Investitionen benötigen und nicht minder mit den Folgen der Krise zu kämpfen haben. Eine bessere Abstimmung der Richtung, in die die Darlehensvergabe der EIB geht, auf die politischen Ziele der Europäischen Nachbarschaftspolitik sollte in Zukunft stärker gewährleistet sein als in der Vergangenheit.

Entschließungsantrag: Die massenhaften Gewalttaten in Jos, Nigeria (RC-B7-0247/2010)

Laima Liucija Andrikienė (PPE). – Herr Präsident, im Januar und März wurden wir Zeugen von massenhaften Gewalttaten in Nigeria, die Hunderten von Menschen, darunter Frauen und Kindern, das Leben kosteten. Notwendig für Nigeria ist als erstes ein Aussöhnungsprozess und ein friedliches Zusammenleben zwischen den Muslimen im Norden des Landes und den Christen im Süden.

Zweitens muss berücksichtigt werden, dass in Nigeria, obwohl das Land zu den größten Ölproduzenten der Welt zählt, die Mehrheit der Bevölkerung immer noch in Armut lebt. Sie profitiert nicht von der allgemeinen Entwicklung des Landes, daher muss die weitverbreitete Korruption angegangen und wirksam und ernsthaft bekämpft werden.

Drittens sollte die Hilfe der Europäischen Union für Nigeria auf die wichtigsten Probleme, die sensibelsten Themen ausgerichtet sein, damit zumindest einige sichtbare Fortschritte in diesem Land erzielt werden können.

Bastiaan Belder (EFD). – (NL) Herr Präsident, die neuesten Meldungen über die Christen in Jos, die mich diese Woche erreichten, klangen extrem besorgniserregend. Auch in den vergangenen Wochen sind unsere Glaubensgenossen, das heißt Christen, an verschiedenen Orten dieser nigerianischen Stadt ermordet aufgefunden worden. Am Samstag, dem 24. April, haben beispielsweise Mitglieder einer Bande jugendlicher Muslime zwei Journalisten erstochen, die für eine christliche Monatszeitschrift arbeiteten. Die Täter haben mit den Handys ihrer Opfer deren ahnungslose Freunde und Verwandte angerufen, um ihnen mitzuteilen: „Wir haben alle umgebracht, kommt und schaut es euch an.“

Herr Präsident, dies ist charakteristisch für ein Klima der straffreien Gewalt in Nigeria, der vor allem Christen zum Opfer fallen und die seit Beginn des Jahres Hunderte von Toten in und um Jos gefordert hat. Bezeichnenderweise hat ein Beobachter von einer „systematischen religiösen Verfolgung“ gesprochen. Daher sein Aufruf an die internationale Gemeinschaft, und somit auch an die Europäischen Institutionen, den islamischen Extremismus als einen der Hauptgründe für die explosive Situation in Nigeria anzuerkennen, besonders bezüglich Jos, das an einem Schnittpunkt zwischen dem muslimischen Norden und dem christlichen Süden liegt.

Leider – und das möchte ich hiermit kritisieren – ist es das, was der gemeinsamer Entschließungsantrag eben nicht leistet (siehe Absatz 5). Dem Entschließungsantrag mangelt es an einer klaren Position zu dem in Nigeria vorherrschenden islamischen Extremismus. Schlimmer noch, er negiert – und ich zitiere – „vereinfachende Erklärungen, die ausschließlich den religiösen Faktor berücksichtigen“. Auch ich lehne allzu simple Erklärungen ab, dennoch ist diese grobe Vereinfachung vonseiten der EU, von diesem Haus, keinerlei Hilfe für die nigerianischen Christen, deren Leben in diesen Tagen zwischen Hoffnung und Angst schwebt. Das kritisiere ich und aus diesem Grund habe ich mich enthalten.

Seán Kelly (PPE). – Herr Präsident, meiner Ansicht nach ist es erschreckend, dass ein Land mit derartig riesigen Ölreserven wie Nigeria in solche massenhafte Gewalttaten verwickelt sein kann, gleichzeitig allerdings, wenn wir dem Hinweis des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten Glauben schenken, kann die Lösung, die Frieden über das Land bringt, nur im Dialog, Dialog, Dialog und Aufklärung, Aufklärung, Aufklärung liegen.

Mir gefiel Joe Bidens Verweis auf die Worte des irischen Dichters William Butler Yeats: „Furchtbare Schönheit entstand.“ Wir hegen die Hoffnung, dass die furchtbare Schönheit in Nigeria verwandelt werden kann in eine wunderbare Schönheit, bei der Friede und Wohlstand herrschen. Der Europäischen Union kommt hierbei – und gewiss auch für die heutige Debatte – eine entscheidende Rolle zu und mit der Abstimmung haben wir ein Zeichen gesetzt. Ich schätze das sehr.

Präsident. – Das Protokoll dieser Sitzung wird dem Parlament zu Beginn der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt. Wenn es keine Einwände gibt, werden die in der heutigen Sitzung verabschiedeten Entschließungen sofort den in ihnen genannten Empfängern und Organen übergeben.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Bericht: Íñigo Méndez de Vigo (A7-0116-2010)

Sophie Auconie (PPE), schriftlich. – (FR) Ich habe für diese Empfehlung gestimmt, da sie den innovativen, konstruktiven und demokratischen Charakter der Einberufung von Konventen zur Revision der Verträge unterstreicht (beispielsweise, das 1999-2000 abgehaltene Konvent, das die Charta der Grundrechte der Europäischen Union ausgearbeitet hat, und das 2002-2003 abgehaltene Konvent, das den Entwurf eines Vertrags für eine Europäische Verfassung erarbeitet hat), und gleichzeitig den insgesamt außerordentlichen Charakter der Revision der Verträge anerkennt, die durch die Umsetzung von Übergangsmaßnahmen im Bezug auf das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon notwendig geworden ist.

Zusammengefasst muss das Konventsystem genutzt werden, da wir über Vertragsrevisionen sprechen, welche über einfache vorläufige, technische Anpassungen hinausgehen. Aus diesem Grund und dem Beispiel des Berichterstatters, Herrn Méndez de Vigo, folgend, halte ich es für gut, dass das Europäische Parlament „den Vorschlag des Europäischen Rats angenommen hat, das Protokoll Nr. 36 im Rahmen einer Regierungskonferenz ohne Einberufung eines Konvents abzuändern“.

Liam Aylward und Pat the Cope Gallagher (ALDE), *schriftlich*. – (GA) Die Abgeordneten Pat the Cope Gallagher und Liam Aylward haben auf die Tatsache aufmerksam gemacht, dass einzig Irland und Malta das Verhältniswahlssystem zur Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments verwenden. Auch Nordirland verwendet das Verhältniswahlssystem für Europawahlen. Wir sind strikt gegen die Einführung gleichartiger oder identischer Wahlsysteme für die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Seit der Gründung des Staats Irland hat sich gezeigt, dass das Verhältniswahlssystem ein faires und gleichberechtigtes System ist.

David Casa (PPE), *schriftlich*. – Diese Abstimmung bezog sich auf die Möglichkeit der Einberufung eines Konvents zur Revision der Verträge angesichts der Übergangsmaßnahmen, die die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments betreffen. Unter Anbetracht verschiedener Faktoren wie dem vom 22. Februar 2002 bis 18. Juni 2003 abgehaltenen Konvent, sowie jenem, das die Charta der Grundrechte der Europäischen Union ausgearbeitet hat, stimme ich mit der Ansicht des Berichterstatters überein, den Vorschlag des Rats zu unterstützen, die Änderung des Protokolls Nr. 36 besser durch Abhalten einer Regierungskonferenz zu vollziehen als durch Einberufung eines Konvents.

Carlos Coelho (PPE), *schriftlich*. – (PT) Durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon hat sich die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments geändert: Es wird künftig 751 Abgeordnete statt 736 haben. Es werden 18 Abgeordnete aus 12 Mitgliedstaaten hinzukommen. Da durch den Vertrag von Lissabon die Anzahl der Abgeordneten eines jeden Mitgliedstaats nach oben hin limitiert ist, wird Deutschland drei Sitze verlieren. Da es nicht möglich ist, einem Abgeordneten sein Mandat während der Amtszeit zu entziehen, wird das Parlament zwischenzeitlich 754 Mitglieder haben, was erfordert, den Vertrag zu ändern und die Beschränkung der Abgeordnetenzahl auf 751 vorübergehend auszusetzen. Ich vertrete die Meinung, es wäre sinnvoller gewesen, diese neue Struktur bei der Wahl 2014 einzuführen und nicht während der jetzigen Wahlperiode, ich sehe jedoch, dass ein breiter Konsens herrscht, diese Änderungen sofort umzusetzen. Daher stimme ich damit überein, dass der Regierungskonferenz, die einzig dazu einberufen wird, die Übergangsmaßnahmen für die verbleibende Zeit der Wahlperiode zu verabschieden, kein Konvent vorausgeht; dies darf jedoch keinen Präzedenzfall für die Zukunft darstellen.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die Sünde des europäischen Konventsystems besteht, wenn wir uns an die Erfahrungen von Frankreich und den USA erinnern, in der Annahme, über eine Legitimität zu verfügen, die es zum damaligen Zeitpunkt de facto nicht hatte. Aus diesem Grund denke ich, dass das Konvent, das den Entwurf des Vertrags über eine Verfassung für Europa verabschiedete, schließlich die Befugnisse, die ihm verliehen wurden, extrapolierte. Ich wünsche mir von ganzem Herzen, die Ergebnisse wären anders ausgefallen, allerdings ließen die Umstände zur damaligen Zeit dies nicht zu. Ich erachte die Rückkehr zu einem Schema von Regierungskonferenzen als realistischsten Weg, um den Dialog zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten zu gewährleisten, wobei das System auf die spezifischen Probleme ausgerichtet sein sollte, zu deren Lösung es einberufen wurde, so wie in dem Fall, über den wir abgestimmt haben.

José Manuel Fernandes (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ich habe für die Entscheidung gestimmt, kein Konvent zur Änderung der Verträge wegen der Übergangsmaßnahmen in Bezug auf die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments einzuberufen. Ich habe so abgestimmt, weil ich der Überzeugung bin, dass es unnötig ist, ein Konvent einzuberufen, um eine Änderung der Bestimmungen des Vertrags über die Europäische Union zu genehmigen. Ich stimme darin überein, dass der Rat das Protokoll Nr. 36 im Rahmen einer Regierungskonferenz ohne Einberufung eines Konvents abändern sollte.

Jarosław Kalinowski (PPE), *schriftlich*. – (PL) Ich gehe mit dem Verfasser des Berichts absolut konform und möchte erneut daran erinnern, dass in der entscheidenden Mehrheit der Mitgliedstaaten neue Parlamentsabgeordnete bereits gemäß den aktuellen Bestimmungen ernannt worden sind. Deshalb erwarten wir nun die Vorlage des Vorschlags vom Rat zur Abänderung von Protokoll Nr. 36. Dadurch wird den zusätzlichen Abgeordneten ermöglicht, dem Parlament direkt nach der Annahme der Änderung des Protokolls als Beobachter beizusitzen, und mit dessen Inkrafttreten werden unsere neu hinzugekommenen Kollegen ihre Arbeit als vollwertige Mitglieder des Europäischen Parlaments aufnehmen können.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. – (DE) Der Berichterstatter spricht sich gegen ein Konvent aus, weil die Änderungen des Vertrags lediglich Übergangsmaßnahmen darstellen. Ich sehe die Situation anders, zumal es hier auch um demokratiepolitische Probleme geht. Frankreich hat ein anderes Wahlsystem, das nicht die Möglichkeit bietet, demokratisch und direkt per Liste gewählte Kandidaten „nachrücken“ zu lassen. Aus diesem Grund habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Siiri Oviir (ALDE), schriftlich. – (ET) Bei genauer Betrachtung und von einem juristischen Standpunkt aus wird die Entscheidung, die wir treffen, den Vertrag von Lissabon ändern, was die Einberufung eines Konvents vorsieht. Da diese Maßnahme jedoch begrenzt ist und sich auf Übergangsänderungen beschränkt, habe ich mich auf den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz gesetzt und die von 479 Kollegen befürwortete Übergangslösung unterstützt: das heißt die Entscheidungsbefugnis lieber einer Regierungskonferenz zu übertragen als ein Konvent einzuberufen.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE), schriftlich. – Ich habe gegen den Bericht gestimmt, da ich dagegen bin, für die Revision von Verträgen kein Konvent einzuberufen.

Rafał Trzaskowski (PPE), schriftlich. – (PL) Der Beschluss, kein Konvent einzuberufen, war eine der schwierigsten Entscheidungen in Zusammenhang mit der Einführung der 18 neuen Parlamentsabgeordneten. Wir haben diesen Beschluss wohlüberlegt gefasst aus Achtung für dieses Instrument, dessen Ziel es ist, die Legitimität von Beschlüssen hinsichtlich der Grundrechte der EU zu erhöhen. Dies stellt keinen Präzedenzfall für die Zukunft dar. Alle wichtigen Angelegenheit, die Änderungen der Verträge betreffen, wie das Wahlverfahren, werden weiterhin die Einberufung eines Konvents erfordern. Ich möchte dem Berichterstatter, Herrn Méndez de Vigo, wie auch den Koordinatoren für diesen Beschluss danken, denn er ist nicht einfach gewesen. Mit der Ernennung der 18 neuen Abgeordneten gibt es Schwierigkeiten, da einige der Mitgliedstaaten nicht das geeignete Wahlverfahren verwendet haben. Wir haben allerdings den Beschluss gefasst, dass Repräsentativität oberstes Prinzip ist. Dieses Haus sollte vor allem so schnell wie möglich eine ausgewogene Repräsentation erreichen. Wir rufen daher die Mitgliedstaaten auf, diesen Prozess so bald wie möglich zu beenden, und gehen gleichzeitig davon aus, dass alle Abgeordneten durch Direktwahl bestimmt werden.

Bericht: Íñigo Méndez de Vigo (A7-0115-2010)

Sophie Auconie (PPE), schriftlich. – (FR) Ich habe für den erstklassigen Bericht meines Kollegen, Herrn Méndez de Vigo, gestimmt. Tatsächlich muss eine Übergangsmaßnahme gefunden werden, die weder dem Vertrag von Lissabon noch Artikel 5 des Gesetzes von 1976 über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments durch allgemeine unmittelbare Wahlen widerspricht. Eine Erhöhung der Abgeordnetenzahl auf 754 für die verbleibende Zeit der Wahlperiode 2009-2014 ist daher notwendig.

Darüberhinaus bin ich sehr zufrieden mit der Wortwahl in Absatz 6 dieses Berichts, in dem ein einheitliches System für die Wahl der Abgeordneten verlangt wird: „[Das Parlament] setzt den Europäischen Rat davon in Kenntnis, dass es beabsichtigt, demnächst Vorschläge zur Festlegung der Bestimmungen auszuarbeiten, die für die allgemeine und direkte Wahl seiner Mitglieder in Übereinstimmung mit einem einheitlichen Verfahren in sämtlichen Mitgliedstaaten und gemäß für alle Mitgliedstaaten gemeinsamen Grundsätzen notwendig sind, und dass das Parlament eine solche Wahlreform auf der Grundlage von Artikel 48 Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union und Artikel 223 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union in die Wege leiten wird; [das Parlament] besteht ferner darauf, dass ein Konvent, dessen Auftrag in der Reform des Europäischen Parlaments besteht, einberufen wird, um die Änderung der Verträge vorzubereiten.“

Jean-Luc Bennahmias (ALDE), schriftlich. – (FR) Das Europäische Parlament ist übereingekommen, 18 Abgeordnete während dieser Wahlperiode ins Plenum mit aufzunehmen. Diese Übereinkunft bedeutet, dass das Parlament, welches im Juni 2009 gemäß des im Vertrag von Nizza festgelegten Verfahrens gewählt worden ist, konform geht mit dem am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon.

Ich habe dagegen gestimmt, und zwar aus einem Grund, der meiner Meinung nach von zentraler Bedeutung ist: Bei den Europawahlen im Juni 2009 waren die meisten Mitgliedstaaten der Ansicht, die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon stünde unmittelbar bevor. Sie passten die Durchführungsart der Wahlen dementsprechend an. Frankreich hat das nicht getan und keine Vorkehrungen getroffen, um einen sanften Übergang von 72 auf 74 Abgeordnete zu gewährleisten.

Die letztendliche Lösung – die Ernennung von zwei Mitgliedern der Nationalversammlung – ist inakzeptabel. Seit 1979 werden Abgeordnete mittels allgemeiner unmittelbarer Wahl durch die europäischen Bürgerinnen und Bürger gewählt und nicht von den nationalen Parlamenten bestimmt. Dank der allgemeinen unmittelbaren Wahlen können wir mit Recht im Namen aller Europäer sprechen. Dass das Parlament den französischen Kompromiss akzeptiert hat, schafft einen besorgniserregenden Präzedenzfall bezüglich der Nichteinhaltung der Verträge.

Philip Bradbourn (ECR), schriftlich. – Wir begrüßen Maßnahmen, die es den 18 zusätzlichen Mitgliedern gestatten, ihre Sitze im Europäischen Parlament einzunehmen. Sie sollten jedoch bis zum Inkrafttreten der

Übergangsmaßnahmen und sie ihren Sitz als volle Parlamentsabgeordnete einnehmen können, keinen Beobachterstatus erhalten. Als Beobachter hätten die neuen Abgeordneten Anspruch auf ihre Diäten und Aufwandsentschädigungen noch bevor sie stimmberechtigt sind. Das ist falsch und aus diesem Grund hat unsere Delegation gegen diesen Bericht gestimmt.

Françoise Castex (S&D), schriftlich. – (FR) Ich muss die Entscheidung Frankreichs bezüglich der Ernennung der beiden zusätzlichen Abgeordneten, die durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon dazu berufen wurden, ihre Sitze im Europäischen Parlament einzunehmen, aufs Schärfste kritisieren.

Im Gegensatz zu den 11 übrigen von der Reform betroffenen europäischen Staaten, die sich selbstverständlich vorausschauend auf die Ergebnisse der Europawahl im Juni 2009 verlassen haben, hat die französische Regierung ihrerseits entschieden, einfach zwei Mitglieder ihrer Nationalversammlung auszuwählen. Dies ist eine Schande für die Demokratie.

Wir, die französischen Sozialisten, waren nicht der Ansicht, dass die anderen 16 Abgeordneten den Preis für dieses völlige Fehlen an Vorbereitung seitens Frankreichs zahlen sollten und haben daher schließlich die Einberufung einer Regierungskonferenz befürwortet, die es diesen gewählten Abgeordneten ermöglichen wird – zunächst als Beobachter – dazuzustoßen und ihre Rolle als Repräsentanten der europäischen Bürgerinnen und Bürger einzunehmen, welche sie direkt zu diesem Zweck gewählt haben.

Carlos Coelho (PPE), schriftlich. – (PT) Die letzten Europawahlen (im Jahr 2009) fanden statt, bevor der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, weswegen die Zusammensetzung des Parlaments noch immer die war, die im Vertrag von Nizza festgelegt worden war (nämlich mit 736 Abgeordneten). Der Europäische Rat hat der im Jahr 2007 vom Parlament vorgeschlagenen Zusammensetzung zugestimmt, sodass die Zahl von 750 auf 751 erhöht worden ist. Ich erachtete es für besser, wenn die neue Zusammensetzung des Europäischen Parlaments erst mit der nächsten Europawahl 2014 umgesetzt wird. Es herrscht allerdings ein breiter Konsens für eine sofortige Umsetzung vor. Es ist daher notwendig, die Art und Weise zu bestimmen, wie die 18 neuen Abgeordneten (aus 12 Mitgliedstaaten) gewählt werden. Der neue Vertrag setzt eine Höchstgrenze für die Zahl der Abgeordneten aus einem Staat fest, was bedeutet, dass Deutschland drei Sitze abgeben muss. Da es nicht möglich ist, während einer Wahlperiode einem Abgeordneten sein Mandat zu entziehen, werden im Parlament zwischenzeitlich 754 Abgeordnete sitzen. Ich stimme mit der Empfehlung des Berichterstatters, Herrn Mendez de Vigo, überein, dass die neuen Abgeordneten ihren Sitz am selben Tag einnehmen, um regionale Ungleichgewichte der Repräsentanz im Parlament zu vermeiden. Ich lehne eine Ernennung der neuen Abgeordneten durch deren nationale Behörden ab. Ich bin der Überzeugung, die Abgeordneten können ihre Legitimierung einzig durch ihre Wahl erhalten.

Marielle De Sarnez (ALDE), schriftlich. – (FR) Durch den Vertrag von Lissabon wird die Zahl der Abgeordnetensitze von 736 auf 751 erhöht. Da die Wahlen im Jahr 2009 jedoch vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon stattgefunden haben, sind lediglich 736 Abgeordnete gewählt worden. Daher musste unser Parlament neue Regelungen bezüglich seiner Zusammensetzung für die verbleibende Wahlperiode festlegen. Die Delegation Demokratische Bewegung hat aus zwei Gründen nicht für diesen Text gestimmt. Sie kann dem Vorschlag des Rats, eine Regierungskonferenz einzuberufen, ohne ein Konvent aus Repräsentanten der nationalen Parlamente, Staats- und Regierungschefs, Parlament und Kommission zu bilden, nicht zustimmen. Dieses Schnellverfahren „verletzt“ nicht nur den Geist, sondern auch Buchstabe der Verträge. Zudem schafft es einen prekären Präzedenzfall. Die Ernennung zweier Abgeordneter des französischen Nationalparlaments unter den 18 zusätzlichen Abgeordneten stellt einen schweren Angriff auf die primäre Gesetzgebung dar, in der schriftlich fixiert ist, dass Abgeordnete durch allgemeine unmittelbare Wahlen bestimmt werden und nicht von den nationalen Parlamenten. Das einzige positive Ergebnis dieses Vorfalls wird sein, dass er die Notwendigkeit gezeigt hat, das Wahlverfahren des Europäischen Parlaments auf lange Sicht zu reformieren, und vor allem auch dass er auf unsere lange bestehende Forderung nach einem Prozentsatz an Abgeordneten, die für einen bestimmten europäischen Wahlkreis gewählt werden, aufmerksam gemacht hat.

Edite Estrela (S&D), schriftlich. – (PT) Ich habe für diesen Bericht gestimmt, weil in ihm empfohlen wird, dass die 18 zusätzlichen Abgeordneten aus 12 Mitgliedstaaten ihre Sitze einnehmen dürfen, nachdem sie gewählt worden sind. Dass der Rat nicht rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen verabschiedete, wodurch die Abgeordneten ihre Sitze direkt nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon hätten einnehmen können, ist bedauerlich.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Dass der Vertrag von Lissabon nicht rechtzeitig in Kraft getreten ist, um direkt für die Wahlperiode 2009-2014 des Europäischen Parlaments Anwendung zu finden, führte zu einem

Problem, das, wie ich glaube, letztendlich vernünftig und auf eine Art und Weise, die die unumgehbaren Schwierigkeiten von Übergangszeiten widerspiegelt, gelöst wurde. Deshalb wäre es zum einen wenig sinnvoll oder legitim, amtierenden Abgeordneten ihr Mandat zu entziehen, und genauso unbegründet wäre es, den Mitgliedstaaten, denen eine höhere Zahl an Repräsentanten zugewiesen wird, nicht zu erlauben, diese gemäß der in ihrem Wahlsystem geltenden Gesetzgebung zu wählen. Die außergewöhnlichen Umstände rechtfertigen die außergewöhnlichen Maßnahmen vollkommen.

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Es wurde eine Erhöhung der Gesamtzahl der Abgeordneten um 15 (von den ursprünglich im Vertrag von Nizza verankerten 736 auf 751) verabschiedet, wobei es 18 zusätzliche Sitze gibt, die zwischen 12 Mitgliedstaaten aufgeteilt werden. Deutschland wurden drei Sitze entzogen aufgrund der im EU-Vertrag festgesetzten Höchstgrenze. Der Vertrag von Lissabon war zum Zeitpunkt der Wahlen von 2009 noch nicht in Kraft getreten, weshalb diese noch gemäß der Bestimmungen des Vertrags von Nizza abgehalten wurden und im Europäische Parlament momentan 736 Abgeordnete sitzen statt 751. Durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon können jedoch die 18 hinzugekommenen Abgeordneten aus den 12 betroffenen Mitgliedstaaten legitim ihre Sitze einnehmen. Es ist nicht möglich, einem Abgeordneten sein Mandat während der Wahlperiode zu entziehen oder somit auch nicht, die derzeitige Anzahl der Abgeordneten in der deutschen Delegation um drei zu verringern. Aus diesem Grund vertrete ich die Meinung, dass die vom Europäischen Rat geforderte Änderung von Protokoll Nr. 36 direkt auf die neuen Bestimmungen aus dem Vertrag von Lissabon zurückzuführen ist und eine gültige Lösung darstellt, die die Mitgliedstaaten, die Anspruch auf die zusätzlichen Sitze haben, in die Lage versetzt, die entsprechenden Abgeordneten ins Amt zu erheben. Diese 18 Abgeordneten müssen ihre Sitze im Parlament zeitgleich einnehmen, um so das Gleichgewicht zwischen den Nationalitäten im Parlament nicht zu gefährden.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Wie wir feststellen konnten und wie aus dem Bericht ersichtlich ist, setzt der Vertrag von Lissabon nicht nur neoliberale, militaristische und föderalistische Politiken um, sondern er ist auch ein Instrument voller Unklarheiten und Widersprüche, wie die in Protokoll Nr. 36 bezüglich der Bestimmungen zur Zusammensetzung des Europäischen Parlaments. Die Arroganz jener, die den Vertrag befürworteten war derartig groß, dass sie die Regelungen nicht flexibel gestaltet haben, da sie alles daran gesetzt hatten, Referenden zu vermeiden, um so einer Abstimmung der Bevölkerung in den EU-Staaten aus dem Weg zu gehen und einer Wiederholung eines Neins durch die französische und niederländische Bevölkerung zum sogenannten „Verfassungsvertrag“ zu entgehen. Die Iren lehnten dieser Parodie eines Textes ebenfalls ab und erst nach massivem Druck und Erpressung stimmten sie schließlich zu, allerdings erst nach den Europawahlen.

Dieser Bericht zeigt den Versuch einiger Abgeordneter, den föderalistischen Spielraum der EU durch Heraufbeschwören einer demokratischen Legitimität festzuklopfen, die der Vertrag nicht hergab. Jene Abgeordneten versuchen auch, nationale Gesetzgebungen weiter den Interessen der EU unterzuordnen durch Vorschläge, ein einheitliches Wahlverfahren in allen Mitgliedstaaten einzuführen, was in der alleinigen Kompetenz des jeweiligen Mitgliedstaats liegt, und sie fordern, dass ein Konvent zur Reformierung des Europäischen Parlaments einberufen wird, um die Revision der Verträge vorzubereiten.

Bruno Gollnisch (NI), schriftlich. – (FR) Ob die Verträge nun mittels Regierungskonferenz oder durch ein Konvent überarbeitet werden, ändert nichts an der Crux des Problems. Sei es nun durch Inkompetenz, Nachlässigkeit oder politische Fehlkalkulation, Frankreich hat als einziger Staat abgelehnt, die Folgen des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon bezüglich seiner Vertretung im Europäischen Parlament im Voraus zu berücksichtigen, trotz wiederholter Aufforderungen seitens verschiedener Fraktionen, inklusive meiner eigenen. Infolgedessen ist Frankreich nunmehr der einzige Staat von 27, der zwei neue Abgeordnete indirekt durch eine Entscheidung eines nationalen Parlaments bestimmen möchte, dessen Wahlsystem absolut ungerecht ist. All dies stellt eine Verletzung der Verträge an sich und eine Verletzung des Akts von 1976 dar, der die Bestimmung der Abgeordneten durch Direktwahl vorsieht. Mitschuld hieran ist vor allem die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament, die, obwohl sie bei der Wahl 2009 einen herben Rückschlag erlitten hatte, einen der beiden zusätzlichen Sitze erhalten wird. Dies bedeutet Vetternwirtschaft, unterstützt durch dieses Parlament. Um diese Ausnahmesituation zu überstehen, versteckt sich der Berichterstatter unglücklicherweise hinter dem zeitweiligen Charakter der Maßnahme. Zeitweilig? Die neuen französischen Abgeordneten werden ihren Sitz für vier Jahre einnehmen, was noch mehr als 80% der Legislaturperiode ausmacht. Ich hätte von unseren Kollegen mehr Standfestigkeit erwartet hinsichtlich Worttreue und der Verteidigung demokratischer Prinzipien.

Sylvie Guillaume (S&D), schriftlich. – (FR) Ich habe für eine Reihe von Änderungen gestimmt, die die Inakzeptabilität der französischen Lösung unterstreichen, das heißt Abgeordnete des nationalen Parlaments zu bestimmen und in das Europäische Parlament zu delegieren, wo sie ihren Sitz neben 16 anderen

einnehmen, die sich der Wahl vom 7. Juni 2009 gestellt hatten. Meiner Meinung nach widerspricht diese Entscheidung, die eindeutig aufgrund eines vollkommenen Mangel an Vorbereitung getroffen worden ist, den grundlegenden demokratischen Prinzipien und wirft wichtige Fragen bezüglich der demokratischen Legitimität des Europäischen Parlaments auf. Andererseits dürfen wir die Aufnahme der anderen Abgeordneten, deren Ernennung absolut mit dem Geist der Verträge konform geht, nicht blockieren. Dieses Vorkommnis zeigt nur allzu deutlich, dass für die Zukunft eine einheitliche Methode zur Ernennung der Abgeordneten mittels allgemeiner, unmittelbarer Wahlen für uns unausweichlich ist, eine Reform, die mittels Konvent durchgeführt werden sollte.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE), schriftlich. – Ich habe gegen diesen Bericht gestimmt aufgrund unseres Hauptänderungsantrags, in dem festgelegt wurde, dass Mitglieder des Europäischen Parlaments durch allgemeine, unmittelbare Wahl zu bestimmen sind.

Bericht: Íñigo Méndez de Vigo (A7-0115/2010 – A7-0116-2010)

Carlo Casini (PPE), schriftlich. – (IT) Ich habe kategorisch für die beiden von Herrn Méndez de Vigo ausgearbeiteten Berichte gestimmt. Ich bin aus zwei Gründen zufrieden: Der Ausschuss, dem ich vorsitze, hat sofort reagiert und eine vorläufige Übereinkunft getroffen, welche den Weg ebnete für jene, die wir heute im Plenum mit großer Mehrheit beschlossen haben.

Von dieser Warte aus, habe ich das Vorhaben befürwortet, gegen Absatz 5 zu stimmen, welcher auf einem von mir im Ausschuss vorgelegten Änderungsvorschlag zurückgeht, zu unterstreichen, dass die Ernennung der 18 neuen Abgeordneten weitestgehend gemäß den Bestimmungen des Wahlgesetzes von 1976 zu erfolgen hat, das besagt, dass Abgeordnete direkt von den Bürgerinnen und Bürgern Europas gewählt werden. Aus diesem Grund sollte ein automatisches Verfahren bevorzugt werden, das es ermöglicht, jenen Kandidaten einen Sitz im Parlament zu geben, die von denen, die bei der letzten Wahl nicht gewählt worden waren, die meisten Stimmen erhalten hatten. Sollte jedoch das nationale Wahlsystem eine derartige Berechnung nicht ermöglichen, können wir auf eine Bestimmung durch die nationalen Parlamente zurückgreifen.

Entschließungsanträge: Kirgistan (RC-B7-0246/2010)

Mara Bizzotto (EFD), schriftlich. – (IT) Die politische Krise in Kirgistan ist ein weiteres Moment, das zur Destabilisierung der Region Zentralasien beiträgt, eine Region, die, wie wir wissen, für Europa von immenser Bedeutung ist aufgrund der Brisanz des Themas der Energie- und Rohstoffversorgung, und für die Vereinigten Staaten und Russland wegen der strategischen Lage des Landes. Die Krise ist leider das enttäuschende Resultat der Revolution von 2005, die auf wahre Veränderung für die politische Dynamik dieser kleinen ehemaligen Sowjetrepublik hoffen ließ und die – zusammen mit den Ereignissen in den selben Jahren in der Ukraine und Georgien – eine ruhigere geopolitische Zukunft in der gesamten Region anzukündigen schien. Nun erntet Kirgistan unglücklicherweise die bitteren Früchte eines Umbruchs, der nicht stattgefunden hat, und die Resolution, über die wir abstimmen, enthält die notwendigen und geeigneten Richtlinien, die dieses Haus an die Organe der EU weiterleiten sollte, die in internationalen und diplomatischen Expertenrunden direkt mit der Kirgistan-Problematik zu tun haben werden. Es ist zu hoffen, dass die Kommission und der Rat dauerhaft zusammen an diesen Richtlinien arbeiten und dies vor allem mit der gebotenen Dringlichkeit tun, was in anderen Fällen, auch kürzlich, nicht getan wurde und nicht zu entschuldigen ist. Es war die aufrichtige Hoffnung, die europäischen Maßnahmen würden einen positiven Einfluss auf die Stabilisierung Kirgistans haben, die mich bewegte, für den gemeinsamen Entschließungsantrag zu stimmen.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Die Großmächte streiten sich um ein aus dem Zerfall der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangenes Produkt, Kirgistan, das anscheinend in politischer Unruhe versunken ist und dessen politisches und soziales Gefüge zerfällt, etwas, das von den Institutionen der EU und auch den Regierungen der Mitgliedstaaten besser überwacht werden muss. Die relativ große Wissenslücke Europas bezüglich der zentralasiatischen Republiken muss geschlossen werden und es müssen Wege zur Vernetzung und Kommunikation gesucht werden, die einen besseren Zugang zu Information und eine genauere Überwachung der jeweiligen Situation ermöglichen. Ich begrüße die Entschlossenheit der Europäischen Union, die Themen Freiheit, Demokratie und Menschenrechte als zentralen Punkt in die Agenda für Kirgistan aufzunehmen. Ich hoffe außerdem, dass die Übergangsregierung ihr Wort hält und Reformen auf den Weg bringt, die diese Fragen berücksichtigen. Die Ankündigung der Ausrufung von Wahlen und eines Verfassungsreferendums sind ein hoffnungsvolles Signal für die nahe Zukunft.

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Unabhängigen Beobachtern zufolge fand bei der Präsidentschaftswahl in Kirgistan im vergangenen Jahr, bei der Kurmanbek Bakijew wiedergewählt worden

ist, massiver Wahlbetrug statt. Zudem haben sich Bakijews anfängliche demokratische Tendenzen zu einem autoritären Regierungsstil gewandelt. Infolge von Massendemonstrationen war Präsident Bakijew gezwungen, aus der Hauptstadt zu fliehen, und an seine Stelle trat eine Interimsregierung unter der Oppositionsführerin Rosa Otunbajewa, die ein Dekret zur Machtübertragung erließ sowie eine Bestimmung zur Einhaltung der kirgisischen Verfassung. Währenddessen verließ Bakijew das Land und fand in Kasachstan Zuflucht. Durch seine strategisch Lage mitten in Zentralasien ist Kirgistan sowohl für die Vereinigten Staaten als auch Russland von großem Interesse. Die EU und Zentralasien teilen Herausforderungen in den Bereichen Energie, dem Kampf gegen den Klimawandel, der Kontrolle über den Drogenhandel und der Terrorismusbekämpfung. Aus diesem Grund muss die EU aktiv auf die Interimsregierung zugehen, um Möglichkeiten zu schaffen und zu nutzen, wie verantwortungsvolle Regierungsführung, die Unabhängigkeit der Justiz und andere in der EU-Strategie für Zentralasien niedergelegte politische Ziele gestärkt werden können.

Jacek Olgierd Kurski (ECR), schriftlich. – (PL) Als Mitverfasser des Entschließungsantrags des Europäischen Parlaments zu Kirgistan möchte ich allen Kollegen meinen Dank aussprechen, die heute für dieses Dokument gestimmt haben. Besonderen zu erwähnen ist die von der kirgisischen Interimsregierung geäußerte Absicht, die Arbeit an einer Verfassungsreform aufzunehmen und zügig die Grundlage zur Durchführung von demokratischen Parlamentswahlen zu schaffen. Daher der Aufruf an die Übergangsregierung, den internationalen Verpflichtungen Kirgistans nachzukommen und sicherzustellen, dass die Wahl frei und fair ablaufen wird. Mit Sorge verfolgen wir die Ereignisse in Kirgistan, auch in Bezug auf die Aufrechterhaltung eines durchgehenden Versorgungskorridors für die NATO und andere internationale Truppen, die an der Afghanistan-Mission teilnehmen. Es ist unabdingbar, dass die Europäische Union und das Europäische Parlament die Situation in Kirgistan sorgsam beobachten, dass essentielle Hilfe geleistet wird und dass der Dialog zwischen sämtlichen Bevölkerungsgruppen in Kirgistan unterstützt wird.

Bogdan Kazimierz Marcinkiewicz (PPE), schriftlich. – (PL) Ich habe für den Entschließungsantrag zu Kirgistan gestimmt, weil ich die Ansicht vertrete, als Mitglied der Delegation für Zentralasien verpflichtet zu sein, einer Nation, die sich in den vergangenen Wochen in einer derartig schwierigen Lage wiederfand, zumindest diese Unterstützung zukommen zu lassen. Die Entschließung ruft zu einem Ende der Gewalt auf, zum Dialog zwischen den Konfliktparteien und zur Wahrung des Rechts auf Freiheit, der Menschenrechte und rechtsstaatlicher Prinzipien, und sie betont die Wichtigkeit eines kohärenten und soliden konstitutionellen Rahmens zur Sicherung der Demokratie. Ich glaube daher, dass das internationale Hilfsprogramm so schnell wie möglich ins Leben gerufen werden sollte und dass die EU dabei eine führende Rolle übernehmen sollte.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Die Situation, wie sie momentan in Kirgistan herrscht, ist besorgniserregend, besonders da das Land sich in einem sehr wichtigen Teil Zentralasiens befindet, mit geostrategischer Nähe zu Afghanistan und an das Ferghanatal angrenzend. Notwendig zur Klärung der Verantwortlichkeiten ist eine von den Vereinten Nationen geleitete Untersuchung der Ereignisse. Es ist wichtig, dass der Sonderbeauftragte für Zentralasien die Lage sehr genau beobachtet und eng mit der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und dem Vize-Präsident der Europäischen Kommission zusammenarbeitet.

Wojciech Michał Olejniczak (S&D), schriftlich. – (PL) Der Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments Nr. RC-B7-0246/2010 vom 6. Mai 2010 zur Lage in Kirgistan ist die gemeinsame an Kirgistan und dessen oberste Instanzen gerichtete Stimme Europas. Der Entschließungsantrag zu Kirgistan ist ein wichtiges Signal von der Europäischen Union und Gesamteuropa. Wir sollten sowohl den Bewohnern des Landes als auch den kirgisischen Obrigkeiten – nicht bloß durch Entschließungen wie diese – demonstrieren, dass wir die Stärkung der Demokratie, die gesellschaftliche Entwicklung, die Sicherheit der Bevölkerung und nachhaltiges Wachstum unterstützen.

Das Europäische Parlament muss eine Institution sein, die jegliche Perspektiven der Demokratie unterstützt und keine Abweichung von diesem Weg akzeptiert. Die Entwicklung in Kirgistan ist die Folge der letzten Jahre und der Kurzlebigkeit der mit der Tulpenrevolution verknüpften Hoffnungen. Dem Wahlbetrug und der abgeschwächten Form des Autoritarismus, der in Kirgistan Einzug gehalten hat, kann und wird nicht mit Gleichgültigkeit begegnet werden. Wir können und werden nur demokratische Maßnahmen unterstützen, da diese das Fundament der Europäischen Union sind. Mit anderen Maßnahmen als solchen können wir uns nicht einverstanden erklären. Ich hoffe, dass die Entschließung zu Kirgistan einer von vielen Schritten ist, die wir noch unternehmen werden. Das erwartet ganz Europa von uns.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE), schriftlich. – Ich habe, wie die überwiegende Mehrheit, für die Entschließung inklusive der beiden während der Abstimmung vorgebrachten mündlichen Änderungsanträge gestimmt.

Vilja Savisaar (ALDE), *schriftlich*. – (ET) Die Ereignisse, die bereits vor einem Monat, Anfang April, in Kirgistan stattgefunden haben, zeigen folgenschwere Auswirkungen sowohl auf die landesinterne Regierungssituation als auch auf die internationalen Beziehungen. In der Folge hat Russland seinen Einfluss in Kirgistan sowohl militärisch als auch wirtschaftlich verstärkt, was aufgrund der früheren wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den beiden Ländern zu erwarten war. Gleichzeitig hat Russland wirtschaftliche Hilfe zugesagt, sowohl durch direkte finanzielle Unterstützung als auch durch den Verkauf von Gas und Öl zu einem günstigen Preis. Der heutige Bericht macht im Wesentlichen darauf aufmerksam, dass die Europäische Union und die UN mithelfen müssen, sicherzustellen, dass eine demokratische Regierung gewählt wird und dass den Menschenrechtsverletzungen in diesem Land ein Ende gesetzt wird.

Sicherlich besteht der Wunsch, der Korruption sowohl im öffentlichen Sektor als auch im Justizwesen Einhalt zu gebieten, was möglicherweise eine Reform des öffentlichen Sektors und eine Garantie der Unabhängigkeit der Justiz erfordert. Allerdings ist all das unmittelbar mit der wirtschaftlichen Lage des Landes verknüpft, weshalb eine Zusammenarbeit zwischen der EU, der UN und Russland erforderlich ist, da ansonsten Kirgistan keine Priorität eingeräumt wird; die „Großmächte“ werden stattdessen versuchen, die Situation zu ihrem eigenen Vorteil zu nutzen. Ich unterstütze aus genannten Gründen die Entschließung, die alle Parteien zur Zusammenarbeit aufruft, um die Wahrung der Menschenrechte und die Entwicklung der Demokratie, sowie die Reform des öffentlichen Sektors und die Unabhängigkeit der Justiz sicherzustellen. Ich bin allerdings der Meinung, dass noch einige Zeit verstreichen muss, bis dieses Land das gewünschte Niveau der Demokratie erreicht, denn, damit das geschieht, muss die Vergabe von Posten über offenen Wettbewerb erfolgen und nicht mehr durch Verteilung an Familienmitglieder.

Entschließungsantrag: Elektrofahrzeuge (B7-0261/2010)

Maria Da Graça Carvalho (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ich begrüße die jüngste Mitteilung zu sauberen und energieeffizienten Fahrzeugen. Elektroautos auf den Markt zu bringen, könnte der europäischen Industrie einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass Europa im Automobilsektor momentan weltweit führend ist, ein Wettbewerbsvorteil, der nicht aufs Spiel gesetzt werden darf. Daher appelliere ich an die Kommission und die Mitgliedstaaten, die notwendigen Voraussetzungen zur Schaffung eines Binnenmarkts für Elektrofahrzeuge zu erarbeiten. Vor einer Harmonisierung der Standards für Batterien und kompatible Ladestationen in den verschiedenen Mitgliedstaaten möchte ich jedoch warnen. Weiterhin ist es wichtig, steuerliche Anreize und adäquate Strompreise für die Verbraucher zu schaffen. Ein weiterer zentraler Punkt ist die Modernisierung der Stromversorgungsnetze. Wir brauchen mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung bezüglich intelligenter Stromnetze und Batterietechnologie, um Primärmaterialien energieeffizienter nutzen zu können. Aus den oben genannten Gründen fordere ich dazu auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um Europas Führungsposition auf dem Automobilsektor zu erhalten.

Edite Estrela (S&D), *schriftlich*. – (PT) Ich habe für den Entschließungsantrag gestimmt, da ich die Meinung vertrete, Elektrofahrzeuge können einen Beitrag zur Verwirklichung der Prioritäten der EU-Strategie 2020 leisten, die in der Entwicklung einer wissens- und innovationsbasierten Wirtschaft besteht, die Rohstoffe effizienter nutzt; mit anderen Worten eine, die umweltschonender und wettbewerbsfähiger ist.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) In einer Zeit, in der die Debatte über CO₂-Emissionen unvermeidbar geworden ist, weil sie im Zentrum der Diskussionen über den Klimawandel steht, und in der aufgrund der Volatilität der Brennstoffpreise die momentane Abhängigkeit von Erdöl und dessen Derivaten – zumindest auf lange Sicht – untragbar ist, ist es unabdingbar, Alternativen zu finden. Aus diesem Grund müssen durch Innovation, welche in den Dienst wirtschaftlicher und sozialer Bedürfnissen gestellt worden ist, Lösungen gesucht werden, die aus wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Sicht sinnvoll sind. Elektrofahrzeuge stellen eine bedeutende Innovation mit hohem Marktpotential dar, insbesondere auf lange Sicht gesehen, da sie geringere Emissionen an CO₂ und anderen Schadstoffen mit sich bringen und dazu verbesserte Energieeffizienz und die Förderung von Innovationen, die auf Technologieführerschaft basieren. Aus den soeben genannten Gründen muss eine Strategie für Elektrofahrzeuge ins Leben gerufen werden zur Unterstützung der Industrie bei der Entwicklung sauberer und sinnvoller Technologien und zur Schaffung eines Binnenmarktes für Elektrofahrzeuge. Ich muss allerdings nochmals betonen, dass die Ausarbeitung einer europäischen Strategie nicht die Schaffung einer Unmenge von komplexen Regeln bedeuten darf, die schwer auf der Industrie lasten und die Entwicklung und die Realisierbarkeit der Strategie gefährden würden.

José Manuel Fernandes (PPE), *schriftlich*. – (PT) Durch die Herausforderungen in Zusammenhang mit dem Klimawandel, den Ausstößen von CO₂ und anderen Schadstoffen, sowie durch die Volatilität der Brennstoffpreise ist ein positives Klima zur weltweiten Entwicklung von Elektrofahrzeugen entstanden.

Elektrofahrzeuge tragen zur Verwirklichung der Prioritäten der Strategie „EU 2020“ bei, die darin bestehen, Innovation und Wissen zu fördern (intelligentes Wachstum), eine ressourceneffizientere und umweltfreundlichere Wirtschaft voranzutreiben (nachhaltiges Wachstum) und Wirtschaftswachstum durch die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erlangen (integratives Wachstum). Es gilt, die Kostenintensität von Elektrofahrzeugen – hauptsächlich aufgrund der Batteriepreise – zu senken, und das erfordert Forschung und Innovation. Daher begrüße ich die Priorität, die der spanische Ratsvorsitz der Entwicklung von Elektrofahrzeugen im Rahmen des Kampfes gegen den Klimawandel eingeräumt hat, und die Mitteilung der Kommission über die europäische Strategie für saubere und energieeffiziente Fahrzeuge vom 27. April 2010. Meiner Meinung nach müssen die für einen Binnenmarkt für Elektrofahrzeuge notwendigen Bedingungen geschaffen und gleichzeitig eine effiziente Koordination der Maßnahmen auf EU-Ebene etabliert werden, um negative Folgen, insbesondere für den Bereich Beschäftigung, zu umgehen. Eine solche Koordination fördert ebenfalls Kompatibilität und Interoperabilität.

João Ferreira (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Wir erachten die Entwicklung von Elektroautos als Alternative zu Fahrzeugen, die fossile Brennstoffe verwenden, als unerlässlich. Angesichts der Luftverschmutzung durch solche Fahrzeuge und der unaufhaltsamen Erschöpfung der fossilen Energiereserven – insbesondere von Erdöl – in wenigen Jahrzehnten, für den leider sehr wahrscheinlichen Fall, dass das derzeitige Energie-Paradigma bestehen bleibt, ist die Entwicklung von Elektrofahrzeugen eine wichtige Option, die nicht unberücksichtigt bleiben sollte. Die Einschränkungen und Probleme, die immer noch mit solchen Fahrzeugen verbunden sind und die in der Debatte Erwähnung fanden, dürfen dennoch nicht ignoriert werden. Es ist, wie bereits erwähnt, nicht ratsam, aufgrund dieser Einschränkungen und Probleme, wirtschaftliche oder vermarktungsbezogene Risiken einzugehen. Sie sind vielmehr ein Warnsignal, das aufmerksam machen will auf den „Bedarf an weiteren Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, um die Eigenschaften von Elektrofahrzeugen zu verbessern und ihren Preis zu senken“. Insgesamt muss das im Bericht erwähnte „Ziel eines CO₂-armen Verkehrssystems bis 2050“ eine deutlich gesteigerte Entwicklung verschiedener Massen- und öffentlicher Verkehrsmittel umfassen und deren Nutzung fördern, so dass sie allen zugänglich sind; Elektrofahrzeuge müssen dabei eine wichtige Rolle spielen.

Sylvie Guillaume (S&D), schriftlich. – (FR) Ich habe für den Entschließungsantrag gestimmt, der unter anderem die Standardisierung von Ladestationen für Elektrofahrzeuge vorsieht, da die Europäische Union und unsere Bürgerinnen und Bürger von der Entwicklung eines europäischen Markts für Elektrofahrzeuge – und selbst von der Schaffung eines globalen Markts – nur profitieren können. Daher stärken diese Maßnahmen die Position der EU im Kampf gegen Umweltverschmutzung und im Umweltschutz, indem sie den Rahmen zur Nutzung von sauberen Fahrzeugen schaffen, unabhängig vom Fahrzeugtyp. Außerdem wird die Förderung von Forschung und Innovation erleichtert, was wiederum positive Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union im Bereich Technologie hat. Die Annahme dieses Entschließungsantrags kündigt den Beginn eines neuen Gesellschaftsmodells an, das die verschiedenen Herausforderungen (umweltpolitische, soziale, technologische, demografische, usw.) berücksichtigt. Ich setze bei diesem Vorhaben auf die Unterstützung der anderen Institutionen der Europäischen Union.

Iosif Matula (PPE), schriftlich. – (RO) Ich bin dafür, dass die Förderung von Elektrofahrzeugen als mittel- und langfristige Priorität anvisiert wird. Wir müssen Möglichkeiten finden, die Mitgliedstaaten zur Umsetzung einer gemeinsamen Strategie zur Standardisierung von Elektrofahrzeugen zu ermutigen. Mit Sicherheit werden durch eine erfolgreiche Strategie die Kosten für die Verbraucher sinken und so Elektrofahrzeuge attraktiver werden. Eine fehlende Koordination auf EU-Ebene bedeutet nicht nur höhere Kosten für die Verbraucher. Auch die Hersteller werden ihre unterschiedlichen Industrienormen standardisieren müssen, was direkte Auswirkungen auf die Kosten haben wird. Aus diesem Grund glaube ich, dass, wenn wir uns in die gewünschte Richtung bewegen wollen, das Standardisierungsverfahren ein zentraler Aspekt sein muss. Es gilt, Wege zu finden, die europäischen Konsumenten zur Nutzung von Elektrofahrzeugen zu ermutigen. Meiner Meinung nach kommt den lokalen Behörden hierbei eine wichtige Rolle zu. Sie können den europäischen Verbrauchern mit gutem Beispiel vorangehen und sie auch durch die Schaffung von Infrastruktureinrichtungen und Vorteilen hinsichtlich verschiedener Abgaben, wie Parkgebühren oder Umweltabgaben, bestärken. Ich denke, wenn die Institutionen der EU Elektrofahrzeuge benützten, würden sie ebenfalls mit gutem Beispiel vorangehen und ein äußerst positives Zeichen setzen. Probeweise sollte sobald wie möglich eine Miniflotte von Elektroautos als Alternative zu den jetzigen Fortbewegungsmitteln angeschafft werden.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Die wachsende Besorgnis über CO₂-Emissionen und Klimawandel haben die dringenden Notwendigkeit einer schnellen Entwicklung geschaffen, damit Elektrofahrzeuge eine sinnvolle Alternative zu den heutigen Fahrzeugen werden. Eine verstärkte Nutzung dieses Verkehrsmittels wird einen

äußerst positiven Beitrag zur Verwirklichung der in der Strategie „Europa 2020“ festgelegten Ziele leisten. Die EU muss daher erheblich in die Schaffung eines Versorgungsnetzwerks für das gesamte europäische Territorium investieren. Es müssen auch entscheidende Schritte unternommen werden, um mehrere Hindernisse zu überwinden, die derzeit diesen Verkehrsmitteltyp unattraktiv machen.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – Angesichts der knapper werdenden Ressourcen können sich Elektrofahrzeuge – sofern noch weiter daran entwickelt wird – sicherlich zu einer echten klimafreundlichen Alternative entwickeln. Allerdings nur dann, wenn sie sowohl in der Herstellung als auch im Betrieb wirklich ressourcenschonend und umweltfreundlich sind. Momentan jedenfalls stecken Elektro- und Hybrid-Antriebssysteme noch in den Kinderschuhen, und es gilt für einen einheitlichen Rahmen zu sorgen, ohne diese Technologie gegenüber anderen alternativen Antriebssystemen zu bevorzugen. In dem vorliegenden Vorschlag werden andere alternative Antriebssysteme zu wenig berücksichtigt, weshalb ich mich der Stimme enthalten habe.

Georgios Papanikolaou (PPE), *schriftlich*. – (EL) Eine Unterstützung der Entwicklung von Elektrofahrzeugen kann eine Reihe von Vorteilen mit sich bringen. Die Förderung von Elektroautos wird durch den Übergang zu saubereren und ausgereifteren Technologien wesentlich zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen, sowie dazu, Innovation voranzutreiben und unsere Energieabhängigkeit zu reduzieren. Die Entwicklung dieser Technologie umfasst auch bestimmte Aspekte, die genau durchdacht werden müssen, wie die Überwindung von administrativen Hürden aber auch anderer Barrieren, die negative Auswirkungen auf die Verbreitung von umweltfreundlichen Autos haben könnten und die Schaffung von Anreizen zur Umschulung der Beschäftigten der Automobilbranche, damit sie die benötigten Fähigkeiten erlangen, beeinträchtigen könnten. Meiner Ansicht nach ist der Entschließungsantrag ein sehr solides Dokument, da alle oben erwähnten Problematiken angesprochen werden, weswegen ich auch für ihn gestimmt habe.

Aldo Patriciello (PPE), *schriftlich* – (IT) Um die Folgen der diskutierten Maßnahmen einschätzen zu können, ist es notwendig, die von der Kommission erwähnten Statistiken zu analysieren. Im Jahr 2007 lebten de facto 72% der europäischen Bevölkerung in städtischen Gebieten, welche der Schlüssel zu Wachstum und Beschäftigung sind. Städte brauchen effiziente Verkehrssysteme, um die Wirtschaft zu fördern und das Wohlbefinden ihrer Einwohner sicherzustellen.

Etwa 85% des europäischen BIPs wird in den Städten produziert. Städtische Gebiete haben heutzutage die Aufgabe, Verkehrssysteme in Bezug auf Umweltfaktoren (CO₂, Luftverschmutzung, Lärm), Wettbewerb (Überfüllung) und soziale Faktoren (demografischen Veränderungen, Integration, Gesundheit) nachhaltig zu gestalten. Für den Erfolg der EU-Gesamtstrategie zum Klimawandel, um das "20-20-20"-Ziel zu erreichen und Zusammenhalt zu fördern ist es ebenfalls von größter Bedeutung, dass wir uns dieser Herausforderung stellen.

Neun von 10 EU-Bürgerinnen und Bürgern sind der Meinung, die Verkehrssituation in ihrer Umgebung sollte verbessert werden. Ich bin überzeugt, dass koordinierte Maßnahmen auf EU-Ebene dazu beitragen können, die Märkte der neuen Technologien für umweltfreundliche Fahrzeuge und alternative Treibstoffe zu stärken. Die Verbraucher können auf diese Weise ermutigt werden, sich auf lange Sicht für umweltfreundlichere Fahrzeuge oder Beförderungsmittel zu entscheiden, seltener die überlasteten Fahrtwege zu nutzen oder zu anderen Zeiten zu fahren. Ohne Vorbehalte unterstütze ich diese Initiativen, die darauf abzielen, mittel- oder langfristig unsere Gewohnheiten sowie die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung der gesamten Europäischen Union zu verbessern.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE), *schriftlich*. – Ich habe mich meiner Fraktion angeschlossen und für diese Entschließung gestimmt, obwohl unser Änderungsantrag bezüglich einer beschleunigten Überprüfung der Rechtsvorschriften für die Fahrzeug-Typengenehmigung nicht angenommen wurde.

Entschließungsanträge: Kfz-Gruppenfreistellungsverordnung (B7-0245/2010)

Sophie Auconie (PPE), *schriftlich*. – (FR) In Europa sind 380 000 Geschäftsbertriebe am Vertrieb von Kraftfahrzeugen und Dienstleistungen im Kfz-Sektor beteiligt. Bei fast allen handelt es sich um kleine und mittelständische Unternehmen, die insgesamt 2,8 Millionen Menschen beschäftigen. Seit 1985 ist der Kfz-Sektor durch eine Freistellungsverordnung im Rahmen des europäischen Wettbewerbsrechts geregelt, damit dessen spezielle Besonderheiten berücksichtigt werden: nämlich die oligopolistische Situation sowie die äußerst technische Natur und lange Lebensdauer der Produkte. Nun schlägt die Kommission jedoch vor, die bestehenden Ausnahmeregelungen für den Verkauf von Neufahrzeugen abzuschaffen. Lediglich für den sekundären Markt (Instandsetzungs- und Wartungsdienstleistungen sowie Ersatzteilversorgung) würden

die besondere Freistellungsverordnungen bestehen bleiben. Dieser Entschließungsantrag, den ich bereits im Ausschuss für Wirtschaft und Währung unterstützt habe und für den ich heute im Plenum erneut meine Stimme abgegeben habe, trägt eine klare Botschaft des Europäischen Parlaments. Er folgt auf eingehende Konsultationen mit der Kraftfahrzeugbranche. Er ruft die Kommission auf, die verschiedenen Faktoren zu berücksichtigen, die die Balance des Machtverhältnisses zwischen Kraftfahrzeugherstellern und -vertrieben zulasten der Verbraucher beeinträchtigen könnten.

George Sabin Cutaş (S&D), *schriftlich*. – (RO) Ich habe meine Stimme für diesen Entschließungsantrag gegeben, da er die Probleme hervorhebt, die dem Vorschlag der Europäischen Kommission zur Kfz-Gruppenfreistellungsverordnung anhaften.

Die Empfehlung der europäischen Exekutive, bestimmte Klauseln in der in dem Bereich bestehenden Verordnung zu ändern, und speziell Autohändlern die Verpflichtung aufzuerlegen, bis zu 80% ihrer Verkäufe mit einer einzigen Automarke zu machen, könnte eine erhöhte Abhängigkeit von den Herstellern zur Folge haben, was das Risiko eines eingeschränkten Wettbewerbs in der Branche in sich birgt und sich nachteilig auf die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher auswirkt.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Da die Europäische Kommission mit der Überprüfung der Rechtsvorschriften für Kraftfahrzeuge begonnen hat, besonders die Verordnung (EG) Nr. 1400/2002 („Kfz-GVO“) und die Verordnung (EG) Nr. 2790/1999 („AGVO“), darf nicht vergessen werden, dass die Union und ihre Mitgliedstaaten momentan eine nie dagewesene Wirtschafts- und Finanzkrise durchlaufen, die reale und schwerwiegende Auswirkungen für den Kfz-Sektor hat. Der Sektor stellt nach wie vor einen grundlegenden Bestandteil der europäischen Wirtschaft dar und trägt zu Beschäftigung, technischer Innovation und Wettbewerbsfähigkeit bei. Vor diesem Hintergrund müssen die neuen Vorschriften die Notwendigkeit berücksichtigen, mittel- und langfristige Voraussetzungen für die Nachhaltigkeit der europäischen Automobilindustrie zu schaffen, damit sie auf dem Gebiet der Technologie und Innovation führend und wirtschaftlich nachhaltig bleiben kann. Vor dem Hintergrund der soeben durchgeführten Abstimmung zu Elektrofahrzeugen, ist unabdingbar, dass durch den neuen gesetzlichen Rahmen für die Herstellung und Nutzung derartiger Fahrzeuge sowie für Umweltforschung und Entwicklung von Automobilen, die umweltverträglicher sind und weniger Schadstoffe emittieren, Anreize geschaffen werden.

Bruno Gollnisch (NI), *schriftlich*. – (FR) Wir haben gegen diesen Entschließungsantrag gestimmt, der die aktuelle Revision der Wettbewerbsregeln für Vertrieb und Instandsetzung im Kfz-Sektor grundsätzlich gutheißt. Er bejaht de facto den Wegfall der Freistellung und die Anwendung des allgemeinen Wettbewerbsrechts. Es werden sich wie immer, unter dem Deckmantel einer vorangegangenen Beratung, die Lobbys durchsetzen, die den größten oder wirksamsten Einfluss haben, die jedoch nicht unbedingt für die Branche repräsentativ sind, ganz zu schweigen vom Grundsatz eines für alle vorteilhaften Wettbewerbs. Die Anstrengungen der in dem Feld Tätigen, sich auf das geltende Gemeinschaftsrecht einzustellen, werden wiederum rückgängig gemacht. Zugegebenermaßen, ob sie rückgängig gemacht werden oder nicht, es wird zumindest gehandelt. Es stellt sich nur die Frage, ob die Zielsetzung der Kommission, im Besonderen die der Generaldirektion für Wettbewerb, darin besteht, ihre Existenz durch die Verabschiedung von Gesetzen zu rechtfertigen, statt gesetzliche Vorschriften umzusetzen, die den Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen für Dienstleistungen und Produkte entsprechen, Anforderungen, die in allen Bereichen geboten sind, insbesondere jedoch im Kfz-Sektor.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. – (DE) Die von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen laufen besonders den Interessen kleiner und mittelständiger Unternehmen in der Kfz-Branche zuwider. Die Branche wird zudem von einer Reihe komplexer Vorschriften geregelt (bezüglich Sicherheit und Umweltverträglichkeit zum Beispiel), weshalb das Wettbewerbsrecht auf den marktspezifischen Besonderheiten basieren muss. Aus diesem Grund habe ich gegen den Vorschlag der Kommission gestimmt.

Aldo Patriciello (PPE), *schriftlich*. – (IT) Im Juli 2002 hat die Kommission die Kfz-Gruppenfreistellungsverordnung für Vertriebsbindungen, die die Verordnung (EG) Nr. 1475/95 ersetzt, verabschiedet.

Die Wettbewerbspolitik der Kommission ist vorrangig darauf ausgerichtet, den betroffenen Unternehmen zu ermöglichen, von einer Sicherheitszone zu profitieren, und zwar durch die Verabschiedung von Gruppenfreistellungsverordnungen, die eine wirksame Überwachung der Märkte garantieren sollen. Gruppenfreistellungen tragen daher zu Rechtssicherheit und zu einer konsequenten Anwendung europäischer Vorschriften bei. Ich muss daher betonen, dass die Bedeutung dieser Debatte faktisch darin besteht, die Richtlinien zu umreißen, die den künftigen Rechtsrahmen untermauern werden, der nach Ablauf der

bestehenden Verordnung die Vereinbarungen zum Vertrieb von Kraftfahrzeugen und den damit verbundenen Kundendienst bestimmen soll.

Um den angemessenen Anwendungsbereich einer Gruppenfreistellung für den Kfz-Sektor zu bestimmen, muss die Kommission daher den Wettbewerbsbedingungen auf den wichtigen Märkten Rechnung tragen und grundlegend zwischen den Märkten für den Verkauf von Neuwagen und den Märkten für Instandsetzungs- und Wartungsdienstleistungen und/oder für Ersatzteilhandel unterscheiden. Ich kann die Bedeutung einer Unterstützung solcher Vorschläge nur wiederholen. Individuelle Initiativen fallen weg, zu Gunsten von Wettbewerb zwischen Händlern und Werkstätten, und die Entwicklung des Sektors wird gestärkt.

Robert Rochefort (ALDE), schriftlich. – (FR) Die sogenannte „Freistellungsverordnung“, die im Jahr 2002 auf EU-Ebene eingeführt wurde, um den Wettbewerb im Kfz-Sektor zu erhöhen und spürbaren Nutzen für die Verbraucher zu erzielen, steht kurz vor Ablauf ihrer Geltungsdauer. In dem Vorschlag für eine Überarbeitung führt die Kommission Änderungen ein, die besorgniserregende Konsequenzen für die Verbraucher bezüglich Angebotsvielfalt, Qualität und Preis haben werden. Wir nutzen somit diesen von mir unterstützten Entschließungsantrag, um klar unsere Vorbehalte gegenüber einigen der vorgelegten Vorschläge zum Ausdruck zu bringen. Im Besonderen denke ich dabei an den „Markenzwang“, der sich negativ auswirkt auf die Auswahl für die Verbraucher und die Abhängigkeit der Händler von den Herstellern. Weiterhin möchte ich meine Besorgnis in Bezug auf das Fehlen von Garantien für einen geeigneten Zugang für alle Interessengruppen zu technischen Informationen und Ersatzteilen vorbringen, was im Endeffekt zu einer Einschränkung der Auswahlmöglichkeiten der Händler oder Werkstattbesitzer, an die sich die Verbraucher wenden könnten, führt. Vergessen wir zu guter Letzt nicht, dass die Kommission dringend die neuen Formen der wettbewerbswidrigen, verbraucherbindenden Maßnahmen angehen muss, wie etwa die, dass im Rahmen der Kundendienstleistungen Reparatur und Wartung eines Fahrzeugs ausschließlich in einem markengebundenen Netzwerk erfolgen können.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE), schriftlich. – Ich habe – wie die überwiegende Mehrheit in diesem Haus – für diese Entschließung gestimmt.

Bericht: Alojz Peterle (A7-0121/2010)

Regina Bastos (PPE), schriftlich. – (PT) Krebs ist eine der größten Herausforderungen im Bereich des Gesundheitsschutzes für Europa: Er stellt mit 3 Millionen Neuerkrankungen und 1,7 Millionen Todesfällen jährlich die zweithäufigste Todesursache in der EU dar. Mindestens ein Drittel aller Fälle könnten laut Weltgesundheitsorganisation verhindert werden. Es ist daher wichtig, dass die relevanten Interessengruppen aus der Europäischen Union bei der Krebsbekämpfung gemeinsame Anstrengungen unternehmen. Ein Ziel des von der Kommission vorgelegten Vorschlags für eine „Europäische Partnerschaft für Maßnahmen zur Krebsbekämpfung – 2009-2013“ ist die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Krebsbekämpfung, indem ein Rahmen für die Identifizierung und den Austausch von Informationen, Kapazitäten und Sachkenntnis über Krebsvorsorge und -bekämpfung geschaffen wird und indem die relevanten Interessengruppen aus der EU in einer gemeinsamen Bemühung, Krebs zu bekämpfen, zusammengeführt werden. Ich begrüße das Ziel, die Zahl der Krebserkrankungen zu senken mittels der Einführung von Früherkennungsuntersuchungen für Brustkrebs, Gebärmutterhalskrebs und kolorektale Karzinome für die gesamte Bevölkerung bis 2013, indem die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, die zuvor erwähnten Leitlinien umzusetzen. Aus den oben genannten Gründen habe ich für den Bericht „Europäische Partnerschaft zur Krebsbekämpfung“ gestimmt.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), schriftlich. – (LT) Ich habe für diesen Bericht gestimmt, da die von der Europäischen Kommission eingerichtete Europäische Partnerschaft für Maßnahmen zur Krebsbekämpfung im Zeitraum 2009-2013 eine ausgezeichnete Initiative darstellt, um diese verheerende Krankheit wirksamer zu bekämpfen. Krebs ist einer der Hauptbereiche für Gemeinschaftsmaßnahmen im öffentlichen Gesundheitswesen, da jedes Jahr bei 3,2 Millionen Europäern Krebs diagnostiziert wird. Krebs ist damit nach Herz-Kreislauf-Erkrankungen die zweithäufigste Todesursache. Die von der Europäischen Kommission eingebrachte Europäische Partnerschaft für Maßnahmen zur Krebsbekämpfung im Zeitraum 2009-2013 hat das Ziel, die Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen zur Krebsbekämpfung zu unterstützen, indem sie einen Rahmen für die Ermittlung und den Austausch von Informationen, Handlungskompetenz und Fachwissen über Krebsvorbeugung und -bekämpfung bereitstellt. Ich möchte mit Nachdruck darauf hinweisen, dass wir die Zahl der Krebserkrankungen in Europa nur dann erheblich verringern können, wenn alle relevanten Interessenvertreter aus der gesamten Europäischen Union in diese gemeinsamen Bemühungen zur Krebsbekämpfung eingebunden werden. Ich stimme der Forderung des Europäischen Parlaments an die Kommission und die Mitgliedstaaten zu, Initiativen weiter zu entwickeln und zu konsolidieren, die Krebspatienten entweder direkt oder indirekt Unterstützung gewähren. Ich stimme ebenfalls zu, dass die

Kommission und die Mitgliedstaaten für alle Patienten, die darauf angewiesen sind, einen gleichen Zugang zu Medikamenten gegen Krebs in allen Mitgliedstaaten sicherstellen müssen. Aus diesem Grund ist die von der Kommission initiierte Partnerschaft zur Krebsbekämpfung ein sehr wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen sozialen und politischen Partnerschaft für ganz Europa, die darauf abzielt, die Krebsbelastung in Europa zu reduzieren.

Sebastian Valentin Bodu (PPE), schriftlich. – (RO) Die Prognosen eines exponentiellen Anstiegs der Anzahl diagnostizierter Krebserkrankungen sollten von der internationalen Gemeinschaft als lautes Alarmsignal verstanden werden. Jeder dritte Europäer wird im Laufe seines Lebens an Krebs erkranken. Diese schreckliche Krankheit ist somit die zweithäufigste Todesursache in Europa. Das Europäische Parlament nutzt den von ihm angenommenen Entschließungsantrag, um auf die Tatsache hinzuweisen, dass in ganz Europa weiterhin inakzeptable Unterschiede im Bereich der Krebsvorsorge und -behandlung bestehen. Ein Drittel der Krebserkrankungen führt zum Tod des Patienten, weil die Krankheit zu spät erkannt wurde. Europa muss dieser Realität durch Informationen, Programme, Sensibilisierung der Öffentlichkeit und vereinfachten Zugang zu hochrangigen medizinischen Diensten entgegenwirken. Nicht zuletzt unternimmt die EU derzeit zu wenig hinsichtlich der Erforschung der Krankheit, über die keine ausreichenden Kenntnisse vorliegen. Forschung und Vorsorge sind die wichtigsten Aspekte bei einem Vorgehen gegen diese Krankheit und werden auf mittelfristige Sicht zu Resultaten führen. Ein beginnender Rückgang der Krebsinzidenz ist erforderlich, damit Europa sein durch die Europäische Kommission festgelegtes ehrgeiziges Ziel erreichen kann, nämlich die Zahl neuer Krebserkrankungen bis 2020 um 15% zu senken, wobei die durch Bevölkerungswachstum und Überalterung der Bevölkerung steigende Tendenz berücksichtigt wird.

Maria Da Graça Carvalho (PPE), schriftlich. – (PT) Ich begrüße den Vorschlag der Kommission, eine Europäische Partnerschaft für Maßnahmen zur Krebsbekämpfung im Zeitraum 2009-2013 einzurichten, weil der Kampf gegen Krebs als wesentlicher Teil der Gesundheitsstrategie anzusehen ist. Als eine Form der primären Prävention fordere ich nichtsdestotrotz die Umsetzung von Maßnahmen, um eine gesunde Lebensweise als einen grundlegenden Faktor für eine Verbesserung der Gesundheit zu fördern. Da sich auch Umweltfaktoren auf die Gesundheit auswirken, müssen die Umweltprobleme, die für die Entwicklung von spezifischen Krebsarten verantwortlich sind, angegangen werden. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass ein bereichsübergreifender und integrierter Ansatz in den Aktionsbereichen wie Bildung, Umwelt, Forschung und soziale Fragen verfolgt wird und zwischen den verschiedenen Krebsforschungszentren in der EU eine verbesserte Zusammenarbeit besteht. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Finanzmittel, die unter dem Siebten Rahmenprogramm (RP7) der Krebsbekämpfung zugewiesen wurden, optimaler genutzt werden müssen und dass zudem großangelegte Forschungsprogramme erforderlich sind. Zudem sollten in der finanziellen Vorausschau Mittel zur Förderung der Krebsprävention vorgesehen werden.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Ein neuer umfassender Ansatz zur Behandlung von Krebs ist unbedingt erforderlich, weil sich die Krankheit auf globaler Ebene fast epidemisch ausbreitet und mit fast 13% der gesamten Todesfälle 2004 (fast 1,7 Millionen Tote jährlich) weltweit eine der häufigsten Todesursachen ist; weil die Krankheit 2006 die zweithäufigste Todesursache war, wobei die Todesfälle überwiegend durch Lungen-, Darm- und Brustkrebs verursacht wurden, und weil weiterhin bei jedem dritten Europäer im Laufe seines Lebens Krebs diagnostiziert wird und jeder vierte Europäer daran stirbt. Ein eindeutiges Engagement für Prävention und nationale Vorsorgeprogramme ist erforderlich, da bekanntlich durch adäquate Prävention und Frühbehandlung fast 30% der Krankheitsfälle verhindert werden können. Zudem müssen die bei der Behandlung bestehenden Ungleichheiten unbedingt verringert werden. Ich möchte dabei auf die inakzeptable Lage in Portugal hinweisen, wo einzig aus finanziellen Gründen Patienten keine innovativen und wirksamen Medikamente zur Behandlung von Krebs, insbesondere von Lungen- und Brustkrebs, erhalten.

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Krebs gehört zu den größten Herausforderungen, mit denen wir weltweit im Gesundheitsbereich konfrontiert sind. Derzeit ist die Krankheit die zweitwichtigste Todesursache in Europa, die jedes Jahr zu 3 Millionen neuer Krankheitsfälle und 1,7 Millionen Todesfälle führt. Die Europäische Kommission schlägt eine Europäische Partnerschaft für Maßnahmen zur Krebsbekämpfung im Zeitraum 2009-2013 vor. Krebs ist ein soziales und politisches Problem und erfordert daher ein gemeinsames Vorgehen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Im Vertrag von Lissabon ist genau festgelegt, dass die Union für die Durchführung von Maßnahmen zur Unterstützung, Koordinierung und Ergänzung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten zuständig ist. Einer dieser Bereiche für Maßnahmen auf europäischer Ebene ist der Schutz und die Verbesserung der menschlichen Gesundheit (Artikel 2 Buchstabe e). Die Europäische Union hat bereits zwei wichtige evidenzbasierte Präventionsinstrumente vereinbart: den Europäischen Kodex zur Krebsbekämpfung und die Empfehlungen des Rates zur Früherkennung von Brustkrebs, Gebärmutterkrebs und Darmkrebs. Ich begrüße daher die

Empfehlung zu einem Entschließungsantrag, den öffentlichen Sektor allgemein zu Investitionen in zielgerichtete und koordinierte Maßnahmen zur Krebsvorsorge zu mobilisieren.

João Ferreira (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Krebs gehört weltweit zu den Haupttodesursachen, wobei die Zahl der Krankheitsfälle mit beunruhigender Geschwindigkeit gestiegen ist. Wir halten es daher für wichtig, dass die EU die Bemühungen der Mitgliedstaaten zur Krebsbekämpfung, wie im Bericht erwähnt wird, sowie die Förderung der gemeinsamen Bemühungen beim Austausch von Informationen, Handlungskompetenz und Fachwissen über Krebsvorbeugung und -bekämpfung unterstützt. Die rückläufige Anzahl von Krebserkrankungen in einigen Ländern, die auf die Annahme von Politiken zur Verbesserung von Prävention und Behandlung zurückzuführen ist, zeigt einen guten Weg auf, dem wir folgen sollten. Im Bericht wird auf verschiedene wichtige Themen Bezug genommen. Dazu gehören: den Bedarf an Primärprävention und die Kontrolle von Krankheiten, die sich zu einer Krebserkrankung entwickeln können, die Wichtigkeit der Früherkennung, die unzureichenden Mittel, die gegenwärtig für die Krebsbekämpfung in der EU zur Verfügung stehen, insbesondere öffentliche Mittel, die Erfordernis, die arbeits- und umweltbedingte Exposition gegenüber Karzinogenen herabzusetzen, die Erfordernis, die Liste karzinogener Stoffe zu aktualisieren und der Schutz von Krebspatienten und chronisch Erkrankten am Arbeitsplatz. Er hätte bei anderen Themen noch weiter gehen können, wie beispielsweise die Beseitigung – und nicht nur der Abbau – von Ungleichheiten beim Zugang zur Krebsbehandlung und zu den damit verbundenen Pflegeleistungen.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), schriftlich. – (PL) Als Verfasserin der schriftlichen Erklärung Nr. 71/2009 zur Brustkrebsbekämpfung in der Europäischen Union, die vom Parlament angenommen wurde, bin ich äußerst erfreut über die Mitteilung der Kommission über die Maßnahmen gegen Krebs: Europäische Partnerschaft.

In diesem Dokument wurde die Krebsproblematik in der EU erkannt und Ziele für die Krebsbekämpfung festgelegt. Obwohl das Gesundheitswesen *de facto* von den Mitgliedstaaten verwaltet wird, kann die EU tätig werden, um die Gesundheitsversorgung auszuweiten und beispielsweise eine ausgezeichnete Plattform für den Austausch von bewährten Praktiken zu sein. Es wird in den Händen der Mitgliedstaaten liegen, ob sie dieses von der Kommission ausgearbeitete zusätzliche Instrument nutzen.

Der Vorschlag enthält ein sehr spezifisches Ziel, nämlich die Krebsbelastung in der EU bis 2020 um 15 % zu senken. Um dieses Programm umzusetzen, müssen die Krebsbekämpfungspläne aller Mitgliedstaaten bis 2013 zusammengeführt werden. Der nächste Schritt besteht darin, die Unterschiede bei der Krebssterblichkeit von Europäern, die diesbezüglich behandelt werden, um 70 % zu verringern. Es bestehen weiterhin zu große Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich der besten und der schlechtesten Ergebnisse.

Die Mitteilung weist mit Nachdruck auch auf die Prophylaxe hin und sieht für 100 % der Bevölkerung eine Einführung von Vorsorgeuntersuchungen auf Brustkrebs, Gebärmutterhalskrebs und Darmkrebs vor. Ich freue mich darüber, dass unsere in der schriftlichen Erklärung Nr. 71/2009 enthaltene Forderung zu einem günstigen Zeitpunkt bei den Bemühungen der Kommission eingereicht wurde, was, wie ich hoffe, ein gutes Zeichen für ihre rasche und zuverlässige Umsetzung ist.

Françoise Grossetête (PPE), schriftlich. – (FR) Ich habe für den Bericht gestimmt, der sich mit der Einrichtung einer Europäischen Partnerschaft für Maßnahmen zur Krebsbekämpfung im Zeitraum 2009-2013 befasst.

Das Ziel dieser Partnerschaft besteht darin, ein Rahmenwerk zur Identifizierung und zum Austausch von Informationen, Handlungskompetenz und Fachwissen über Krebsvorbeugung und -bekämpfung zu schaffen. Die Mitgliedstaaten müssen insbesondere im Bereich Früherkennung zusammenarbeiten. In Europa wird jeder Dritte im Laufe seines Lebens an Krebs erkranken. Dabei können ein Drittel aller Krebserkrankungen verhindert werden, und die Prävention bietet die kosteneffektivste Langzeitstrategie, um die Krebsbelastung zu verringern.

Ich freue mich, dass sich die Mehrheit in diesem Plenum für die Vorschläge ausgesprochen hat, die ich als Berichterstatterin für die Stellungnahme des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie eingebracht habe, wie beispielsweise die Notwendigkeit einer verstärkten Unterstützung von öffentlichen-privaten Partnerschaften, um speziell im Bereich der medizinischen Bildverarbeitung Anreize für Forschung und Vorsorge zu geben.

Sylvie Guillaume (S&D), schriftlich. – (FR) Obwohl das Gesundheitswesen in den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Mitgliedstaaten fällt, kann für uns alle die Annahme eines globalen Ansatzes zur Krebsvorsorge und -behandlung nur von Vorteil sein, was ich hiermit unterstütze. Auf diesem Weg wird Europa in der Lage sein, eine engere Zusammenarbeit mit den betreffenden Interessengruppen (Zivilgesellschaft, verschiedene

Organisationen und sonstige Gruppen) zu ermöglichen, um bewährte Verfahren auf diesem Gebiet bestmöglich zu verbreiten und um insbesondere die Wirksamkeit der Patientenversorgung zu optimieren, indem das psychosoziale und geistige Wohlbefinden der Patienten berücksichtigt wird. Diese Partnerschaft sollte zudem dazu beitragen, dass damit verbundene Probleme wie die Ungleichheiten, mit denen erkrankte Patienten konfrontiert sind, Berücksichtigung finden. Zur Verbesserung des Lebensalltags von Patienten ist dies grundlegend. Ich begrüße zudem die Annahme der von mir unterstützten schriftlichen Erklärung am 19. April, die alle EU-Mitgliedstaaten dazu aufruft, landesweit Vorsorgeuntersuchungen auf Brustkrebs einzuführen, und an die Kommission die Forderung stellt, alle zwei Jahre einen Follow-up-Bericht zu erstellen. Brustkrebs ist weiterhin die Haupttodesursache von Frauen im Alter zwischen 35 und 59 Jahren.

Jarosław Kalinowski (PPE), schriftlich. – (PL) Der Weltgesundheitsorganisation zufolge ist Krebs die Haupttodesursache weltweit. Derzeit erkrankt jeder dritte Europäer an Krebs, und jeder Vierte stirbt an dieser Krankheit. Bedauerlicherweise wird auch die Überalterung der Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten zu einem Anstieg der Krebsinzidenz beitragen. Um dieser Zunahme entgegenzuwirken, müssen wir staatliche Krebsbekämpfungsprogramme verbessern und eine noch wirksamere Informationskampagne für die Menschen in der EU durchführen. Kinder sollten von jungen Jahren an zu einer gesunden Lebensweise erzogen werden, die in der Zukunft die Anzahl der Krankheitsfälle reduzieren wird. Nach Aussage von Fachleuten kann ein Drittel der Krankheitsfälle verhindert werden; dies ist jedoch nur möglich, wenn die EU vermehrt Mittel für die Krebsbekämpfung bereitstellt. Somit könnten wissenschaftliche Forschung betrieben und ein breitgefächertes Programm an prophylaktischen Maßnahmen gegen Krebs in allen Ländern der Union umgesetzt werden.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Die Volksgesundheit ist eine der Prioritäten der EU. Die Bekämpfung aller Krebsarten ist ein Teil davon, da diese Krankheit jährlich Millionen von Todesopfern in der europäischen Bevölkerung fordert. Wie wir alle wissen, ist für einen wirksamen Kampf gegen den Krebs die Vorsorge und Früherkennung von grundlegender Bedeutung. Die Bemühungen müssen daher zum Großteil auf diese Bereiche gerichtet werden. Sehr wichtig sind insbesondere vermehrte Maßnahmen im Kampf gegen die drei Krebsarten Lungen-, Darm- und Brustkrebs, die die meisten Todesopfer verursachen, ohne andere Krebsarten zu vernachlässigen.

Andreas Mölzer (NI), schriftlich. – Krebs ist EU-weit die größte Bedrohung der Volksgesundheit mit hoher Sterberate. Von drei Millionen Neuerkrankten überleben immerhin 1,7 Millionen die Krankheit nicht. Bei rechtzeitiger Erkennung und Behandlung könnte diese Zahl deutlich gesenkt werden. Folglich ist es nicht nur die Therapie, auf die EU-weit gesetzt werden muss, sondern auch die Prävention muss dringend unterstützt werden. Eine länderübergreifende Zusammenarbeit muss ein prioritäres Anliegen sein, damit eine dauerhafte Eindämmung von Krebs erreicht werden kann. Der vorliegende Bericht ist ein deutliches Signal in die richtige Richtung, weshalb ich dafür gestimmt habe.

Wojciech Michał Olejniczak (S&D), schriftlich. – (PL) Ich habe für die Entschließung des Europäischen Parlaments über die „Maßnahmen zur Krebsbekämpfung: Europäische Partnerschaft“ gestimmt. Alle Maßnahmen, die darauf abzielen den Krebs zu bekämpfen und dessen Auswirkungen auf ein Mindestmaß herabzusetzen, sollten unterstützt werden. Die medizinischen Wissenschaften sind weiterhin nicht in der Lage, den Krebs, der sich zu einer der größten Plagen der Menschheit entwickelt, zu stoppen. Es ist schrecklich zu wissen, dass Krebs im Jahr 2006 die zweithäufigste Todesursache war. Es gibt viele Ursachen für Krebs, häufig können die Auslöser jedoch nicht genau bestimmt und erkannt werden. Es ist jedoch möglich, Krebs zu verhindern und seine Folgen in ungefähr 30% der Fälle einzugrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind angemessene einzelstaatliche Früherkennungsprogramme erforderlich. Die Europäische Union muss im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger und zu deren Sicherheit angemessene Methoden zur Früherkennung der Krankheit, präventive Maßnahmen und fortschrittliche Therapien entwickeln. In vielen Mitgliedstaaten konnten bei der Krebsbekämpfung auf verschiedene Weise Fortschritte erzielt werden. Unter anderem gehörten dazu die Durchführung von Strategien zur Rauchentwöhnung und spezifische Präventivmethoden. In der gesamten Union sollten ähnliche Maßnahmen nachdrücklicher und wirksamer umgesetzt werden. Die Prognosen für die kommenden Jahre zur Krebsinzidenz und Sterblichkeit sind nicht optimistisch. Es ist schmerzlich und traurig zu wissen, dass trotz zahlreicher Diagnose- und Behandlungsmethoden sehr viele Menschen an Krebs sterben werden. Wir sollten uns jedoch darum bemühen, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger auf diesem Gebiet in jeder Hinsicht unterstützt fühlen.

Frédérique Ries (ALDE), schriftlich. – (FR) Krebserkrankungen in der Europäischen Union bis 2020 um 15% verringern, das ist das ehrgeizige Ziel der Europäischen Partnerschaft für Maßnahmen zur Krebsbekämpfung im Zeitraum 2009-2013. Diese Zielsetzung wird heute vom Europäischen Parlament durch die Abstimmung zum Peterle-Bericht unterstützt. Dies ist eine angemessene Reaktion auf die

Herausforderung, auch wenn der Weltgesundheitsorganisation zufolge der Krebs 2010 noch vor Herz-Kreislauf-Erkrankungen weltweit die Haupttodesursache sein wird.

Allein 2010 werden 3 Millionen Europäer an Krebs erkranken und fast 2 Millionen Menschen werden an dieser Krankheit sterben. Wir müssen dringend mehr auf dem Gebiet der systematischen Vorsorge für die verbreitetsten Krebsarten tun: Lungenkrebs, Darmkrebs und Brustkrebs. Um eine Revolution in der Onkologie auszulösen, muss gleichzeitig die Forschung zu karzinostatischen Eigenschaften in einigen Nahrungsmitteln und die Früherkennung von Tumoren durch die Spitzentechnologie der Biomarker gefördert werden: umfassende Urin- und Bluttests. All diese Maßnahmen zielen entschlossen darauf ab, das Behandlungsangebot zu diversifizieren, damit 2010 zu einem reaktiven Jahr wird und die Europäische Union die nationalen Krebsbekämpfungsprogramme nicht nur unterstützt, sondern auch Anreize dafür gibt.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE), schriftlich. – Ich habe selbstverständlich für diesen wichtigen Bericht gestimmt, der zur Verhinderung von Krebs von entscheidender Bedeutung ist.

Joanna Senyszyn (S&D), schriftlich. – (PL) Der Bericht des Europäischen Parlaments zur Mitteilung der Kommission über „Maßnahmen zur Krebsbekämpfung: Europäische Partnerschaft“ hat meine volle Unterstützung. Den Schätzungen der Internationalen Agentur für Krebsforschung zufolge erkrankt jeder dritte Europäer an Krebs und jeder vierte Europäer stirbt an dieser Krankheit. In diesem Jahr wird bei 3 Millionen Europäern Krebs diagnostiziert und schätzungsweise fast 2 Millionen werden an Krebs sterben. In Polen fallen jedes Jahr 100 000 Menschen dem Krebs zum Opfer, und 70 000 sterben daran. Die Krebsbekämpfung gehört zu den ständigen Tätigkeitsbereichen der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Volksgesundheit. Der Vertrag von Lissabon hat die Zuständigkeit der Union hinsichtlich Unterstützung, Koordinierung oder Ergänzung der Maßnahmen verstärkt, die von den Mitgliedstaaten zum Schutz und zur Verbesserung der Gesundheit durchgeführt werden. Spezielle auf diese Vorhaben abgestimmte Maßnahmen finden sich in der Initiative der Kommission mit dem Titel: Europäische Partnerschaft für Maßnahmen zur Krebsbekämpfung im Zeitraum 2009-2013. Die Zielsetzungen der Partnerschaft und insbesondere die damit verbundenen prophylaktischen Maßnahmen sind von wesentlicher Bedeutung, um die Krebsinzidenz zu begrenzen. Die Einschränkungen, die hinsichtlich der Finanzmittel für diese Ziele auferlegt wurden, geben Anlass zu Sorge. In der Mitteilung werden die Ziele für einen 10-Jahres-Zeitraum festgelegt, während der Gemeinschaftshaushalt lediglich eine kurzfristige finanzielle Förderung sicherstellt. Daher rufe ich dazu auf: die Subventionen insbesondere für prophylaktische Programme auf dem Gebiet der Regionalpolitik und des Europäischen Sozialfonds zu erhöhen, die Mittel, die im Siebten Rahmenprogramm (RP7) beispielsweise für eine verbesserte Koordinierung von wissenschaftlicher Forschung zur Verfügung stehen, wirksamer einzusetzen und in der neuen Finanziellen Vorausschau eine Erhöhung der Mittel vorzusehen.

Viktor Uspaskich (ALDE), schriftlich. – (LT) In Europa und auch weltweit stellt Krebs das größte Gesundheitsproblem dar. Es ist traurig, dass sich der Krebs heute weiterhin epidemisch ausbreitet. Mit mehr als 3 Millionen neuer Krankheitsfälle und 1,7 Millionen Todesfälle in der EU jährlich ist Krebs die zweithäufigste Todesursache. In der EU erkrankt derzeit jeder Dritte im Laufe seines Lebens an Krebs, und in Fachkreisen geht man davon aus, dass die Krebsbelastung aufgrund der Überalterung der Bevölkerung deutlich zunehmen wird. Es sind dringend Maßnahmen erforderlich, um die Krebskontrolle und -vorsorge in der EU zu verbessern. Die Lage ist in Litauen besonders besorgniserregend. Die statistischen Indikatoren für die verschiedenen Krebsarten gehören zu den höchsten in der gesamten EU. Ich begrüße daher insbesondere die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Krebsbekämpfung in der erweiterten EU und die von der Europäischen Kommission gegründete Europäische Partnerschaft für Maßnahmen zur Krebsbekämpfung im Zeitraum 2009-2013, die einen neuen Versuch darstellt, alle Interessengruppen an einen Tisch zu holen, um gemeinsam im Sinne einer fruchtbaren Partnerschaft zusammenzuarbeiten. Krebs ist ein soziales und politisches Problem, und nicht nur ein Gesundheitsproblem. Um diese Problematik zu bewältigen, sind auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene gemeinsame Maßnahmen erforderlich. Ich möchte mit Nachdruck darauf hinweisen, dass der Vertrag von Lissabon genau festlegt, dass die Union für Maßnahmen zur Unterstützung, Koordinierung und Ergänzung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten zuständig ist. Unser gemeinsames Ziel besteht darin, den Mitgliedstaaten bei der Krebsbekämpfung zu helfen und einen Rahmen für die Ermittlung und den Austausch von Informationen, Handlungskompetenz und Fachwissen über Krebsvorbeugung und -bekämpfung bereitzustellen.

Jarosław Leszek Wałęsa (PPE), schriftlich. – (PL) Heute haben wir über den Entschließungsantrag abgestimmt, der von meinem slowenischen Kollegen Alojz Peterle der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) zur Krebsbekämpfung ausgearbeitet wurde. Natürlich stimmte ich der Annahme des Antrags der Europäischen Kommission zu, eine Europäische Partnerschaft für Maßnahmen zur Krebsbekämpfung im Zeitraum 2009-2013 einzurichten. Mit dieser neuen Form der Kooperation sollen

die Bemühungen der Mitgliedstaaten zur Krebsbekämpfung gefördert werden. Medizinischen Statistiken zufolge werden jährlich in Europa 3 Millionen neuer Krankheitsfälle und 1,7 Millionen Todesfälle verzeichnet. Somit steht der Krebs in jedem Jahr an zweiter Stelle der schwersten Erkrankungen und Todesursachen. Als Teil der Europäischen Partnerschaft sollten die Mitgliedstaaten schnellstmöglich integrierte Pläne zur Bekämpfung dieser grausamen Krankheit ausarbeiten, damit die Inzidenz bis 2020 um 15% gesenkt werden kann. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass der wichtigste Faktor in diesem ungleichen Kampf die Prävention ist. Mit dieser kosteneffektivsten Maßnahme können nämlich ein Drittel der Krebsfälle verhindert werden. Daher sollten präventive Maßnahmen sowohl als Bestandteil der medizinischen Praxis als auch im Kontext einer gesünderen Lebensweise gefördert werden.

Bericht: Patrizia Toia (A7-0120/2010)

Mara Bizzotto (EFD), schriftlich. – (IT) Die Bedeutung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) kann auf ihre wichtige Rolle zurückgeführt werden, die ihnen beim Beginn einer wahren Revolution in der Welt der Wissenschaft zukommt. Dabei läuten diese Technologien nicht nur die wissensbasierte Gesellschaft ein, sondern stellen auch einen nachhaltigen Ansatz zur Nutzung von möglichen natürlichen Ressourcen dar.

Angesichts dieser Erwägungen kann in diesem spezifischen Fall neuer Technologien, deren Ziel die Energieeffizienz ist, nicht die Tatsache ignoriert werden, dass IKT ein wichtiges Mittel sind, um sicherzustellen, dass der Fortschritt mit dem Schutz unseres Planeten Hand in Hand geht, und um zu gewährleisten, dass sowohl Privathaushalte als auch Industrie wirtschaftlich von den Einsparungen profitieren. Die Politik der Energieeinsparung wird für die Nachhaltigkeit des europäischen Sozialmodells kennzeichnend sein, weshalb ich für den Bericht gestimmt habe.

Sebastian Valentin Bodu (PPE), schriftlich. – (RO) Durch den Wechsel zu intelligenten Haussteuerungssystemen könnte der Energieverbrauch auf europäischer Ebene um bis zu 10% gesenkt werden, weil dadurch der gegenseitige Informationsfluss zwischen Netzbetreibern, Energieversorgern und Verbrauchern vereinfacht wird. Untersuchungen zufolge kann durch die intelligente Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) der Energieverbrauch von Gebäuden, die gegenwärtig einen Anteil von 40% am gesamten Energieverbrauch in Europa darstellen, bis zu 17% verringert werden. All diese Zahlen bezeichnen eine Verringerung der Kohlendioxidemissionen, die sich allein im Verkehrssektor auf bis zu 27% beläuft.

Diese Prognosen dienen insgesamt dazu, uns zu einer umfassenden Nutzung von hochmodernen Technologien zu ermutigen. Auch wenn eine einheitliche Implementierung dieser Technologien in der Europäischen Union kurzfristig nicht möglich ist, sollten sich alle Mitgliedstaaten unter Beachtung der äußerst ehrgeizigen Zielsetzungen der Europa 2020-Agenda über die Möglichkeit bewusst sein, durch den Gebrauch von hochmodernen Technologien die Kohlendioxidemissionen senken zu können.

Der Gebäude- und Verkehrssektor gehören zu den energieintensivsten Sektoren überhaupt und könnten zu einer beschleunigten Implementierung von hochmodernen technologischen Systemen beitragen. Zudem könnte die Nutzung natürlicher Ressourcen weniger umweltschädigend sein und mithilfe der neuen Technologien zu einem verringerten Kohlendioxidausstoß führen.

Maria Da Graça Carvalho (PPE), schriftlich. – (PT) Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) spielen eine wichtige Rolle bei der Förderung des europäischen Wirtschaftswachstums. Ihr Einfluss auf den Energiesektor löst zudem einen tiefgreifenden Wandel in unserer Gesellschaft aus, der sie dezentraler und flexibler macht und mit einer Verteilung einhergeht, die als Inbegriff für mehr Wohlstand steht. Die Nutzung von IKT und Netztechnologien ermöglicht uns, unseren Energieverbrauch beispielsweise durch die Entwicklung von elektrischen Verteilernetzen, intelligenten Gebäuden und Häusern, intelligenten Haussteuerungssystemen und intelligenter Verbrauchsmessung sowie ökoefizienten Verkehrssystemen effizienter zu gestalten. Es ist jedoch wichtig, die innovativen Möglichkeiten, die IKT uns bieten, weiterhin zu nutzen. Die Entwicklung eines innovativen europäischen intelligenten Netzes, das Instrumente zur Messung und Überwachung des effizienten Energieverbrauchs integriert und gemäß dem im dritten Energiemarktpaket vorgesehenen Zeitplan intelligente Verbrauchsmessung einführt, ist von entscheidender Bedeutung. Auf diese Weise werden Verbraucher ihren Energieverbrauch steuern können, was zu einem Ausgleich der Nachfragekurve führen wird. IKT können zudem eine wichtige Rolle bei der Messung und Quantifizierung der globalen Auswirkungen des Klimawandels und der Bewertung der Klimaschutzmaßnahmen spielen und auf diese Weise zu einer Feinabstimmung der Klimapolitik beitragen.

Edite Estrela (S&D), *schriftlich*. – (PT) Ich habe für den Bericht über die Mobilisierung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) für die Erleichterung des Übergangs zu einer energieeffizienten, kohlenstoffarmen Wirtschaft gestimmt. IKT könnten eine wichtige Rolle bei der Eindämmung der Auswirkungen des Klimawandels durch eine Verringerung des Energieverbrauchs, eine Erhöhung der Energieeffizienz und eine Integration von erneuerbaren Energien führen.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Zu einer Zeit, in der CO₂-Ausstoß und Treibhausgase gesenkt und gleichzeitig Investitionen in erneuerbare Energieträger getätigt werden, ist dieser Bericht sehr aktuell. Aus diesem Grund muss unbedingt die Darstellung der Maßnahmen zur Mobilisierung von Informations- und Kommunikationstechnologien sorgfältig geprüft werden, um den Übergang zu einer energieeffizienteren Wirtschaft für die Allgemeinheit und die Unternehmen so kostengünstig wie möglich zu gestalten. Die Förderung von nachhaltigem Wachstum, das sich im Wohlbefinden der heutigen Bevölkerung und Wirtschaft sowie in der Solidarität zu nachfolgenden Generationen widerspiegelt, ist von entscheidender Bedeutung.

José Manuel Fernandes (PPE), *schriftlich*. – (PT) Informations- und Kommunikationstechnologien können einen bedeutenden Beitrag zur Energieeffizienz der Gemeinschaftswirtschaft, insbesondere im Gebäude- und Verkehrssektor liefern. In diesem Zusammenhang begrüße ich die Bemühungen der Kommission, die intelligente Verbrauchsmessung und intelligente Netze zur Energieproduktion, -verteilung und -nutzung zu fördern. Ich möchte insbesondere die Forderung der Mitgliedstaaten hervorheben, die Verfügbarkeit von Breitbandinternet für alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger zu vereinfachen, um einen gleichen Zugang zu Online-Diensten sicherzustellen.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), *schriftlich*. – (PT) Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die Mobilisierung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) den Übergang zu einer energieeffizienten Wirtschaft vereinfachen kann, da auf diesem Wege zudem der Energieverbrauch gesenkt, die Versorgungssicherheit erhöht und dazu beigetragen wird, die Umweltbelastung, besonders die Belastung durch Treibhausgasemissionen, einzudämmen.

Wie wir jedoch wissen, werden nur langsam Fortschritte erzielt, um das Potenzial an Energieeffizienz und Energieeinsparungen nutzbar zu machen. Der Grund hierfür ist nicht nur, dass wirtschaftliche Interessengruppen ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellen, sondern auch, weil sehr wenig Beihilfen für die erforderlichen Veränderungen zur Verfügung stehen.

Wir unterstützen daher die in dem Bericht aufgeführten verschiedenen Vorschläge, insbesondere diejenigen, die Anreize für die Nutzung von IKT bei der Planung einer neuen Verkehrspolitik und einer gesteigerten Intermodalität im Verkehrssektor geben, oder diejenigen, die die Kommission dazu auffordern, eine andere Vision für Beihilfeprioritäten zu entwickeln, die diese Fragen der Mobilisierung von IKT für einen vereinfachten Übergang zu einer energieeffizienten Wirtschaft neben Verkehr und Mobilität in verschiedenen Bereichen wie Industrie, Gesundheitswesen und Gebäude berücksichtigen.

Alfredo Pallone (PPE), *schriftlich*. – (IT) Seit einigen Jahren nun setzt sich die Europäische Union selbst wichtige Ziele in Bezug auf Energieersparnisse und die Verringerung von Kohlendioxidausstoß. Der Sektor Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) stellt zweifellos ein Mittel dar, um die Energieeffizienz der einzelnen Mitgliedstaaten zu verbessern. IKT können nämlich dazu beitragen, den Energieverbrauch zu überwachen und zu steuern und neue Anwendungen und Technologien liefern, um die Nutzung von natürlichen Ressourcen zu verbessern und den Einsatz von saubereren Produktions- und Industrieverfahren zu fördern. Die breite öffentliche Anhörung, die von der Europäischen Kommission auf den Weg gebracht wurde, zeigt deutlich auf, wie IKT zu einer Verbesserung der Energieeffizienz beitragen können. Die Europäische Kommission hat berechnet, dass IKT-basierte Systeme den Energieverbrauch von Gebäuden, der gegenwärtig auf ungefähr 40% des gesamten Energieverbrauchs in Europa geschätzt wird, um bis zu 17% und den Kohlendioxidausstoß im Verkehr bis zu 27% verringern können. Eine Stadtverwaltung kann durch die Nutzung von IKT die von den Städten verursachten energetischen Auswirkungen wesentlich senken. Es sollten daher Maßnahmen ergriffen werden, um die Verbreitung bewährter Verfahren zu fördern und die Vorteile des zu erschließenden IKT-Potenzials stärker ins Bewusstsein der lokalen Entscheidungsträger zu rücken.

Aldo Patriciello (PPE), *schriftlich*. – (IT) Die Europäische Union hat ihr Engagement für eine Senkung der Kohlendioxidemissionen bis 2020 in Höhe von 20% erneut bestätigt. Dieser Verpflichtung nachzukommen wird mit Schwierigkeiten verbunden sein, wenn das IKT-Potenzial nicht voll ausgeschöpft wird. IKT können die CO₂-Emissionen effektiv senken.

IKT verursachen 1,75% des Kohlendioxidausstoßes im Dienstleistungssektor in Europa und produzieren 0,25% der Emissionen, die mit der Herstellung von IKT-basierter Ausstattung und elektronischen Konsumgütern verbunden sind. Die restlichen 98% der Emissionen entstehen in anderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen. Aus diesem Grund ist es begrüßenswert, die Mess- und Quantifizierungsmethoden für die Energieperformance zu vereinheitlichen, um somit über Datenmaterial zu verfügen, aufgrund dessen wir innovative energiesparende Strategien entwickeln und das Phänomen der „grünen Desinformation“ vermeiden können.

Ich möchte in diesem Kontext mit Nachdruck darauf hinweisen, dass IKT eine entscheidende Rolle bei der Erreichung von grundlegenden Zielsetzungen spielen können, insofern diese Technologien in fast allen Sektoren der Wirtschaft präsent sind und zu einer Produktivitätssteigerung von mehr als 40% beitragen. Aus diesen Gründen bekräftige ich erneut meine volle Unterstützung für diese Strategie, die angemessene wirtschaftliche und industrielle Entwicklung mit einer nachhaltigen Umweltstrategie verbindet.

Rovana Plumb (S&D), schriftlich. – (RO) Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) stellen in jedem Mitgliedstaat ein Mittel für die Steigerung der Energieeffizienz und die Bereitstellung neuer Anwendungen und Technologien dar, um natürliche Ressourcen optimaler zu nutzen und Industrieproduktion und -verfahren wirtschaftlich ökoefizient zu gestalten. IKT-basierte Systeme können den Energieverbrauch in Gebäuden, der derzeit einen Anteil von 40% am gesamten Energieverbrauch in Europa hat, um bis zu 17% und die Kohlendioxidemission im Verkehrssektor um bis zu 27% senken. Der IKT-Sektor, der in den 27 EU-Mitgliedstaaten 6,6 Millionen Menschen beschäftigt, stimuliert die Innovationskraft in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und trägt zu über 40% zum gesamten Produktivitätsanstieg bei. Die Europäische Kommission und der Ausschuss der Regionen müssen dringend den „Praktischen Leitfaden für lokale und regionale Behörden“ erstellen, in dem aufgezeigt werden soll, wie Energieperformance durch den innovativen Einsatz von IKT gesteigert werden kann. Somit wird festgelegt, wie die Behörden den Einsatz von IKT in ihre Programme zum Klimaschutz aufnehmen können. Der Leitfaden beschreibt zudem, wie der Kohäsionsfonds Geschäftspartnerschaften zur Entwicklung innovativer IKT-Anwendungen fördern kann, um Städte und Gemeinden zu ermutigen und zu unterstützen, IKT zur Reduzierung von Emissionen einzusetzen.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE), schriftlich. – Wir als Grüne stimmten für diesen Bericht. Alle ursprünglichen Textteile, die einige Fraktionen streichen wollten, sind weiterhin Bestandteil des Berichts.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), schriftlich. – Ich war Berichterstatterin für die Stellungnahme des Umweltausschusses zu diesem Bericht und bin mir durchaus bewusst, dass mit dem Potenzial im IKT-Sektor erhebliche Energieeinsparungen in der Europäischen Union, insbesondere im Gebäude- und Verkehrssektor erzielt werden können. Wir müssen jedoch weiterhin die Auswirkungen der sogenannten „digitalen Kluft“ im Hinterkopf behalten, die sowohl innerhalb als auch zwischen den Mitgliedstaaten beobachtet werden kann. Sie verstetigt soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten und mindert die Kapazität von IKT, weitreichende Vorteile in Bezug auf Energieeffizienz liefern zu können. Es ist von höchster Wichtigkeit, Hochgeschwindigkeitsinternet allgemein zugänglich zu machen. Die Mitgliedstaaten sollten mithilfe der Kommission verstärkt Bemühungen unternehmen, um die erforderliche Infrastruktur aufzubauen und auf diese Weise sicherzustellen, dass alle europäischen Bürgerinnen und Bürger und alle Unternehmen in Europa aus den verfügbaren Technologien Nutzen ziehen können. Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, die auf die digitale Kluft zurückzuführen sind, würden direkt angegangen und nur auf diesem Weg könnte gewährleistet werden, dass das Energieeffizienzpotenzial von IKT voll ausgeschöpft wird.

Czesław Adam Siekierski (PPE), schriftlich. – (PL) Unter der Berücksichtigung, dass es den Maßnahmen, die zur Erreichung des Ziels von 20% Energieersparnis bis 2020 getroffen wurden, an Tempo fehlt, muss die Innovationskraft von Informations- und Kommunikationstechnologien gesteigert und beschleunigt und der Produktionsanteil erneuerbarer Energiequellen erheblich gesteigert werden. Denken wir nur daran, dass bei einer Ausweitung des Verkehrssektors auch die Kohlendioxidemissionen rapide ansteigen. Der Schwerpunkt sollte in diesem Sektor daher auf die Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien gelegt werden, um die Emissionsmenge nicht nur zu senken, sondern auch einen weiteren Anstieg zu verhindern. IKT-Lösungen sollten daher bei der Planung der neuen europäischen Verkehrspolitik berücksichtigt werden. Somit kann die Verkehrsdichte beim Transport reduziert werden, was sich positiv auf die natürliche Umwelt auswirken wird. All diese Maßnahmen werden nicht nur messbare Vorteile für das Klima bringen, sondern auch die mit der Energienutzung verbundenen Kosten senken und umweltfreundliche Arbeitsplätze schaffen. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass die neuen Mitgliedstaaten nicht in der Lage sind, sich derart schnell an die von der Europäischen Union eingebrachten Anforderungen anzupassen. Wir sollten auch die Interessen dieser Länder berücksichtigen, weil sie eine

bedeutende Gruppe darstellen, die weiterhin herkömmliche Energiequellen nutzt. Um dies zu verändern, sind Zeit und finanzielle Mittel erforderlich.

Viktor Uspaskich (ALDE), schriftlich. – (LT) Ich unterstütze die Initiative der Europäischen Kommission, Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) einzusetzen, um die Energieeffizienz der Union zu steigern und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu verbessern. Den von der Europäischen Kommission vorgestellten Berechnungen zufolge ist der Einsatz von IKT eine ausgezeichnete Maßnahme, um unseren Energieverbrauch zu verringern und gleichzeitig die Kohlendioxidemissionen immerhin bis zu 27% zu senken. Dies ist sehr wichtig, denn es würde auch die Umweltschäden reduzieren. Die vom Berichterstatter vorgebrachte Position, dass die Anwendung von IKT für die europäische Industrie und die Märkte für neue Technologien einen Anreiz darstellt, hat meine volle Zustimmung und Unterstützung. Dies würde dazu beitragen, den Markt wiederzubeleben oder neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist meines Erachtens notwendig, alle Maßnahmen zu ergreifen, um sowohl IKT in den Mitgliedstaaten einzuführen, in denen dies bisher noch nicht geschehen ist, als auch IKT in den Ländern zu optimieren, in denen sie bereits in Anwendung sind. Ich möchte insbesondere die Bedeutung von IKT bei der Planung der neuen europäischen Verkehrspolitik unterstreichen. Bei der Rationalisierung des Verkehrs und der Reduzierung von Kohlendioxidemissionen ist die Logistik ein wichtiger Aspekt. Es ist wichtig zu erkennen, dass eine Erhöhung der öffentlichen und privaten Investitionen in IKT-Tools erforderlich ist, um intelligente Energieinfrastrukturen für den Verkehrssektor zu entwickeln. Die Nutzung intelligenter Verkehrssysteme (IVS) im Straßentransport in Verbindung mit anderen Verkehrsmitteln kann dazu beitragen, die Verkehrsüberlastung und deren schädliche Auswirkungen auf die Umwelt zu reduzieren. Als Mitglied des Ausschusses für regionale Entwicklung (REGI) möchte ich betonen, dass wir die Mitgliedstaaten anhalten müssen, bewährte Verfahren zu verbreiten und unter lokalen Entscheidungsträgern das Bewusstsein für die Vorteile, die IKT bieten, zu schärfen.

Bericht: Vittorio Prodi (A7-0057/2010)

Alfredo Antoniozzi (PPE), schriftlich. – (IT) Das Weißbuch der Europäischen Kommission zur Anpassung an den Klimawandel enthält viele Gedanken, die wir heute und in der Zukunft in den Mittelpunkt stellen müssen, um die mit der Erderwärmung einhergehende Bedrohung einzudämmen.

Ich begrüße daher insbesondere den Textteil im Bericht, in dem die Einbindung der Anpassungsdimension in alle EU-Politiken als wichtig erachtet wird, entweder in Verbindung zu Landwirtschaft und Fischerei oder zur Forstwirtschaft, mit einem horizontalen und sektorübergreifenden Ansatz, der die Kohärenz der zeitweise umgesetzten Maßnahmen gewährleistet.

Sebastian Valentin Bodu (PPE), schriftlich. – (RO) Europa befindet sich in einer Phase, in der es erkennen muss, dass Maßnahmen zur Reduzierung des Einflusses der menschlichen Tätigkeiten auf das Klima dringend notwendig sind. Das Weißbuch zum Klimawandel ist ein Schritt in Richtung einer Vereinheitlichung der Aktionen, die auf eine Senkung der Kohlendioxidemissionen auf europäischer Ebene abzielen.

Angesichts ihres ehrgeizigen Ziels, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20% zu senken, muss die Europäische Union viel schneller vorangehen, als dies gegenwärtig der Fall ist. Sowohl die neuen als auch die alten Mitgliedstaaten sind verpflichtet, verstärkte Anstrengungen in gleichem Umfang zu unternehmen und zu erkennen, dass durch die Vermeidung oder die Behandlung einer Krankheit in ihrem Anfangsstadium bessere Heilungschancen bestehen, als wenn diese Krankheit in einem chronischen Stadium angegangen würde.

Es wäre traurig, wenn Europa zu spät erkennen würde, dass der Klimawandel die Lebensfähigkeit der Landwirtschaft als Hauptnahrungsquelle für Europa und der Weltbevölkerung beeinträchtigen kann. Dabei sind wir bereits in jedem Jahr mit extremen Wetterverhältnissen wie Dürre und Überschwemmungen konfrontiert. Es ist gegenwärtig nur schwer vorstellbar, wie sich dieser Zustand noch verschlechtern könnte. In Fachkreisen ist man jedoch nicht sehr optimistisch. Aus diesem Grunde sind Maßnahmen, die den Einfluss der menschlichen Tätigkeit auf das Klima mindern, der Schlüssel zu einer Weiterführung des Normalzustands.

Maria Da Graça Carvalho (PPE), schriftlich. – (PT) Ich begrüße die Initiative der Europäischen Kommission, umfassende politische Rahmenbedingungen für europäische Maßnahmen zur Anpassungspolitik an den Klimawandel vorzustellen. Die Abschwächungs- und Anpassungsmaßnahmen dürfen jedoch nicht voneinander getrennt werden. Ich möchte die Bedeutung der Richtlinie zum System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten (EHS) unterstreichen, die festlegt, dass die Mitgliedstaaten mindestens 50% ihrer EHS-Einnahmen für Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen bereitstellen müssen. Zudem müssen meiner Ansicht nach zusätzlichen Maßnahmen Priorität eingeräumt werden, um die EU-Strategie,

die bis 2020 eine Steigerung der Energieeffizienz um 20% vorsieht, zu fördern und diese Zielsetzung auf Unionsebene rechtsverbindlich zu machen. Bei den vorgestellten Anpassungsmaßnahmen verweise ich mit Nachdruck auf die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten gegenüber benachteiligten Regionen und denjenigen, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind. Um diese Solidarität umsetzen zu können, muss die Kommission im kommenden Achten Rahmenprogramm für FuE die öffentlichen Gelder erhöhen, die für die internationale Zusammenarbeit vorgesehen sind, um die Bekämpfung des Klimawandels voranzutreiben. Angesichts der jüngsten Mitteilung der Kommission zum Strategieplan für Energietechnologie möchte ich zudem auf die Bedeutung hinweisen, die der Rolle von Forschung und Technologie bei der Entwicklung einer kohlenstoffarmen Gesellschaft und der Logik von Interventionen zwischen den öffentlichen und privaten Sektoren sowie zwischen der Finanzierung auf Unions-, einzelstaatlicher und regionaler Ebene zukommt.

Proinsias De Rossa (S&D), schriftlich. – Ich habe für diese Entschließung gestimmt, die das Weißbuch der Kommission zu einer EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel begrit und eine Reihe von Maßnahmen in verschiedenen Politikbereichen vorschlit. Selbst wenn wir in der Lage wären, die Erderwärmung auf ein ungefährliches Ausmaß zu begrenzen, wird der Klimawandel unvermeidbare Folgen nach sich ziehen, die Anpassungsbemhungen erfordern. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel müssen in alle Politikbereiche und insbesondere in diejenigen integriert werden, deren Schwerpunkt Wasser, Boden, Landwirtschaft, Fischerei und Küstengebiete sind. Die Artenvielfalt steht auf dem Spiel. Es besteht jedoch zudem die Anforderung, dass in der städtischen, Verkehrs- und Infrastrukturplanung der Klimawandel Berücksichtigung findet. Zivile Katastrophenschutzvorrichtungen müssen der Vorsorge bei Überschwemmungen und Drre Priorität einräumen. Es muss an die sozialen Auswirkungen und die Folgen gedacht werden, die diese Herausforderung auf die öffentliche Gesundheit haben kann. Dazu könnten schwere Atemwegserkrankungen und ein vermehrtes Auftreten von vektorbertragenen Krankheiten gehören. Benachteiligte Gemeinschaften, arme Kinder und ältere Menschen sind am stärksten von den Gesundheitsrisiken des Klimawandels betroffen. Mit den Einnahmen, die durch den Handel mit Treibhausgasemissionen generiert werden, muss ein Beitrag zu den Anpassungsbemhungen geleistet werden, und der Gemeinschaftshaushalt muss die Dringlichkeit, die hinsichtlich der Bewältigung solcher Herausforderungen besteht, widerspiegeln.

Edite Estrela (S&D), schriftlich. – (PT) Ich habe für den Bericht gestimmt, der sich mit dem Weißbuch der Kommission befasst: „Anpassung an den Klimawandel: Ein europäischer Aktionsrahmen“. Anpassungsmaßnahmen sind notwendig, um den Herausforderungen des Klimawandels begegnen zu können. Meiner Ansicht nach ist eine Anpassung an den Klimawandel erforderlich und wird uns ermöglichen, derzeitige Notfallmanagementsysteme zu verbessern und effizienter zu gestalten, indem satelliten- und bodengebundene Beobachtungen kombiniert werden.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Wie ich bereits gestern zum Le Foll-Bericht zur EU-Landwirtschaft und dem Klimawandel ausführte, müssen „umweltpolitische Bedenken trotz ihrer Legitimität und Notwendigkeit gebührend gegenüber den Folgen abgewogen werden, die die Vorschlige auf die landwirtschaftliche Nachhaltigkeit und Produktivität“ haben. Dies gilt für alle Tätigkeitsbereiche, weshalb es von wesentlicher Bedeutung ist, dass die EU eine Strategie zum Klimawandel ausarbeitet, die eindeutig einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet ist und durch die Kohlendioxidemissionen gesenkt werden sollen, ohne dadurch die produzierenden Gewerbe, insbesondere die Industrie, zu gefährden. Insbesondere vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise muss jede Politik zum Klimawandel nach wirtschaftlicher Effizienz und Tragfähigkeit streben und Innovation und Forschung in den Dienst neuer Techniken und Lösungen stellen, die umweltfreundlicher und ebenso effizient und wettbewerbsfähig sind. Der Schwerpunkt muss auf sauberen Energiequellen, der effizienteren Nutzung natürlicher Ressourcen und auf hohen Investitionen in Forschung und umweltfreundlichere Technologien liegen. Auf diesem Weg kann die Wettbewerbsfähigkeit Europas gewahrt und neue Arbeitsplätze im Rahmen nachhaltiger Entwicklung geschaffen werden.

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Die EU muss ihre Führungsrolle im internationalen Kampf gegen den Klimawandel bewahren und verstärken. Wissenschaftliche Forschung auf diesem Gebiet ist erforderlich, wenn wir sowohl für die Bekämpfung des Klimawandels als auch für die Anpassung daran einen richtigen und sicheren Weg einschlagen wollen. Bei der Anpassung handelt es sich um ein Querschnittsthema, das zahlreiche sektorielle Politiken betrifft. In diesen Bereichen müssen sich die Mitgliedstaaten um eine größere politische Koordinierung bemühen. Ich befrworde in diesem Zusammenhang nationale Anpassungsplne, denen ein verbindliches gemeinsames europäisches Rahmenwerk zugrunde liegt. Meiner Meinung nach benötigen wir gemeinsame europäische Strategien in Bereichen wie beispielsweise Wasser, Energie und Wälder. Ich möchte zum Beispiel erneut auf die Anforderung einer europäischen Risikocharta

für die Küstengebiete hinweisen. Es ist dringend notwendig, die Risiken zu analysieren, die der Klimawandel für die schwächsten Regionen in Europa darstellt. Zudem glaube ich, dass es europäische Zielsetzungen hinsichtlich der Effizienz von öffentlichen Wasserversorgungssystemen geben muss. Zudem möchte ich betonen, dass natürliche Ökosysteme die wichtigsten Kohlenstoffsinken der Erde darstellen, die 50% der weltweiten jährlichen Treibhausgasemissionen speichern und zur Abmilderung und Anpassung beitragen.

Bruno Gollnisch (NI), *schriftlich*. – (FR) Dieser Bericht entspricht der Überzeugung, dass der Klimawandel global, katastrophal und zwangsläufig auf den Menschen zurückzuführen ist. Die ist jedoch übertrieben, genau wie diese nun fast religiöse Überzeugung, die keinerlei Infragestellung erlaubt. Wie alles Übertriebene ist sie lächerlich. Daher sollte noch vor der wissenschaftlichen Bewertung der absolute Grundsatz der Vorsicht walten, wenn man sich mit den schlimmstmöglichen Szenarien in Bezug auf die möglichen Auswirkungen einer so genannten Erderwärmung auf die Ökosysteme und auch auf die bewohnbaren Gebiete, Industrieeinrichtungen und so weiter befasst. Ich möchte nebenbei anmerken, dass eine solche Vorsicht selten bei anderen Maßnahmen zur Umwelt und menschlichen Gesundheit, wie beispielsweise bei GVO, angewandt wird. Auf der Grundlage von echten oder eingebildeten Risiken, die sich auf möglicherweise mit der Erderwärmung verbundene Krankheiten bis hin zu Waldbränden, die einzig auf dieses Phänomen zurückgeführt werden, auf Überschwemmungen und der Überhitzung von elektrischen Kraftwerken erstrecken, sind wir gezwungen, die Einmischung der Kommission und der europäischen Politiken in absolut allen Bereichen, bis hin zur Nutzung der kleinsten Landparzelle, zu akzeptieren. Es ist eine Schande, dass so viele Bäume, die bekanntlich als Kohlenstoffreservoir dienen, für den Druck dieses Textes geopfert wurden. Wie der Dichter sagte: Holzfäller, halte einen Augenblick inne.

Jarosław Kalinowski (PPE), *schriftlich*. – (PL) Der unvermeidbare Klimawandel zwingt die Gesellschaft und die Wirtschaft der Europäischen Union, sich an eine neue Realität anzupassen. Ich denke, dass eine Anpassungspolitik benötigt wird, die dem Wesen und der Art der sich vollziehenden Veränderungen entsprechen muss und zudem eine Strategie zum Schutz von Gebieten beinhaltet, die diesem Risiko am stärksten ausgesetzt sind. Ich stimme dem Berichterstatter uneingeschränkt zu und vertrete die Ansicht, dass es für eine verbesserte Koordinierung dieser Maßnahmen extrem wichtig ist, ein System zum Informationsaustausch und der Überwachung auf internationaler, aber auch auf regionaler und lokaler Ebene einzurichten. Vor allem bin ich darüber erfreut, dass die wichtige Rolle der gemeinsamen Agrarpolitik hervorgehoben wird, der beim Anpassungsprozess an den Klimawandel eine Schlüsselrolle zum Schutz von Ökosystemen und biologischer Vielfalt zukommt. Aus diesem Grunde sind meines Erachtens Projekte sehr wichtig, die die Auswirkungen von Dürre und Überschwemmungen zur Unterstützung von Landwirten, die unter schwierigen Bedingungen arbeiten, verhindern oder abmildern.

Alfredo Pallone (PPE), *schriftlich*. – (IT) Ich habe für den gesamten Entschließungsantrag zum Weißbuch der Kommission mit dem Titel „Anpassung an den Klimawandel: Ein europäischer Aktionsrahmen“ gestimmt, da er meiner Ansicht nach für Europa im Allgemeinen und für Italien im Besonderen aufgrund seiner geoklimatischen Faktoren von besonderem Interesse ist. Bei der Verwaltung der hydrologischen Ressourcen Italiens bestehen offensichtliche Schwierigkeiten, die nicht nur auf die häufigen Dürreperioden im Süden während der Sommermonate zurückzuführen sind, sondern auch auf einige Überschwemmungen, wie diejenige, die im Dezember durch den Fluss Serchio in der Toskana aufgetreten ist. Zudem sind wir in Italien mit dem verheerenden Problem der Sommerbrände konfrontiert, weshalb eine Verbesserung der Sicherheitsbedingungen unbedingt notwendig ist. Obwohl der Entwurf des Weißpapiers gegenwärtig nur einem ersten Referenzrahmen entspricht, bin ich überzeugt davon, dass er sicherlich einen wesentlichen Beitrag, insbesondere zum Notfallmanagement leistet. Gleichzeitig umreißt er einen allgemeinen strategischen Ansatz, um die Belastbarkeit der EU in Bezug auf die Auswirkungen des Klimawandels zu erhöhen.

Andres Perello Rodriguez (S&D), *schriftlich*. – (ES) Im Parlament hat sich ein großer Anteil der Abgeordneten, wie die spanische Delegation der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament, formell gegen Artikel 41 dieses Entschließungsantrags ausgesprochen, der die Forderung enthält, das Subsidiaritätsprinzip auf die Bodenpolitik anzuwenden. Wir alle erkennen die Unterschiede an, die zwischen den verschiedenen Regionen der Union bestehen, aber genau aus diesem Grund ist, wie der Entschließungsantrag ausführt, Südeuropa viel mehr den Auswirkungen des Klimawandels ausgesetzt und auf Europa und seine gemeinsamen Politiken angewiesen. Diese Frage der Solidarität würde sich auf die gesamte EU günstig auswirken. Wir bedauern daher zutiefst die Streichung des ersten Vorschlags im Text, in dem Vittorio Prodi einfordert, dass die Bodenrichtlinie im Rat freigegeben wird. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir dieses Rechtsinstrument auf den Weg bringen, das für die Anpassung und insbesondere für das Angehen des Risikos einer Bodenverschlechterung und Wüstenbildung wesentlich ist. Südeuropa ist tatsächlich mit einem größeren Risiko konfrontiert, wir dürfen

jedoch nicht vergessen, dass der Klimawandel alle Umweltgüter Europas beeinträchtigt. Diejenigen, an die sich der Antrag richtet, sollten wissen, dass weite Teile im Parlament weiterhin eine unterstützende und gemeinsame Politik einfordern.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE), schriftlich. – Wir als Grüne haben für den Bericht gestimmt. Die gute Nachricht ist, dass der Änderungsantrag, der sich darauf bezieht, den auf nukleare Sicherheit liegenden Schwerpunkt zu streichen, abgelehnt wurde.

Czesław Adam Siekierski (PPE), schriftlich. – (PL) Die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse zeigen auf, dass die Auswirkungen des Klimawandels einen steigenden Einfluss auf die natürliche Umwelt und die Wirtschaft sowie unser tägliches Leben haben werden. Aus diesem Grunde ist die Gesellschaft weltweit vor die große Herausforderung gestellt, Maßnahmen zur Anpassung an die gegenwärtigen und zukünftigen Folgen des Klimawandels zu ergreifen. Entscheidungen, um sich bestmöglich an den Klimawandel anzupassen, müssen basierend auf zuverlässigen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Analysen getroffen werden, aber nicht in allen Regionen sind Informationen von entsprechender Qualität zugänglich. Es würde daher eine positive Idee sein, eine Überwachungsplattform zum Klimawandel einzurichten. Die Plattform würde dazu dienen, Informationen, Erfahrungen und bewährte Verfahren auf europäischer, regionaler und lokaler Ebene auszutauschen. Ich bin mir jedoch nicht sicher, ob die EU bei der im Dokument empfohlenen Annahme ihrer Führungsrolle im internationalen Kampf gegen die weltweite Klimaerwärmung nicht zu viel Verantwortung für globale Angelegenheiten zu übernehmen versucht. Mir scheint, dass wir, wenn auf Herausforderungen wie der Wirtschaftskrise und der Schaffung von erforderlichem Wachstum eine Antwort gefunden werden muss, die Ausgaben für die Bekämpfung der globalen Klimaerwärmung nicht als Priorität erachten sollten. Ungeachtet der Maßnahmen, die zur Anpassung an den Klimawandel ergriffen werden, sollte nicht vergessen werden, dass einigen Ländern außergewöhnlich hohe Kosten bei der Umsetzung der Anpassungspolitik entstehen, und die Unterschiede in der Entwicklung der verschiedenen Mitgliedstaaten weiter auseinander klaffen könnten, wenn diesen Ländern keine finanzielle Unterstützung zukommt.

Dominique Vlasto (PPE), schriftlich. – (FR) In meinem Bericht im Ausschuss für Verkehr und Tourismus bedauere ich die fehlende Berücksichtigung des Verkehrssektors in der Europäischen Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, obwohl dieser Sektor wirtschaftlich von großer Bedeutung ist und eine der Hauptquellen von CO₂-Emissionen darstellt. Ich begrüße daher die Tatsache, dass dieser Bericht den Verkehr erneut in den Mittelpunkt der Problematik rückt. Wir müssen umfangreiche Bemühungen unternehmen, um Unternehmen und Verbraucher bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Der Erfolg unserer Politik beruht auf angemessenen und innovativen Finanzierungsmethoden, die eingesetzt werden, um die Auswirkungen auf die Menschen, das biologische Gleichgewicht und die Wirtschaftstätigkeiten soweit wie möglich zu begrenzen. Zudem müssen in unserer Strategie geografisch sensible Gebiete wie Küsten-, Meer- und Bergregionen berücksichtigt werden, die als besonders anfällige Gebiete am stärksten vom Klimawandel betroffen sein werden, wenn keine adäquaten Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Unser Parlament muss dringend effektive Anpassungsmechanismen für den Verkehrssektor annehmen, der nicht länger nur die Ursache des Problems sein darf, sondern zu einem Lösungsansatz bei der Bekämpfung des Klimawandels werden muss.

Bericht: Andrea Cozzolino (A7-0100/2010)

Ryszard Czarnecki (ECR), schriftlich. – Die wesentlichen Schwerpunkte der EKR-Fraktion für den Gemeinschaftshaushalt sind Geldwertstabilität, effektives Management und die Beseitigung von Betrügereien. Wir unterstützen daher den Tenor des Cozzolino-Berichts und den Großteil der enthaltenen Schlussfolgerungen.

Die EKR-Fraktion kann jedoch nicht dem Konzept eines Europäischen Staatsanwalts zustimmen. Dieses Amt birgt das Risiko, ein erster gefährlicher Schritt in Richtung einer europäischen Zuständigkeit für Aspekte des Strafrechts zu sein, und die Einrichtung dieser Funktion lenkt davon ab, die Arbeit bestehender Systeme und Behörden effektiver zu gestalten.

Da der Änderungsantrag der EKR zur Streichung des Abschnitts über die Fortschritte zur Schaffung eines Europäischen Staatsanwalts abgelehnt wurde, enthält sich die EKR der Schlussabstimmung.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Obwohl ich es wie der Berichterstatter für positiv halte, dass die Anzahl finanzieller Unregelmäßigkeiten, die die Mitgliedstaaten der Kommission übermittelt haben, von 1 014 Mio. EUR 2007 auf 783,2 Mio. EUR 2008 zurückgegangen ist, muss meines Erachtens das zu erreichende Ziel finanzieller Unregelmäßigkeiten in Höhe von 0 Mio. EUR jährlich sein. Um dieses Ziel zu erreichen, erachte

ich die Annahme von Maßnahmen für wesentlich, durch die eine höhere Transparenz beim Kampf gegen Steuerbetrug – insbesondere hinsichtlich Mehrwertsteuer – und sonstige Finanzdelikte erzielt wird: eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Regierungen im Fall von grenzüberschreitendem Betrug, verbesserte Datenqualität und kontinuierliche Aktualisierung von nationalen Datenbanken und rasche Beantwortung von Informationsanfragen durch die Regierungen. Zudem müssen die Anträge für den Kohäsionsfonds besser verwaltet und überwacht und es müssen Sanktionen festgelegt werden, die über Mitgliedstaaten zu verhängen sind, die diese Gelder nicht ordnungsgemäß nutzen. Ich möchte zudem auf das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung und dessen äußerst wichtigen Beitrag zur Verringerung dieser Zahlen hinweisen.

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Der Jahresbericht über den Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft für 2008 zeigt auf, dass die finanziellen Auswirkungen der Unregelmäßigkeiten – soweit nachgewiesen – sich von 1 024 Mio. EUR im Jahr 2007 auf 783,2 Mio. EUR im Jahr 2008 verringert haben (von diesem Rückgang sind alle Sektoren mit Ausnahme der Direktausgaben und der Heranführungshilfen betroffen). Mit Nachdruck weise ich insbesondere auf die erforderliche Ergänzung der die Unregelmäßigkeiten betreffenden Daten hin, was die Auswirkungen der Fehler und der vermuteten Betrugsfälle auf den Gesamtumfang verdeutlichen wird. Die Bekämpfung von Betrug und Korruption ist eine eindeutige Pflicht der europäischen Institutionen und aller Mitgliedstaaten, die sie sich mit den notwendigen Ressourcen ausstatten müssen, um diese Phänomene wirksam zu bekämpfen und die finanziellen Interessen der Union und der Steuerzahler zu schützen.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) In diesen Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise darf nicht ein einziger Euro des Gemeinschaftshaushalts verschwendet werden, und dies trifft insbesondere zu, wenn eine solche Verschwendung auf Betrug zurückzuführen ist, der entsteht, wenn EU-Mittel unangemessen verwendet werden. In den vergangenen Jahren haben sich die Unregelmäßigkeiten deutlich verringert. Trotzdem können wir uns nicht mit einer Verringerung dieser Unregelmäßigkeiten auf geringfügige Beträge und fast im Nullbereich zufrieden geben. Die EU muss Haushaltskontrollmechanismen verabschieden, die eine effektive frühzeitige Prävention und Aufdeckung von Betrugsfällen ermöglichen, sodass öffentliche Mittel nur dann bereitgestellt werden, wenn eine ordnungsgemäße Verwendung sichergestellt ist. Hinzu kommen wirksame Sanktionen für diejenigen, die durch Regelverstöße versuchen, sich unrechtmäßig derartige Mittel anzueignen. Ihre Zahl ist für gewöhnlich sehr gering.

Franz Obermayr (NI), in writing. – (DE) Die Betrugsbekämpfung ist mir ein äußerst wichtiges Anliegen, besonders die Regionalfonds und das Instrument für Heranführungshilfe betreffend. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung haben allerdings eine zu zentralistische Ausrichtung. Ich habe mich daher der Stimmabgabe enthalten.

Aldo Patriciello (PPE), schriftlich. – (IT) Ich freue mich darüber, dass sich die finanziellen Auswirkungen von Unregelmäßigkeiten – soweit nachgewiesen – von 1 024 Mio. EUR im Jahr 2007 auf 783,2 Mio. EUR im Jahr 2008 verringert haben (von diesem Rückgang sind alle Sektoren mit Ausnahme der Direktausgaben und der Heranführungshilfen betroffen). Die von der Kommission geleistete Arbeit hat meine volle Unterstützung, und ich möchte darauf hinweisen, dass die Bekämpfung von Betrug und Korruption eine eindeutige Pflicht der europäischen Institutionen und aller Mitgliedstaaten ist.

Angeichts der besonderen wirtschaftlichen Lage, die ganz Europa belastet, stimme ich der Erfordernis zu, die finanziellen Interessen der Gemeinschaft zu schützen und die organisierte Kriminalität zu bekämpfen, die den nationalen Indikatoren zufolge ihre Fähigkeit stärkt, innerhalb der Institutionen, insbesondere mithilfe von Betrug zu Lasten des Gemeinschaftshaushalts, Absprachen zu treffen.

Ich halte daher die Schaffung eines wirksamen Rechtsinstruments für entscheidend, um die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden bei der Bekämpfung schädigender Steuerpraktiken zu verbessern und ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarkts zu ermöglichen. Ich begrüße in diesem Zusammenhang den von der Kommission eingebrachten Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und weise daraufhin, dass die Mitgliedstaaten verstärkt zur Verantwortung gezogen werden müssen, wobei mit der Qualität der in die Datenbanken eingegebenen Informationen begonnen werden muss.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE), schriftlich. – Ich habe in der Schlussabstimmung mit „Ja“ gestimmt. Der Änderungsantrag der EKR-Fraktion, gegen den ich gestimmt hatte, wurde abgelehnt.

Czesław Adam Siekierski (PPE), schriftlich. – (PL) Es ist erwähnenswert, dass die Unregelmäßigkeiten 2008 im Vergleich zum Vorjahr erheblich zurückgegangen sind. Dabei wurde die beste Verbesserung bei den

Agrarausgaben verzeichnet. Der Bericht zeigt auf, dass sich der geschätzte Betrag der Unregelmäßigkeiten um 34% verringert hat. Der größte Zuwachs wurde jedoch im Bereich von Heranführungshilfen festgestellt, in dem die nicht ordnungsgemäße Verwendung von Ressourcen um 90,6% zunahm. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass es sich hierbei nicht um Mitgliedstaaten handelt und es diesen Ländern an Erfahrung mangelt. Trotz der Verbesserung der Situation im Jahr 2008 wird ein bestimmter Teil der Mittel des Gemeinschaftshaushalts weiterhin nicht zweckmäßig verwendet. Zu einem gewissen Grad ist dies auf das Fehlen wirksamer Kontroll- und Überwachungsmechanismen zurückzuführen. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF), das 1999 gegründet wurde, konnte zahlreiche Erfolge beim Kampf gegen Unterschlagung erzielen. Seine uneingeschränkte operationelle Unabhängigkeit muss jedoch unbedingt sichergestellt werden. Ich unterstütze die Ansicht des Berichterstatters, dass OLAF befähigt werden muss, in stärkerem Maße auf die von der Kommission ausgeführten internen Audits zurückgreifen zu können und sich nicht in erster Linie auf Hinweise von Beamten oder Mitgliedstaaten stützen sollte. Welche Rolle sollten die Mitgliedstaaten und deren Überwachungs- und Auditverfahren spielen? Die Betrugsbekämpfung in europäischen Projekten sollte für uns von Vorrang sein. Ehrlichkeit und Verantwortungsbewusstsein bei der Verwendung der begrenzten Mittel des Gemeinschaftshaushalts werden uns Einsparungen ermöglichen, die dann genutzt werden können, um den Auswirkungen der Rezession entgegenzuwirken. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Ressourcen im Gemeinschaftshaushalt uns allen gehören, allen Steuerzahlern. Wir müssen daher gewährleisten, dass sie auf die effektivste Art und Weise genutzt werden.

Viktor Uspaskich (ALDE), schriftlich. – (LT) Ich möchte unterstreichen, dass die Bekämpfung von Betrug und Korruption eine eindeutige Pflicht der europäischen Institutionen und aller Mitgliedstaaten ist. Ich möchte jedoch insbesondere darauf hinweisen, dass in einigen Ländern die Korruption bei der Zuweisung von Geldern der Europäischen Union direkt mit den in Misskredit geratenen Politiken verbunden ist, die innerhalb dieser Länder verfolgt werden. In diesen Ländern bilden sich separate politische und finanzielle Gruppen heraus, die die Zuteilung von EU-Mitteln kontrollieren wollen. Das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und sonstige wichtige Institutionen der Europäischen Union sollten insbesondere die Ausgrenzung und die Geringschätzung von Politiken, politischen Organisationen, politischen Gegnern und Oppositionsführern auf staatlicher Ebene berücksichtigen. Die Europäische Union, die die Demokratie fördert, muss zunächst sicherstellen, dass die Oppositionsparteien ihrer Mitgliedstaaten arbeiten, sich frei ausdrücken und Maßnahmen zur Korruptionsprävention kontrollieren können. Ich möchte zudem verstärkt darauf hinweisen, dass die Mittel der Europäischen Union genutzt werden sollten, um die Infrastruktur der Mitgliedstaaten zu verbessern, Menschen Bildungsmöglichkeiten und anderes zu bieten. Die europäischen Mittel lediglich in Infrastruktur zu investieren würde sowohl den Ländern als auch dem Handel zugute kommen. Es würde keine „armen“ Geschäftsleute mehr geben, die um Unterstützung bitten und diese doch nicht erhalten. Zudem würden wir auf diese Weise die Zuweisung von Mitteln der Europäischen Union an tausende von Interessengruppen, d. h. den Hilfsempfängern, nicht kontrollieren müssen, was bedeuten würde, dass tausende zweifelhafter Anträge wegfallen würden. Der Fokus sollte daher auf der öffentlichen Verwendung der Gelder liegen.

Bericht: Tamás Deutsch (A7-0062/2010)

Alfredo Antoniozzi (PPE), schriftlich. – (IT) Ich möchte diese wichtige Gelegenheit nutzen, um die Stimmabgabe zum Jahresbericht der in Luxemburg ansässigen Europäischen Investitionsbank zu kommentieren und, wie bereits zuvor, auf einige Fragen näher einzugehen, die sich auf die erforderliche Erhöhung der Haushaltsmittel für die Finanzinstrumente der EIB zur Unterstützung der Entwicklung von Stadtzentren und Regenerierungsplänen beziehen.

Die bereits bestehenden Instrumente, wie der JESSICA-Fonds, gehören zu den wenigen Finanzierungsinstrumenten, die von einer Region oder einer Gemeinde zur Finanzierung von städtischen Entwicklungsprojekten genutzt werden können. Die Interventionen können sich auch auf den sozialen Wohnungsbau erstrecken, jedoch nur in Verbindung mit projektergänzenden Bereichen und in Verbindung mit Renovierungen aus Energiespargründen und der Optimierung von Gebäuden. Ich nutze daher diese Gelegenheit um zu unterstreichen, dass der JESSICA-Fonds meines Erachtens auch auf die Finanzierung von (offensichtlich umweltfreundlichen) Neubauten ausgeweitet werden sollte, da er auf diese Weise die kommunalen Behörden unterstützen würde, auch das Wohnproblem in unseren Städten anzugehen.

Maria Da Graça Carvalho (PPE), schriftlich. – (PT) Ich begrüße den Jahresbericht 2008 der Europäischen Investitionsbank (EIB) und ermutige sie dazu, ihre Tätigkeiten zur Förderung der Entwicklung der europäischen Wirtschaft fortzusetzen und das Wachstum zu fördern, die Beschäftigung zu stimulieren und den interregionalen und sozialen Zusammenhalt zu unterstützen. Ich begrüße zudem, dass die EIB den Schwerpunkt auf Klein- und Mittelbetriebe (KMU), nachhaltige Energie, die Eindämmung des Klimawandels

und Investitionen in den Konvergenzregionen der EU legt, die von den Auswirkungen des jüngsten Konjunkturabschwungs besonders stark betroffen sind. Insbesondere mithilfe des Europäischen Konjunkturprogramms hat die EIB sehr rasch auf die Weltwirtschaftskrise reagiert und den Mitgliedstaaten unter die Arme gegriffen, die besonders hart von der Krise betroffen sind. Ich fordere jedoch dazu auf, dass in künftigen Berichten detailliert auf hohe Darlehen eingegangen wird, die die Zuweisungen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung an Regionen ergänzen, die technologisch fortschrittliche Programme oder Programme in Verbindung mit erneuerbaren oder sauberen Energiequellen umsetzen. Ebenso sollten die Berichte über die Investitionsfazilität Informationen über die Ergebnisse finanzierter Programme enthalten. Die EIB sollte durch Bereitstellung angemessener Finanzierung und als Teil der Strategie EU 2020 eine größere Rolle bei der Unterstützung von Infrastrukturinvestitionen, grünen Technologien, Innovation und KMU spielen.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Die Europäische Investitionsbank (EIB) spielt eine äußerst wichtige Rolle bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten zur Bewältigung der schweren Wirtschafts-, Finanz- und sozialen Krise. Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass die aufgestockten Fonds, die insbesondere der Kohäsionspolitik der Europäischen Union zugewiesen wurden, bei der Abmilderung der Auswirkungen auf die benachteiligten und am stärksten betroffenen Regionen eine entscheidende Rolle gespielt haben. Die erhöhte Darlehensvergabe an Klein- und Mittelbetriebe, die den Großteil der europäischen Unternehmenslandschaft stellen, und die zusätzlichen Finanzierungsmittel für Forschung und Entwicklung dürften die Auswirkungen der Krise weiter abschwächen. Unter der Berücksichtigung, dass der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist und die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen, mit denen die Europäische Union in einer schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lage konfrontiert ist, ist es von entscheidender Bedeutung, die Darlehensstätigkeiten der Europäischen Investitionsbank auszuweiten, sie transparenter zu gestalten und auf diesem Gebiet zweckmäßige Prioritäten zu setzen.

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Die Europäische Investitionsbank (EIB) wurde 1985 durch die Römischen Verträge gegründet. Die EIB, die Darlehensbank der Europäischen Union für langfristige Finanzierung, verleiht Gelder an die öffentlichen und privaten Sektoren für Projekte von europäischem Interesse unter Einbeziehung der Finanzmärkte und ihrer Eigenmittel. Ihr Hauptziel besteht darin, zur Integration, einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung sowie zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der EU-Mitgliedstaaten beizutragen. Im Jahr 2008 war die EIB mit beispiellosen Herausforderungen konfrontiert, als die Weltwirtschaftskrise auch die Volkswirtschaften der Europäischen Union in Mitleidenschaft zog. In Bezug auf das Krisenmanagement freue ich mich über die rasche Reaktion der EIB auf die Weltwirtschaftskrise, die durch eine selbstfinanzierte Kapitalaufstockung vermehrt Darlehensgelder für das Europäische Konjunkturprogramm zur Verfügung stellen konnte. Ich begrüße daher den Jahresbericht der EIB für 2008 und die Annahme dieses Berichts, was sie ermutigt, ihre Tätigkeiten zur Förderung der Entwicklung der europäischen Wirtschaft fortzusetzen und das Wachstum zu fördern, die Beschäftigung zu stimulieren und den interregionalen und sozialen Zusammenhalt zu unterstützen.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Der Europäischen Investitionsbank (EIB) kommt in der Gemeinschaftswirtschaft eine sehr wichtige Rolle zu, weil sie der Garant für die Finanzierung von Operationen innerhalb Europas ist, die sich auf folgende Bereiche beziehen: Gewährleistung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, Vorbereitung auf die wissensbasierte Wirtschaft, Entwicklung von transeuropäischen Verkehrs- und Zugangsnetzen, Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben (KMU), Schutz und Verbesserung der Umwelt und Sicherstellung einer nachhaltigen, wettbewerbsfähigen und sicheren Energieversorgung. Eine Umsetzung der Strategie EU 2020 wird ohne die Hilfe der EIB nicht möglich sein, da diese die erforderliche Finanzierung bereitstellen muss, um Projekte auf den Gebieten der Infrastruktur, grüner Technologie, Innovation und KMU ausführen zu können.

Alfredo Pallone (PPE), schriftlich. – (IT) Aufgrund der Finanzkrise hat sich die Rolle der EIB 2008 ausgeweitet. Vor dem Hintergrund einer Liquiditätskrise hat die EIB ihre Darlehensvergabe an die öffentlichen und privaten Sektoren für Projekte von europäischem Interesse fortgesetzt und dabei auf die Finanzmärkte und eigene Finanzmittel zurückgegriffen. Zusätzlich zu den Anreizen für nationale Volkswirtschaften fasste die EU zudem einen Beschluss zum Europäischen Konjunkturprogramm und teilte der EIB eine gewichtige Rolle zu, insbesondere hinsichtlich einer verstärkten Finanzierung von KMU, der Energiebeschaffung aus erneuerbaren Energiequellen und einer umweltgerechten Verkehrspolitik. Als Antwort auf die Krise hat die EIB ihre Ziele erheblich nach oben revidiert: Zur Unterstützung der Wirtschaft und zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung weitete die EIB im letzten Quartal 2008 ihre Darlehensstätigkeit erheblich aus, wobei 10 Mrd. EUR mehr als erwartet ausgezahlt wurden. Insbesondere stiegen die an KMU ausgegebenen Darlehen um 42%. Darüber hinaus hat die Bank neue Finanzinstrumente zur Risikoteilung entwickelt, die

Verfahren zur Darlehensvergabe vereinfacht und die Umsetzung von Projekten in den Mitgliedstaaten und in den von der Krise am stärksten betroffenen Sektoren beschleunigt. Im Bericht werden die positiven Auswirkungen dieser Maßnahmen hervorgehoben, gleichzeitig aber wird eine sorgfältige und eingehende Überprüfung der tatsächlichen Auswirkungen der für KMU vorgesehenen Unterstützungsprogramme angemahnt.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE), schriftlich. – Dies war eine eindeutige Angelegenheit. Ich habe daher in der Schlussabstimmung dafür gestimmt.

Entschließungsanträge: Die massenhaften Gewalttaten in Jos, Nigeria (RC-B7-0247/2010)

Mara Bizzotto (EFD), schriftlich. – (IT) Der gemeinsame Entschließungsantrag zu den jüngsten ethisch motivierten Gewalttaten in Nigeria, über den wir heute abstimmen, scheint vom Gesichtspunkt der Grundsätze und Leitlinien, die unser Haus den anderen europäischen Institutionen, die für die externen Politikbereiche der EU zuständig sind, auferlegen will, zufriedenstellend zu sein. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, um die politische Stabilität in Nigeria sicherzustellen und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes auf ein solides Fundament zu stellen. Allgemeine Überlegungen finden hierbei Berücksichtigung, angesichts des Reichtums Nigerias an natürlichen Ressourcen. Durch eine Beseitigung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konflikte kann ein friedliches Umfeld entstehen, das weniger den Spannungen zwischen den Volksgruppen unterliegt und in dem die Gewalttaten, deren Häufigkeit in den vergangenen zehn Jahren tragischerweise zugenommen hat, geächtet werden können. Neben der anerkannten Tatsache, dass die Verantwortung für die massenhaften Gewalttaten zwischen Christen und Muslimen beiden Volksgruppen zuzuschreiben ist, hätten wir vielleicht verdeutlichen müssen, dass ein weiterer beunruhigender Faktor, der auch mit den aufgetretenen Gewalttaten in Verbindung steht, die progressive Durchdringung des radikalen Islams in Nigeria ist. Sehr deutlich wird dies durch die Annahme der Scharia als Landesgesetz in 12 der 36 Staaten. Ich habe jedoch aufgrund der allgemeinen aufgeführten Gründe für den gemeinsamen Entschließungsantrag gestimmt.

Maria Da Graça Carvalho (PPE), schriftlich. – (PT) Ich bedauere zutiefst die jüngsten Geschehnisse, die sich im Januar und März in Jos ereignet haben und bei denen hunderte den religiösen und ethnischen Konfrontationen zum Opfer fielen. Die Ursache für den Konflikt in Nigeria ist auf religiöse, wirtschaftliche, ethnische, soziale, geschichtliche und politische Gründe zurückzuführen. Angesichts der Tatsache, dass Nigeria der achtgrößte Erdölproduzent der Welt ist, ist es bedauerndswert, dass die Bevölkerung des Landes zum überwiegenden Teil unterhalb der Armutsgrenze lebt. Zudem haben die schädlichen Auswirkungen des Klimawandels die Lage in Nigeria weiter verschlechtert. Ich denke, dass in einem erdölreichen Land wie Nigeria der gleiche Zugang zu Ressourcen und Einkommensverteilung notwendig ist, um diese Konflikte auf friedlichem Wege lösen zu können. Ich fordere die föderale Regierung von Nigeria auf, gleiche Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, die Problematik der Kontrolle von fruchtbarem Ackerland, den Zugang zu Ressourcen, Arbeitslosigkeit und Armut zu bekämpfen und den Klimawandel einzudämmen. Ich fordere die Kommission auf, den Dialog mit Nigeria im Rahmen des Cotonou-Abkommens weiterzuführen, die tieferliegenden Ursachen des Konflikts zu untersuchen und gleichzeitig Themen Beachtung zu schenken, die für die nachhaltige Entwicklung grundlegend sind, wie Klimawandel, Energieversorgung, Kapazitätsaufbau und Bildung.

Edite Estrela (S&D), schriftlich. – (PT) Ich habe für den Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments zu den massenhaften Gewalttaten in Jos, Nigeria, gestimmt. Ich verurteile mit Nachdruck die kürzlichen Gewalttaten in und um Jos, wo viele hunderte von Menschen bei ethnischen und religiösen Zusammenstößen getötet wurden. Die EU muss ihren politischen Dialog mit Nigeria gemäß Artikel 8 des geänderten Cotonou-Abkommens fortsetzen und sich unverzüglich der Probleme in Bezug auf die Gewissens-, Gedanken- und Religions- bzw. Glaubensfreiheit, die in internationalen, regionalen und nationalen Instrumenten im Bereich der Menschenrechte verankert ist, annehmen.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Dies ist nicht das erste Mal, dass Nigeria einen Konflikt durchlebt, der eine Spaltung des Landes nach sich ziehen könnte. Ich möchte diesbezüglich auf den Bürgerkrieg hinweisen, der das Land drei Jahre lang von 1967 bis 1970 verwüstete und fast zur Unabhängigkeit der südöstlichen Region des Landes geführt hätte. Obwohl die Igbo-Revolution niedergeschlagen wurde, weil die militärischen Kräfte der Zentralregierung die Unabhängigkeit der Region Biafra verhinderten, bestehen die ethnischen, kulturellen und religiösen Unterschiede fort und nehmen sogar zu, sodass das Land einem klassischen Beispiel eines Staates entspricht, der ständig von Zerfall bedroht ist. Die Grenzen Nigerias wurden durch die Kolonialmächte festgelegt, die den zuvor erwähnten Disparitäten keinerlei Beachtung schenkten. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Europäer in erster Linie für die Konflikte im Land verantwortlich gemacht

werden können. Es ist für afrikanische Oberhäupter an der Zeit, diese alte Ausrede abzulegen und zu versuchen, der eigenen Zivilbevölkerung sowohl mit Projekten als auch Vorschlägen intelligent und kompetent zu dienen. Afrika kann zu dem werden, was sich die Afrikaner so sehr für ihr Land wünschen, sobald sie Oberhäupter haben, die der Herausforderung gewachsen sind. Die Blutbäder in Jos sind eine weitere zutiefst traurige, bedauernswerte und blutige Seite in der Geschichte eines Landes, das diese Seiten in einem zu raschen Tempo schreibt.

Sylvie Guillaume (S&D), *schriftlich*. – (FR) Meiner Meinung nach war es für das Europäische Parlament dringend erforderlich, die laufenden Massaker in Nigeria zu verurteilen und zu einer Rückkehr zum Frieden aufzurufen. Angesichts der Instabilität und der Fragilität der bevölkerungsreichsten afrikanischen Nation, in der der überwiegende Teil der Bevölkerung in Armut lebt, kann dieser Entschließungsantrag als Grundstein für einen verstärkten politischen Dialog zwischen der Europäischen Union und Nigeria und als eine genauere Untersuchung dienen, um tragfähige kurz- und langfristige Lösungen zur Beendigung der Gewalt und einer Wiederherstellung von dauerhaftem Frieden zu finden. Als Abgeordnete des Europäischen Parlaments bin ich der Ansicht, dass wir bei der Verteidigung und Förderung der Menschenrechte, die täglich in Nigeria mit Füßen getreten werden, eine Rolle spielen müssen. Daher ist die Klausel, dass diejenigen, die Gewalttaten verübt haben, vor Gericht gestellt werden, wobei faire und transparente Verfahren gewährleistet sein müssen, von grundlegender Bedeutung. Angesichts all dieser Maßnahmen, deren Umsetzung sicherlich kein leichtes Unterfangen sein wird, habe ich mit aller Bestimmtheit für diesen gemeinsamen Entschließungsantrag gestimmt.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – Immer wieder kommt es in Nigeria zu blutiger Gewalt zwischen Christen und Muslimen, die jeweils etwa die Hälfte der Bevölkerung stellen. Und die Unruhen passieren in immer kürzeren Abständen. Nichtigkeiten resultieren in gewaltsamen Zusammenstößen. Selbst die seit Januar geltende nächtliche Ausgangssperre und die Stationierung von Truppen konnten neue Massaker nicht verhindern. Dass bereits die lange Abwesenheit von Präsident Yar-Aduas das westafrikanische Nigeria in eine politische Krise stürzte, dass sich in der zentralnigerianischen Stadt Jos Christen und Muslime schwere Auseinandersetzungen lieferten und dass ein Waffenstillstand im ölreichen Nigerdelta aufgekündigt wurde, lässt nun nach dem Tod des Präsidenten für die Zukunft Übles ahnen. Als Anfang des Jahres muslimische Nomaden über christliche Dörfer herfielen und mindestens 500 Menschen ermordet wurden, soll die Armee erst Stunden nach dem ersten Alarm reagiert haben. Was da gefehlt hat, war der Aufschrei in der EU. Wenn die Schweiz sich in einer Volksabstimmung gegen den Bau von Minaretten entscheidet, drohen muslimische Staaten mit wirtschaftlichen Sanktionen und Dschihad. Wenn hingegen Christen ob ihrer Religion ermordet werden, braucht die EU Monate, um zu reagieren. Die Europäische Union muss hier als ehrlicher Vermittler auftreten und früher reagieren. Dies kommt auch in der Entschließung zum Ausdruck, weshalb ich dafür gestimmt habe.

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE), *schriftlich*. – Ich habe natürlich für diese wichtige Entschließung gestimmt und spreche mich mit Nachdruck für den mündlichen Änderungsantrag meines Kollegen Kiil-Nielsen aus, die nigerianischen Behörden dazu aufzufordern, die kürzliche Entscheidung einiger nigerianischer Gouverneure, das Todesurteil von Häftlingen in der Todeszelle zu vollstrecken, zu widerrufen.

13. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

15. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 88 GO): siehe Protokoll

16. Beschlüsse betreffend bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

17. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

18. Schriftliche Erklärungen im Register (Artikel 123 GO): siehe Protokoll

19. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

20. Unterbrechung der Sitzungsperiode

(Die Sitzung wird um 13.05 Uhr geschlossen)